

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

Jg. 5 (November 2020)

Editorial

VON ALEXANDER KRAUS

Wolfsburg wurde mit der Kommunalwahl vom 28. November 1948, bei der die *Deutsche Rechts-Partei* (DRP) in Wolfsburg insgesamt 64,3 Prozent der Wählerschaft für sich gewinnen und damit einen erdrutschartigen Sieg erringen konnte, zum unrühmlichen Sonderfall, zur „Stadt der Nazis“. blieb die nationalistisch gesinnte Partei auch nur wenige Monate in der Verantwortung – die FDP hatte erfolgreich beim Wahlprüfungsgericht in Lüneburg Beschwerde eingereicht, was am 7. März 1949 zur Annullierung der Kommunalwahl führte –, so war Wolfsburgs Ruf zunächst einmal auf Jahre hinaus ruiniert. Da die Kommune bis zur Neuwahl ohne Stadtrat auskommen musste, schickte das Land als letzte Option der politischen Kommunalaufsicht den Staatskommissar Ulrich Pusch in die Stadt am Mittellandkanal. Dass die Wahl des Lüneburger Regierungspräsidenten einen faden Beigeschmack hat, zeigt der Text von Philipp T. Haase, der den Werdegang Puschs en detail rekonstruiert hat.

Während die als Folge der Anwerbeabkommen 1962 begonnene Arbeitsmigration nach Wolfsburg bereits als gut untersucht gelten kann, trifft dies nur begrenzt auf die in den 1970er Jahren einsetzenden Folgeprozesse zu, die Michael Siems und ich in einem weiteren Beitrag zentral gestellt haben. Insbesondere nach dem Anwerbestopp blieben außergewöhnliche Ereignisse, die die Aufmerksamkeit der historischen Forschung hätten auf sich ziehen können, vergleichsweise rar. Auch in soziologischen Untersuchungen wurde die große Gruppe von zunächst vor allem italienischen Migrantinnen und Migranten, die dauerhaft in Wolfsburg verblieben waren und hier Familien gegründet oder ihre aus Italien zu sich geholt hatten, überraschenderweise oft unberücksichtigt. Im Aufsatz rücken daher just die 1970er Jahre in den Fokus, die sich im Hinblick auf die Lebensverhältnisse der Zugewanderten als Dekade der „Normalisierung“ erwiesen. Gleichwohl lässt sich diese Entwicklung keineswegs allein als Erfolgsgeschichte deuten. Vielmehr wird dargestellt, dass im Rahmen der Verstetigung der Lebenssituation tausender Migrantinnen und Migrantinnen in Wolfsburg zwar bedeutende Integrationserfolge gelangen und sich verbreitete Sorgen über Kriminalität und Ghettobildung als unbegründet erwiesen, sich dagegen ökonomische Ungleichheiten verfestigten.



Grafische Darstellung Ulrich Puschs, Quelle: BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02

Ein „williges Werkzeug der Nazipartei“ als Staatsbeauftragter in Wolfsburg 1949?

Die Karriere des Verwaltungsbeamten Ulrich Pusch

VON PHILIPP T. HAASE

„Ich bitte, eine geeignete Persönlichkeit, die insbesondere auch den politischen Verhältnissen in der Stadt Wolfsburg gewachsen ist, zum Staatsbeauftragten zu bestellen“,¹ forderte der niedersächsische Innenminister Richard Borowski (SPD) im März 1949 in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten in Lüneburg. Grund seines Anliegens war eine in Folge des Wahlsieges der *Deutschen Rechts-Partei* (DRP) bei den Wolfsburger Kommunalwahlen 1948 und dessen späterer Annullierung notwendig gewordene temporäre Zwischenlösung: Der Erfolg der Partei, die weniger an der Einhaltung des Rechts als an der Wiederbelebung des Rechtsextremismus interessiert war und damit in Wolfsburg rund 64 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen konn-

te, hatte bundesweit für Aufsehen gesorgt und ein politisches Erdbeben mittleren Ausmaßes ausgelöst. Einhalt bot den von nationalsozialistischer Rhetorik geprägten DRP-Kommunalpolitikern erst eine Beschwerde der FDP, die einen Formfehler bei der Aufstellung der Wahlliste monierte und damit die Annullierung der Wahl erreichte.² Die Geschäfte der Stadt sollte bis zur Neuwahl nun der von Borowski geforderte Staatskommissar übernehmen, der in Wolfsburg ein politisches Minenfeld betrat. Das Innenministerium und der Lüneburger Regierungspräsident einigten sich auf die Bestellung des Verwaltungsjuristen Ulrich Pusch, der zum Zeitpunkt seiner Ernennung die landwirtschaftliche Abteilung der Regierung Lüneburg leitete.³ Weshalb die Wahl aus-

gerechnet auf ihn fiel, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen, doch sprach dessen Einsetzung bei näherer Betrachtung nicht unbedingt für einen sorgfältigen Auswahlprozess im Sinne einer demokratischen Erneuerung.

Ulrich Pusch, 1897 im späteren Berliner Bezirk Charlottenburg geboren, hatte sein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in der Hauptstadt 1916 unterbrechen müssen, als er zum Kriegsdienst einberufen wurde. Nach der Teilnahme unter anderem an den Kämpfen in Verdun und an der Saloniki-Front wurde er im Januar 1919 als Unteroffizier zur Reserve entlassen.⁴ Dem Abschluss des Studiums 1920 und einem kurzen Vorbereitungsdienst am Amtsgericht Berlin-Charlottenburg folgend, *Fortsetzung auf Seite 2*



Deutsche Entnazifizierungskammer für den
 Stadt/Land/Kreis: Regierungsbezirk Lüneburg
 Entnazifizierungsausschuß für die Regierung
 (Sachgebiet)
 Datum: 23. September 1946
 Name des Prüflings: Pusch, Dr. Ulrich
 Geburtsdatum: 4.5.1897
 Innehabe oder angestrebte Stelle: a) Oberregierungsrat
 b) _____
 Zusammenfassung dessen, was die beigebrachten Schriftstücke beweisen:
 Dr. Pusch trat im Mai 1933 dem Stahlhelm bei und dadurch kam er 1934 in die SA, wo er bis 1937 verblieb und zuletzt Rottenführer war. In die NSDAP wurde er am 1. Mai 1937 unter der Nr. 5074178 aufgenommen. Im NS-Reichsbund der deutschen Beamten, dem er seit 1934 angehörte, war er zuletzt Fachschaftsleiter. Dem NS-Rechtswahrerbund war er 1934 beigetreten, dem Reichsluftschutzbund 1936 und dem NS-Reichskriegerbund 1939. Er hat mithin außer der Partei noch 5 Parteiorganisationen angehört. Aus den Akten der Regierung ist ersichtlich, daß Pusch bereits 1933 in mehreren Fällen Ankläger gewesen ist, in denen es sich um die Entlassung oder Maßregelung von Lehrern handelte. Die Entlassung oder Maßregelung der Lehrer wurde aus politischen Gründen beim Minister beantragt. Die Berichte sind so unsachlich und leichtfertig erstattet worden, daß selbst der Minister Rust die scharfmaßgebende Zusammenfassung dessen, was das eigene Vorbringen und Auftreten des Prüflings beweist:
 bund 1939. Er hat mithin außer der Partei noch 5 Parteiorganisationen angehört. Aus den Akten der Regierung ist ersichtlich, daß Pusch bereits 1933 in mehreren Fällen Ankläger gewesen ist, in denen es sich um die Entlassung oder Maßregelung von Lehrern handelte. Die Entlassung oder Maßregelung der Lehrer wurde aus politischen Gründen beim Minister beantragt. Die Berichte sind so unsachlich und leichtfertig erstattet worden, daß selbst der Minister Rust die scharfmaßgebende Zusammenfassung dessen, was den Ausschussmitgliedern über den Prüfling bekannt ist:
 rische Tendenz nicht gebilligt und daher milder entschieden hat. Pusch war mithin auch damals schon ein williges Werkzeug der Nazi-Partei. In der heutigen Besprechung entschuldigte er sich damit, daß er unter Zwang der Schulabteilung gehandelt habe. Der Ausschuss kann diese Entschuldigung nicht anerkennen, Pusch hätte, wenn ihm die Tendenz der Anklage bedenklich erschienen wäre, zum mindesten die Unterschrift verweigern können. Daher kann der Ausschuss die Wiedereinstellung des
 Beobachtungen und Bemerkungen des Ausschusses:
 Oberregierungsrats Dr. Pusch in den höheren Verwaltungsdienst nicht empfehlen.

Auszug aus Ulrich Puschs Entnazifizierungsverfahren, NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl.1ff., Fragebogen, 8. Oktober 1946

Der Regierungspräsident
 Lüneburg, den 31. März 1946.
 Fernsprech-Nr. 4058
 Postfachkonto Hamburg 6134
 der Regierungshauptkasse Lüneburg
 Tagebuch-Nr. I K I (12)
 Es wird ersucht, in der Antwort die
 Tagebuchnummer anzugeben.
 An den
 Herrn Stadtdirektor
 der Stadt Wolfsburg
 in Wolfsburg
 Kreis Gifhorn
 Im Auftrage des Niedersächsischen Ministers des Innern
 bestelle ich
 Oberregierungsrat Dr. Pusch
 in Lüneburg, Regierung,
 zum Staatskommissar für die Stadt Wolfsburg, Kreis Gifhorn.
 Gegen diese Verfügung ist gemäß § 113 DGO i.d.F. vom 21.12.1943 (NGuVOBl. Seite 184) die Klage im Verwaltungsstreitverfahren vor dem Landesverwaltungsgericht innerhalb eines Monats nach Zustellung dieser Verfügung zulässig. Die Klage hat keine aufschiebende Wirkung, da diese Anordnung ohne Nachteile für das öffentliche Wohl nicht ausgesetzt werden kann.
 Begründung:
 Durch Beschluß des Bezirkswahlgerichts für den Regierungsbezirk Lüneburg vom 7. März 1949 ist die Gemeindevahl der Stadt Wolfsburg vom 28.11.1948 für ungültig erklärt worden. Der Gemeinderat der Stadt Wolfsburg ist daher aufgelöst. Hierdurch ist der geordnete Gang der Verwaltung der Stadtgemeinde Wolfsburg nicht gewährleistet, sodaß die Einsetzung eines Staatskommissars gemäß § 112 DGO erforderlich ist.
 Der Staatskommissar nimmt alle Aufgaben des Gemeinderates auf Kosten der Gemeinde wahr.
 Sein Amt endet, sobald der neue Gemeinderat gewählt ist.
 Den im Bereich der Stadt Wolfsburg zugelassenen politischen Parteien wird anheimgestellt, einen Ausschuss zu bilden, der aus je einem Vertreter dieser Parteien besteht. Der Ausschuss hat die Aufgabe, den Staatskommissar bei seinen Entscheidungen zu beraten.
 Diese Entscheidung beruht auf § 112 f. DGO.
 Im Auftrage:
 Dr. Pusch

Schreiben des Regierungspräsidenten an den Stadtdirektor der Stadt Wolfsburg, StadtA WOB, HA 143

Forsetzung von Seite 1 wechselte der mittlerweile promovierte Jurist als Regierungsreferendar in den Verwaltungsdienst zur Regierung nach Frankfurt (Oder). Über weitere Stationen beim Landratsamt Tilsit, der Regierung Merseburg, dem Preußischen Innenministerium und dem Polizeipräsidium Halle (Saale) gelangte er 1931 zum Oberpräsidium Magdeburg. Hier leitete er als Dezernent, nun im Rang eines Regierungsrats, die Politik- und Polizeiabteilung, ein Umstand, der ihm nach der „Machtergreifung“ durch die Nationalsozialisten zunächst durchaus Probleme bereiten sollte.

Unmittelbar nach der Reichstagswahl im März 1933 nämlich sah sich der Vizepräsident beim Oberpräsidium Magdeburg, Walter Fehrmann, gezwungen, die Personalie Pusch zu rechtfertigen: „Von nationalsozialistischer Seite ist bei mir angeregt worden, Herrn Pusch das politische Dezernat zu nehmen, weil er Sozialdemokrat sei und dem Reichsbanner angehöre. Ich habe erwidert, dass das nicht zutrifft.“⁴⁵ Fehrmann verteidigte seinen Mitarbeiter durchaus zu Recht und ohne Übertreibung gegenüber den nationalsozialistischen Einflüsterern, denn tatsächlich spricht in der Rückschau sehr wenig dafür, dass Pusch in den Weimarer Jahren Mitglied der SPD, einer anderen staatstragenden Partei oder gar des demokratischen Wehrverbandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold geworden war.⁴⁶ Zum Verhängnis wurde dem ehemaligen Frontkämpfer aber die sensible Thematik seines Dezernats, das er unter dem liberalen Oberpräsidenten Carl Falck geleitet hatte, einem langjährigen Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der späteren Deutschen Staatspartei (DStP), und des Reichsbanners. Bereits zu Anfang Juni 1933 wurde Pusch nun an das Oberversicherungsamt bei der Regierung Oppeln versetzt, was er mit zwei aufeinanderfolgenden Eingaben an den neuen Oberpräsidenten zu verhindern versuchte.

Während er zunächst noch private Umstände anführte, um die Versetzung nach Oberschlesien abzuwenden, mach-

te er schließlich vor allem politische und weltanschauliche Gründe geltend: Er sei Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges und Mitglied des Vereins Deutsche Ahnengemeinschaft sowie „rein arischer Abstammung“;⁴⁷ einer politischen Partei oder Organisation habe er vor 1933 trotz Empfehlungen von Vorgesetzten nicht angehört, seine Verbindung zu Falck sei rein behördlicher Natur. Nicht zuletzt wies Pusch daraufhin, dass er seit dem 17. März 1933 Mitglied des DNVP-nahen Stahlhelm sei, was angesichts der bereits erfolgten politischen Umwälzungen in den vergangenen Monaten nur bedingt als Vertrauensbeweis in die nationalsozialistische „Erhebung“ verstanden werden konnte, wenngleich es die Bereitschaft zur politischen Konformität zeigte.

Die angeführten Argumente verhinderten die Versetzung Puschs nach Oppeln indes nicht, ermöglichten ihm aber möglicherweise schon wenige Wochen später eine Versetzung an die Regierung in Lüneburg.⁴⁸ Hier übernahm er abermals das Oberversicherungsamt und war zunächst auch für einige Sozialthemen und Schulangelegenheiten verantwortlich. Ab 1934 übertrug man ihm gegen den Willen des Landwirtschaftsministeriums, das fortgesetzt Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit Puschs geäußert hatte, das Domänen-Dezernat in der landwirtschaftlichen Abteilung. Der Vorgesetzte verwies darauf, dass man bezüglich Puschs „jetzige[r] politische[r] Einstellung zum nationalsozialistischen Staat keinerlei Bedenken habe“ und betonte die fachliche Eignung des Beamten.⁴⁹

Pusch mühte sich redlich, in den folgenden Jahren seine Integrität dem NS-Regime gegenüber unter Beweis zu stellen: Neben der SA-Mitgliedschaft, die seit Überführung seiner Stahlhelm-Einheit bestand und wo er als Rottenführer im Sturm 5/16 Dienst tat, beantragte Pusch nach Lockerung der Aufnahmesperre im Juni 1937 die NSDAP-Mitgliedschaft, die zum 1. Mai rückwirkend Gültigkeit erhielt.⁵⁰ Zuvor war er bereits mehreren NS-Organisationen beigetreten, so 1934 dem

NS-Rechtswahrerbund und der NS-Volkswohlfahrt⁵¹ sowie 1936 dem Reichsluftschutzbund und dem Reichsbund der deutschen Beamten. Manche Mitgliedschaft war dabei obligatorisch. In letzterem übernahm er ab Januar 1941 im Amt für Beamte die Position des Kreisfachschaftsleiters im Rang eines Stellenleiters. Anfang 1939 erfolgte der Eintritt in den Reichskriegerbund, ab Mai 1942 wiederum engagierte sich Pusch als ehrenamtlicher Mitarbeiter im Hauptamt für Volkswohlfahrt des Gaus Hannover.⁵² Nicht zuletzt gab er mittlerweile an, während der Novemberrevolution 1919 Mitglied der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gewesen zu sein, einem Freikorps-Verband, der durch seine führende Rolle bei der Niederschlagung des Spartakusaufstandes und der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts bekannt geworden war. Ob Pusch aber tatsächlich im Freikorps gedient hatte, kann durchaus angezweifelt werden: Auch wenn es gute Gründe gegeben haben mag, die Mitgliedschaft vor 1933 zu verschweigen – was keineswegs selbstverständlich war – ist doch auffällig, dass Pusch nicht auf die für ihn vorteilhafte Mitgliedschaft hinwies, als er wegen mangelnder politischer Zuverlässigkeit nach Oppeln versetzt werden sollte. Nichtsdestoweniger gelang es ihm, sich die Freikorpstätigkeit beständigen zu lassen und eine entsprechende Urkunde zu erhalten.⁵³

Parallel zur zunehmenden politischen Anpassung und Aktivität erklomm Pusch auch die Karriereleiter, sodass man ihm 1940 in Lüneburg die Angelegenheiten des Abwehrbeauftragten, Reichsverteidigungssachen, das Gemeindeaufsichts- und Sparkassendernat sowie das Gemeindeprüfungsamt übertrug.⁵⁴ Als Ende 1942 die Beförderung zum Oberregierungsrat anstand, las sich der „Vorschlag zur Ernennung“ schon beinahe wie eine nationalsozialistische Musterbiografie: Frontkämpfer, Freikorpsler, Mitglied der NSDAP – wenn auch nicht als „Alter Kämpfer“ – und organisiert in Parteigliederungen und angeschlossenen Verbänden, dort mitunter sogar mit Ämtern

betraut.⁵⁵ Politische Vorbehalte fanden in den Akten nun keinen Niederschlag mehr.

Im Juni 1943 erfolgte seine Abordnung an das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, wo er in der Abteilung „Treuhandverwaltung“⁵⁶ die Nachfolge des Landrats Henning von Rumohr⁵⁷ als Gruppenleiter „Personal und Organisation“ antrat.⁵⁸ Von Rumohr war nach fortdauernden Auseinandersetzungen mit dem streitbaren Abteilungsleiter Hermann Reinbothe⁵⁹ ausgeschieden und nur mit Widerwillen davon zu überzeugen gewesen, seinen Nachfolger Pusch überhaupt einzuarbeiten.⁶⁰ Unter recht schwierigen äußeren Bedingungen kam Pusch hier demnach die Aufgabe zu, das Personal der Treuhandabteilungen bei den Reichs- und Generalkommissaren in den besetzten Ostgebieten aufzubauen und zu betreuen, UK-Stellungen vorzunehmen, die Zuverlässigkeit des Personals zu prüfen und den Geschäftsbetrieb der eigenen Abteilung innerhalb der Berliner Zentrale zu organisieren.⁶¹ Im Zuge des kriegsbedingten Personalabbaus wurde auch Pusch nach etwa einem Jahr im September 1944 wieder seiner Heimatbehörde zur Verfügung gestellt und die Abordnung zum Ostministerium aufgehoben.⁶² Dem abschließenden Befähigungsbericht zufolge fiel das Gesamturteil seiner Arbeit durchschnittlich aus: Er sei ein „[r]outinierter Verwaltungsbeamter, jedoch ohne sachlichen Ehrgeiz“ und „etwas zu devot“, eine Einschätzung, die wohl den bereits erwähnten Konflikten innerhalb der Abteilung Rechnung trug. Ausgerechnet sein „Organisationstalent“ sei „nicht besonders ausgebildet“; die „[w]eltanschauliche Haltung“ beurteilte man hingegen als „[e]inwandfrei“.⁶³

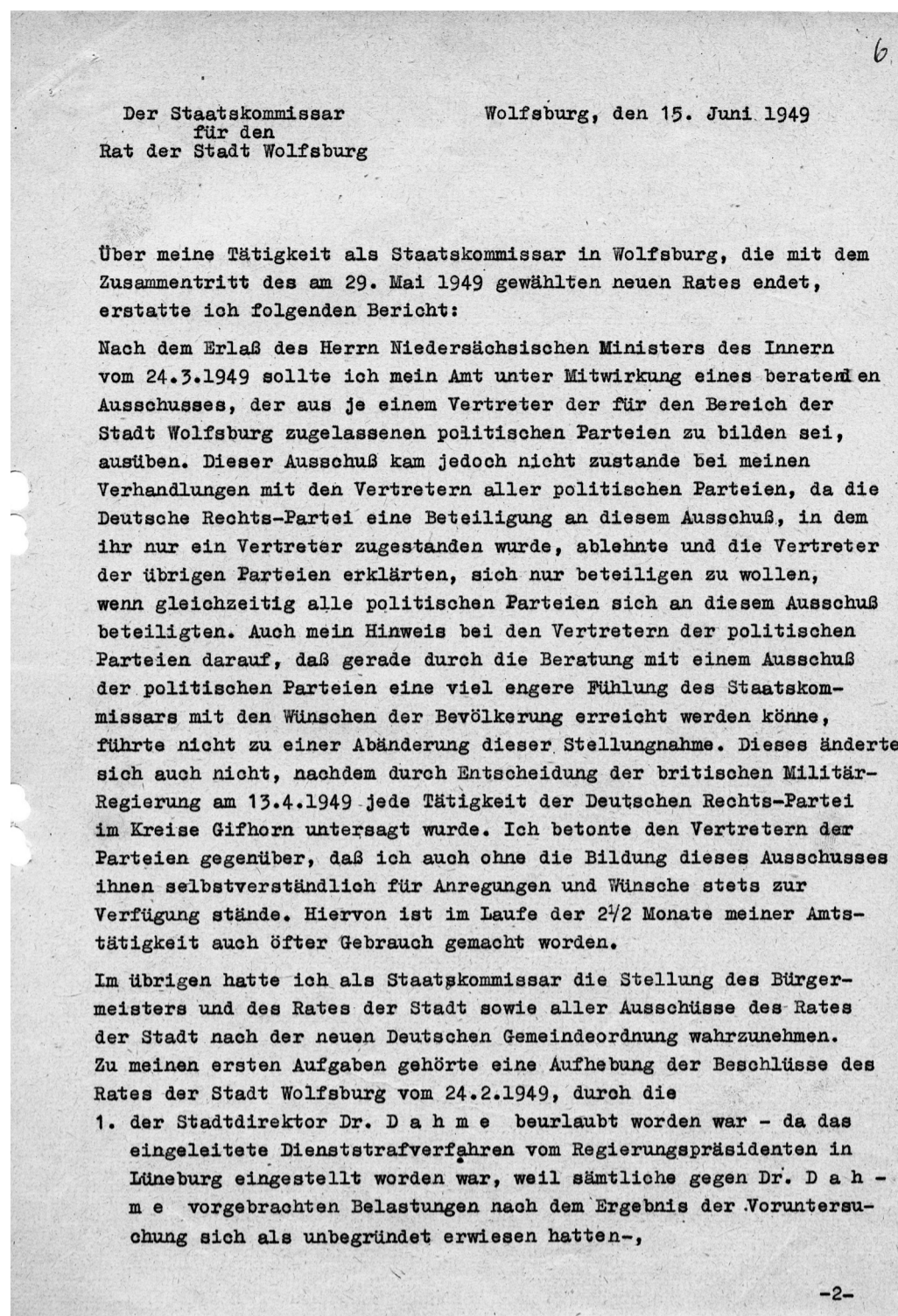
Pusch kehrte anschließend für kurze Zeit in seine alte Stellung in Lüneburg zurück, zuständig in erster Linie für Reichsverteidigungsangelegenheiten, bevor er im November 1944 abermals in Abordnung geriet und bis zum Kriegsende als Vertreter des Landrats die Leitung des Landratsamts für den Kreis Harburg mit Sitz in Winsen übernahm.⁶⁴

Nach seiner Gefangennahme durch die britischen Besatzer und einer 16-monatigen Internierungshaft durchlief er das Entnazifizierungsverfahren, wie die allermeisten seiner Kollegen, unbeschadet: Pusch gab an, lediglich auf Ansuchen seiner Vorgesetzten *Stahlhelm*-Mitglied geworden zu sein und nicht nur in die SA, sondern auch in die NSDAP automatisch überführt worden zu sein – ein Vorgang, der in den Entnazifizierungsverfahren immer wieder angeführt wurde, so aber nachweislich nie stattfand.²⁵ Nicht nur er selbst sah sich als „überzeugter Republikaner“, auch seine ehemaligen Kollegen attestierte Pusch in ihren „Persilscheinen“ mehrheitlich eine „demokratische[.] Auffassung“, so etwa sein früherer Vorgesetzter Fehrmann.²⁶ Der Entnazifizierungskammer in Lüneburg fiel aber auf, dass der Verwaltungsjurist das nationalsozialistische Regime nicht nur auf der Mitgliederebene unterstützt hatte: Die Kammer vermerkte, Pusch sei als Zuständiger in Sachen Schulwesen bei der Regierung Lüneburg, folglich kurz nach seiner Versetzung im Jahr 1933,

„IN MEHREREN FÄLLEN ANKLÄGER GEWESEN [...], IN DENEN ES SICH UM DIE ENTLASSUNG ODER MASSREGELUNG VON LEHRERN HANDELTE. DIE ENTLASSUNG ODER MASSREGELUNG DER LEHRER WURDE AUS POLITISCHEN GRÜNDEN BEIM MINISTER BEANTRAGT. DIE BERICHTTE SIND SO UNSACHLICH UND LEICHTFERTIG ERSTATTET WORDEN, DASS SELBST DER MINISTER RUST DIE SCHARFMACHERISCHE TENDENZ NICHT GEBILLIGT UND DAHER MILDER ENTSCHEIDEN HAT.“²⁷

Mit den Vorwürfen konfrontiert, stritt Pusch den Sachverhalt – vermutlich handelte es sich um die Umsetzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, mit dem unliebsame Beamte verdrängt werden sollten – nicht ab, verwies aber darauf, dass er „unter Zwang der Schulabteilung gehandelt habe“. Einer Wiedereinstellung im öffentlichen Sektor erteilte die Militärregierung in der Folge erst einmal eine Absage. Die Angelegenheit verlief sich aber und fand keine weitere Berücksichtigung, sodass Pusch als vormals „[e]ifriger Nazi-Unterstützer“²⁸ wieder als Dezernent im Angestelltenverhältnis zur Regierung in Lüneburg zurückkehrte, nachdem er im Oktober 1947 in Kategorie IV als „Mitläufer“ eingestuft worden war.²⁹ Gerade einmal ein paar Wochen waren bei seiner Ernennung zum Staatskommissar vergangen, seit Pusch im Zuge der „politischen Neuüberprüfung“ schlussendlich „entlastet“ worden war.³⁰

Die Episode in Wolfsburg dauert etwa drei Monate, in denen er zuerst einige illegitime Beschlüsse des Stadtrats aufhob und dann die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung wiederherzustellen suchte. Neben seinen Bemühungen, die Grundversorgung der Stadt im Bereich der Schulen und Wohnunterkünften sowie der medizinischen Betreuung weiter auszubauen und Steuereinnahmen durch Volkswagen zu generieren, gehörte unter anderem auch die „Wiedereinstellung von entnazifizierten Stadtoberinspektoren und Stadtinspektoren“³¹ zu seinen Aufgaben, die Pusch – selbst noch im Angestelltenverhältnis – nur auf Widerruf durchführte, um die endgültige Entscheidung dem zukünftigen Gemeinderat zu überlassen.³² Erst 1950 ernannte man Pusch, bereits zur Regierung Lüneburg zurückgekehrt, wieder als Beamten auf Lebenszeit im Rang eines Oberregierungsrats und kurz darauf zum Regierungsdirektor. Als landwirtschaftlicher Abteilungsleiter brachte er es noch zum Vertreter des



Auszug aus dem Tätigkeitsberichts Ulrich Puschs als Staatskommissar in Wolfsburg, StadtA WOB, HA 143

Regierungs- und Vizepräsidenten seiner Behörde, bevor er im März 1962 in den Ruhestand eintrat.³³ Am 7. Oktober 1976 starb er in Lüneburg.

Angesichts der politischen und beruflichen Vorerfahrungen Ulrich Puschs mag es überraschen, dass sich das niedersächsische Innenministerium und der Lüneburger Regierungpräsident 1949 ausgerechnet für ihn entschieden, um in Wolfsburg die politischen Machtverhältnisse zugunsten der noch jungen demokratischen Kräfte zu stabilisieren. Gleichwohl ist anzunehmen, dass die allermeisten Kollegen Puschs in ganz ähnlicher Weise belastet waren. Möglicherweise fiel die Wahl auch auf ihn, gerade weil er als erfahrener Verwaltungsbeamter zeit seines Lebens verstanden hatte, zwischen den politischen Umständen zu lavieren. Sicherlich handelte es sich bei Pusch, der vor 1933 in der politischen Verwaltung zuverlässig für einen liberalen Vorgesetzten gearbeitet hatte, um keinen nationalsozialistischen „Weltanschauungstäter“;³⁴ ihn als bloßen „Mitläufer“ zu charakterisieren, erschien angesichts seines Überlebens bei der Durchsetzung des Berufsbeamtengesetzes („materiale Belastung“) und der Übernahme von Ämtern im Dunstkreis der NSDAP bei gleichzeitiger Tätigkeit als Ministerialbeamter im höheren Dienst („formale Belastung“) als verharmlosend.³⁵ So wie er vor der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ pflichtbewusst Dienst für die demokratischen Vorgesetzten in seiner Behörde getan hatte, passte er sich auch den politischen Umständen nach 1933 an. Die Entnazifizierungskammer urteilte dementsprechend recht treffend, als sie Ulrich Pusch ein „williges Werkzeug der Nazipartei“ nannte – ein „Werkzeug“ das in drei unterschiedlichen Systemen Karriere gemacht hatte, ohne den moralischen Kompass allzu sehr zu strapazieren.

Philipp T. Haase ist Akademischer Mitarbeiter und Doktorand an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Sein Studium der Germanistik und Geschichte beendete er mit einer biografischen Arbeit zu Gustav Adolf Scheel, dem Reichsstudienführer und späteren Gauleiter Salzburgs im „Dritten Reich“. Seit 2017 forscht er im Projekt „Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien“ zu den Biografien der leitenden Beamten und Angestellten des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete. Zuletzt beschäftigte er sich außerdem mit dem System der nationalsozialistischen Zwangsarbeit am Beispiel der oberbayerischen Stadt Wasserburg am Inn.

- 1 StadtA WOB, HA 143, Bl. 1, Der Niedersächsische Minister des Innern an den Regierungspräsidenten Lüneburg, Besondere Vorkommnisse in der Stadt Wolfsburg, 24. März 1949 (auch in NLA HA, Nds. 120 Lüneburg Acc. 105/82 Nr. 5).
- 2 Siehe dazu Kapitel I in Alexander Kraus, Stadt ohne Geschichte? Wolfsburg als Demokratie-Labor der Wirtschaftswunderzeit (Stadt – Zeit – Geschichte, Bd. 6). Erscheint im Frühjahr 2021.
- 3 NLA HA, Nds. 120 Lüneburg Acc. 105/82 Nr. 5, Der Regierungspräsident Lüneburg, Staatskommissar in Wolfsburg, Telefonvermerk, 31. März 1949.
- 4 NLA HA, Nds. 120 Lüneburg Acc. 51/99 Nr. 62/1, Bl. 40–41, Lebenslauf des Rechtskandidaten Ulrich Pusch, 4. März 1921.
- 5 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Fehrmann an unbekannt, 8. März 1933.
- 6 Pusch selbst gab im Entnazifizierungsverfahren nichts dergleichen an, obwohl eine Mitgliedschaft in demokratischen Parteien oder Organisationen die Eingruppierung durch die Spruchkammer natürlich positiv beeinflusst hätte. Siehe dazu NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 1ff., Fragebogen, 8. Oktober 1946.
- 7 Hier und im Folgenden BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Gesuch des Regierungsrats Dr. Pusch vom 24. Mai 1933 auf Abänderung einer Versetzungsverfügung, 30. Mai 1933.
- 8 Im Entnazifizierungsverfahren begründete Pusch seine baldige Versetzung nach Lüneburg damit, dass er „das Klima dort nicht vertrug“. NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 1ff., Anlage zum Fragebogen, 8. Oktober 1946.

- 9 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Der Regierungspräsident, Allgemeine Abteilung, Berichterstatter: Regierungsvizepräsident von Kusserow, 2. Juli 1934.
- 10 Siehe dazu BArch, R 9361-IX KARTEI/33420357.
- 11 Wann genau Pusch der NSV beitrug, ist anhand der Akten nicht ersichtlich. Der Eintritt erfolgte vor 1937, wurde von ihm aber im Spruchkammerverfahren verschwiegen. Siehe dazu BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Fragebogen der Reichsstelle für Sippenforschung, 31. März 1937 sowie NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Fragebogen, 26. August 1946.
- 12 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02., Fragebogen, 22. Juni 1942
- 13 NLA HA, Nds. 120 Lüneburg Acc. 51/99 Nr. 62/10, Bl. 25, Pusch an den Regierungspräsidenten Lüneburg, 16. September 1938.
- 14 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Der Regierungspräsident Lüneburg an den Reichminister des Innern, 23. Juni 1942.
- 15 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Vorschlag zur Ernennung des Regierungsrats Dr. Ulrich Pusch zum Oberregierungsrat, 31. Dezember 1942.
- 16 Zur Abteilung „Treuhandverwaltung“ siehe Andreas Zellhuber, „Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu...“. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941–1945 (Berlin & München. Studien zu Politik und Geschichte, Bd. 3). München 2006, S. 126.
- 17 „Henning von Rumohr“, in: Online-Portal „Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien“, online abrufbar unter <https://ns-reichsministerien.de/2020/09/28/henning-von-rumohr> [12.10.2020].
- 18 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, Vermerk Ministerialrat Kramer, Reichsministerium des Innern, 3. Mai 1943.
- 19 „Hermann Reinbothe“, in: Online-Portal „Beamte nationalsozialistischer Reichsministerien“, online abrufbar unter <https://ns-reichsministerien.de/2018/06/08/hermann-reinbothe> [12.10.2020].
- 20 BArch, VBS 1027 (R 6)/ZA I 10631 A. 02, Vermerk, RMfdbO, II Pers. a, 12. Juni 1943.
- 21 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, RMfdbO, II Pers. a, Befähigungsbericht für Ulrich Pusch, 14. November 1944.
- 22 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, RMfdbO, II Pers. a, an Dr. Ulrich Pusch, 7. September 1944.
- 23 BArch, VBS 1012 (R 1501)/ZA VI 0157 A. 02, RMfdbO, II Pers. a, Befähigungsbericht für Ulrich Pusch, 14. November 1944.
- 24 NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 1ff., Fragebogen, 8. Oktober 1946.
- 25 Michael Buddrus, „War es möglich, ohne eigenes Zutun Mitglied der NSDAP zu werden? Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin für das „Internationale Germanistenlexikon 1800–1950“, in: Geschichte der Germanistik, Mitteilungen (2003), H. 23/24, S. 21–26. Für die Diskussion, die sich in der Folge von Buddrus’ Gutachten entspann, siehe Sven Felix Kellerhoff, „Die Erfindung des Karteimitglieds. Rhetorik des Herauswindens: Wie heute die NSDAP-Mitgliedschaft kleingeredet wird“, in: Wolfgang Benz (Hg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt am Main 2009, S. 167–180.
- 26 NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 34, Walter Fehrmann, 9. Dezember 1946.
- 27 Hier und im Folgenden NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 6, Deutsche Entnazifizierungskammer für den Regierungsbezirk Lüneburg, 23. September 1946.
- 28 NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 8, Stellungnahme durch die Entnazifizierungskammer für den Regierungsbezirk Lüneburg, 3. Oktober 1946.
- 29 NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 39, Eingabe von Ulrich Pusch, 12. August 1948.
- 30 NLA HA, Nds. 171 Lüneburg Nr. 40146, Bl. 44, Entnazifizierungs-Spruchauschuss für höhere Verwaltungsbeamte, Entnazifizierungs-Entscheidung im schriftlichen Verfahren, 21. Januar 1949.
- 31 StadtA WOB, HA 143, Bl. 6–10, hier Bl. 8, Tätigkeitsbericht des Staatskommissars für den Rat der Stadt Wolfsburg, 15. Juni 1949.
- 32 Ebd., Bl. 6–10.
- 33 NLA HA, Nds. 120 Lüneburg, Acc. 51/99 Nr. 62/10, Personalbogen mit Anlagen.
- 34 Wolfgang Prose, „Skala der NS-Belastung 3.0“, online abrufbar unter <https://kugelberg-verlag.de/skala-der-ns-belastung> [13.10.2020].
- 35 Zum Begriff der Belastung allgemein siehe Wolfgang Prose, „Skalen der ‚NS-Belastung‘ und ‚NS-Distanz‘“, in: ders. (Hg.), Täter, Helfer Trittbrettfahrer, Bd. 5: NS-Belastete aus dem Bodenseeraum, S. 309–313; ders., „Skala der NS-Belastung 3.0“ (wie Anm. 34). Zu den Begriffen der „materialen“ und „formalen Belastung“ siehe Frank Bösch/Andreas Wirsching/Dominik Rigoll, „Zur Problematik des Belastungsbegriffs“, Video, online abrufbar unter <http://ausstellung.geschichte-innenministerien.de/fileadmin/Redaktion/Videos/Zur%20Problematik%20des%20Belastungsbegriffs.mp4> [12.10.2020].



Schulabschluss: Italienischer Prüfling vor Kommission, 1978, Foto: Renate Reichelt

Mit ihrer These vom „Opfer-Plot“ formulierten die Historiker Hedwig Richter und Ralf Richter 2009 und 2012 einen Generalangriff auf einen großen Teil der bisherigen geschichtswissenschaftlichen Migrationsforschung.¹ Diese, so der zentrale Vorwurf, dramatisiere mit dem scheinbar etablierten „Erzählmuster“ von der „Unterdrückung“ und „kapitalistischen Ausbeutung der Migranten“ deren Situation, um für Akteure aus dem Feld der Politikberatung Handlungsmaximen zu formulieren.² Je drastischer die Lebenswelt der Arbeitsmigranten in der eben nur vermeintlichen Aufnahmegesellschaft dargestellt werde, „je mehr sie als Opfer dastehen und nicht auch als eigenwillig und selbstbestimmt Handelnde, desto eher werden politische Entscheidungsträger bereit sein, sich für die Migranten einzusetzen.“³ Denn das Nichtgelingen der Integration sei letztlich direkte Folge einer unzureichenden bundesrepublikanischen Integrationspolitik.

Diese Viktimisierungsstrategie verstelle den Richters zufolge jedoch den Blick darauf, dass der weitaus größere Teil der Migranten jeglichen Integrationsbemühungen der Arbeitgeber, Kommunen und des Aufnahmelandes zum Trotz an einer erfolgreichen Integration kein Interesse gehabt, ja ganz eigene Ziele verfolgt habe: die Remigration.⁴ Wie sie in ihrer Analyse der italienischen Arbeiter im Volkswagenwerk in Wolfsburg zu zeigen versuchen, hätte die überwiegende Mehrheit eine „Selbst-Separierung“ betrieben, „Parallel-Strukturen“ aufgebaut, „Eigeninitiative“ vermissen lassen und aufgrund ihrer bildungsfernen Herkunft und Prägung den „Anschluss

Vom Objekt zum Akteur

Kommunale Integrationspolitik der Stadt Wolfsburg und italienische Arbeitsmigranten in den Jahren der ‚Normalisierung‘

VON ALEXANDER KRAUS UND MICHAEL SIEMS

an die westeuropäische Entwicklung hin zu einer Bildungs- und Konsumgesellschaft verpasst.“⁵ Die „Bildung von Einwandererkolonien“ wie auch die „Selbstisolation der Migranten“ seien, so die Argumentation der Richters, für die große Mehrheit der Remigranten unverzichtbare Strategien für den „Erhalt ihrer Identität“ gewesen und demnach alles andere als „das Produkt staatlicher Fehlleistungen.“⁶ Auf diesem Wege mündet der eigentlich begrüßenswerte Ansatz, Migrantinnen und Migranten als entscheidende Akteursgruppe zu begreifen,⁷ in eine bloße Schuldumkehr.

Es verwundert daher nicht, dass ihre These wie auch der gewählte Zuschnitt, ihr Umgang mit der Forschungsliteratur, der herangezogene Quellenkorpus und die Quellenarbeit selbst nicht unbedingt auf Zustimmung seitens der Migrationsforschung gestoßen ist.⁸ Nachfolgend wird daher, abseits markiger Thesen, die Aufmerksamkeit zurück auf den Ort des Geschehens, Wolfsburg, und die dort handelnden Akteure gelenkt. Denn hier, so hat es die Historikerin Maria Alexopoulou auf den Punkt gebracht, „treffen die nationalen, regionalen und lokalen Regularien und Gegebenheiten aufeinander und werden in konkretes Verwaltungshandeln umgesetzt.“⁹ Dabei werden bewusst die 1970er und frühen 1980er

Jahre in den Blick genommen, in denen die zentrale Integrationsarbeit mehr und mehr vorwiegend von der Stadt Wolfsburg und nicht mehr vorwiegend von der *Volkswagenwerk AG* und der im Volkswagenwerk aktiven *IG Metall* getragen wurde.

Damit verschiebt sich der Fokus der Untersuchung weg von den bereits vielfach beackerten und entsprechend gut erforschten Themenfeldern wie der frühen Unterbringung der italienischen Arbeiter im sogenannten „Italienerdorf“,¹⁰ das auf dem Werksgelände nahe der Berliner Brücke durch die *Volkswagenwerk AG* errichtet wurde, dem „wilden Streik“ aus dem November 1962,¹¹ der gegenseitigen Wahrnehmung,¹² frühen Integrationserfolgen in der Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit¹³ oder der Geschichte des *FC Lupo*, des ersten von Gastarbeitern gegründeten Sportvereins,¹⁴ und hin zu den auf den ersten Blick weniger eindrücklichen und augenscheinlichen Prozessen der zweiten Generation nach dem Einsetzen des Familiennachzugs.¹⁵ In Konsequenz wird jenes Zeitfenster fokussiert, für das die Historikerin Christiane Reinecke festgehalten hat, dass sich die Kommunalpolitik nun bundesweit der Frage zuwandte, „was der langfristige Aufenthalt migrantischer Familien für soziale Konsequenzen hatte, was für Infrastruktur-Maßnahmen

erforderte und welche Kosten er mit sich brachte.“¹⁶ Zwar hatten zahlreiche Kommunen bereits ab Mitte der 1960er Jahre erkannt, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Gastarbeiter einen dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik anstrebte,¹⁷ doch folgten auf diese Erkenntnis erst Anfang des folgenden Jahrzehnts konkrete Maßnahmen. In dieser nun beginnenden Phase glich die Integrationspolitik vieler Kommunen einem steten Suchen, war dabei zugleich aber auch angesichts des Fehlens einer bundesweiten Strategie avantgardistisch. Neben anderen Städten übernahm Wolfsburg, zu dieser Zeit die westdeutsche Stadt mit dem höchsten Anteil ausländischer Arbeiter,¹⁸ mit der Gründung des deutsch-italienischen Kontaktausschusses (1969/70), des Ausländerreferats und des Ratsausschusses für Ausländerangelegenheiten (beide 1974) gewissermaßen eine Vorreiterrolle für die Bundesrepublik.¹⁹ Diese Entwicklung korrespondiert mit gesamtgesellschaftlichen Prozessen in den Jahren „nach dem Boom“, die als Schwellenjahre zur „Problemgeschichte der Gegenwart“ gelten.²⁰ Der Strukturbruch der industriegeschichtlichen Moderne machte sich in Wolfsburg vor allem in Form des Anwerbestopps bemerkbar.²¹ Er ermöglichte erst, so die hier vertretene These, die „Normalisierung“ der Integrationspolitik wie auch der Lebensverhältnisse der von „Gastarbeitern“ zu Bürgern (im Sinne einer *urban citizenship*) werdenden Migranten und Migrantinnen.²²

Dieser Wandel war den Migranten selbst durchaus bewusst. So hieß es beispielsweise in einer Ausgabe der katholischen Monatsschrift *Italiani a Wolfsburg*

burg im Juli 1973 ganz selbstbewusst: „Wir bieten unserem Gastland unsere produktive Kraft, und deshalb haben wir das Recht in die Gesellschaft aufgenommen und integriert zu werden, in der wir leben.“²³ Doch wer waren die konkret Handelnden in jener Phase der „sich konsolidierenden Einwanderungssituation der italienischen Bevölkerung“ in Wolfsburg?²⁴ Wie sahen die Möglichkeiten zur Partizipation und Mitgestaltung genau aus, durch wen wurden sie auf welche Art und Weise genutzt, und gab es „Möglichkeiten der Intervention, [...] des Widerstands gegen diese Politiken“?²⁵ Die in diesem Beitrag untersuchten Themenfelder der öffentlichen Wahrnehmung der italienischen Arbeiter, der Gründung und Entwicklung des deutsch-italienischen Kontaktausschusses, der maßgeblich durch das Ausländerreferat gelenkten Schulpolitik wie auch der Veränderung der Wohnsituation ermöglichen Analysen auf der Makro- wie auf der Mikroebene. Zudem geraten unterschiedliche Akteure in den Blick – von der Presse über die Kommune, die Migranten selbst bis hin zum italienischen Staat.²⁶ Die einzelnen Themenfelder übernehmen so eine wechselseitige Korrektivfunktion.

Das Bild des „gierigen Südländers“ oder die Stigmatisierung der „Gastarbeiter“ in der Volkswagenstadt

„Schon seit Jahren beklagen sich viele Frauen und Mädchen in Wolfsburg, daß sie laufend von unseren ausländischen Gastarbeitern belästigt werden“,²⁷ behauptete Hildburg Neitsch gemeinsam mit fünfzehn weiteren Wolfsburgerinnen in einem am 12. Mai 1971 in den *Wolfsburger Nachrichten* publizierten Leserbrief. „Überall, wo sich nur irgendwie die Möglichkeit bietet, fassen sie uns Frauen an, laufen uns hinterher und machen mit ziemlich primitiven Sprüchen Annäherungsversuche.“ Würden sich die Italiener dagegen einmal „anständig“ benehmen und die Mädchen in Ruhe lassen – so scheint es – verwandeln einige ihre unterdrückte Sexualität in einen Aggressionstrieb und entladen sie bei Schlägereien“, weshalb die Leserbriefschreiberinnen energisch für den Bau eines Freudenhauses eintraten.²⁸

Damit lebte fast zehn Jahre nach der Ankunft der ersten durch die *Volkswagenwerk AG* angeworbenen Italiener ein Klischee wieder auf, das der Journalist Benno Wundshammer bereits im Juni 1962 in seiner aus zahlreichen O-Tönen aus Wolfsburg collagierten Reportage „Brauchen wir denn wirklich diese Italiener?“ für die *Quick* publizistisch ausgeschlachtet hatte: „[S]ie belästigen unsere Frauen“ ließ er einen Wolfsburger Wutbürger gleich eingangs verlautbaren.²⁹ In dieselbe Kerbe schlug wenig später auch Niklas von Fritzen im *Stern*, der in seiner Reportage „Nix Amore in Castellupo“ davon berichtet, es hätten nur wenige Monate ausgereicht, „um die Italiener in den Ruf zu bringen, Frauenjäger, Ehebrecher und Verführer kleiner Mädchen zu sein“.³⁰ Es ist diese Gleichzeitigkeit von anhaltender Stigmatisierung und – wie zu zeigen sein wird – gelingender Integration, die das Spannungsfeld des Untersuchungszeitraums ausmacht.

Der Leserbrief der sechzehn Wolfsburgerinnen entfachte eine wahre Flut an Reaktionen, anhand derer ein Stimmungsbild bezüglich der italienischen Arbeiter in der Volkswagenstadt gezeichnet werden kann. Nicht selten ging es in Leserbriefen ans Eingemachte: Da wurde der Anteil der „Gastarbeiter“ an

der Gesamtbevölkerung regelrecht pathologisiert, die „Belästigungen unserer Frauen und Mädchen“ beklagt, gegen die weder Stadtrat noch Verwaltung vorgehen würden. „Unsere anständigen Frauen und Mädchen“, lederte ausgerechnet der langjährige Ratsherr Anton Piwczyk (CDU) weiter, „sind für gierige Gesellen kein Freiwild“, weshalb er eine verstärkte Polizeipräsenz einforderte und alternativ schon einmal mit der Aufstellung einer Hilfspolizei drohte.³¹

Dass die Debatte auch über Wolfsburg hinaus Resonanz fand, belegt beispielsweise die Kolumne *Strich aktuell* der *St. Pauli-Zeitung*, in der es zunächst ganz prosaisch hieß „[s]chon immer war Wolfsburg ein sexuelles Notstandsgebiet“, ehe es konkreter wurde: „Eltern halbwüchsiger Töchter können ein Lied davon singen. Im Zölibat gehaltene Gastarbeiter belästigen alles, was einen Rock trägt. Vergewaltigungen sind an der Tagesordnung.“³² Das deutlich formulierte Misstrauen gegenüber den Italienern und deren Kriminalisierung war bereits Ende der 1960er Jahre in der bundesrepublikanischen Gesellschaft als fester Topos etabliert.³³ So wurde beispielsweise auf dem *Deutschen Städtetag* 1969 eingefordert, gegen die kursierenden und weit verbreiteten Vorurteile der größeren Kriminalitätsrate ausländischer Arbeitnehmer,³⁴ „insbesondere Sexualdelikte“,³⁵ aktiv über Aufklärung entgegenzuwirken. In Wolfsburg waren die angesprochenen Vorurteile jedenfalls noch wirkmächtig. Der Leserbriefschreiber G. Räder betonte etwa, zwar nicht gegenüber Menschen aus anderen Ländern voreingenommen zu sein, doch „dürften sie sich eben nicht zu einer unerträglichen Plage entwickeln“. Manche Plätze und Erholungsgebiete seien regelrecht von einer italienischen „Invasion“ bedroht. Und dass von den Deutschen immer wieder eingefordert werde, sie sollten Rücksichtnahme üben, ließ ihn Klischeebilder der Blutrache abrufen:

„WAS WÜRDEN ZUM BEISPIEL DIE SIZILIANER SAGEN, WENN EIN DEUTSCHER TOURIST IHRE FRAUEN UND MÄDCHEN BELÄSTIGEN WÜRDEN? GERADE IN ITALIEN, WO DIE EHRE DER FRAUEN OFT NOCH MIT BLUTVERGIESSEN WIEDERHERGESTELLT WIRD, WÄRE ER SEINES LEBENS NICHT MEHR SICHER.“³⁶

Doch die überwiegende Mehrheit der Stimmen aus der Stadtgesellschaft engagierte sich für eine ausgewogenere Situationsanalyse – mit ebensolcher Leidenschaft – und trug damit dazu bei, ein solides Fundament für die kommende Integrationspolitik zu schaffen. Mehrere Wolfsburger Bürgerinnen und Bürger kritisierten den „demagogische[n]“ Kommunikationsstil, der sich in den Leserbriefen manifestierte. So wurde beispielsweise mehrfach betont, dass die Sexualkriminalität der Gastarbeiter im Verhältnis deutlich niedriger ausfalle als bei der deutschen Bevölkerung. Die Anzahl an Vergewaltigungen würde konstant übertrieben.³⁷ Auch der Wolfsburger Stadtdirektor griff wenigstens zweimal zur Feder und warnte vor einem „Kollektivurteil“, das den Tatsachen nicht gerecht würde, gar „erneut nationalistische Ressentiments“ schüren könne.³⁸ *Fortsetzung auf Seite 6*

- Oben: Ausschnitt aus einem Beschwerdebrief eines Anwohners vom 8. Dezember 1971
2. v.o.: Leserbrief aus den *Wolfsburger Nachrichten* vom 2. Mai 1971
3. v.o.: Zeitungsartikel aus den *Wolfsburger Nachrichten* vom 30. Oktober 1971
Unten: Zeitungsartikel aus den *Wolfsburger Nachrichten* vom 20. November 1971

Der Krast beginnt im „Gianenkort“ und setzt sich dann auf der Straße fort mit recht starker Lautstärke was er bei der Mentalität der Herren, Italiener üblich ist. Im „Gianenkort“ erfindet recht lautstarke Musik, meistens in den Morgenstunden ab 4:30.

Der Leser schreibt:

Belästigungen müssen aufhören

Schon seit Jahren beklagen sich viele Frauen und Mädchen in Wolfsburg, daß sie laufend von unseren ausländischen Gastarbeitern belästigt werden. Überall, wo sich nur irgendwie die Möglichkeit bietet, fassen sie uns Frauen an, laufen uns hinterher und machen mit ziemlich primitiven Sprüchen Annäherungsversuche. In der letzten Woche allein wurden dreimal Mädchen vergewaltigt.

Wenn sie sich „anständig“ benehmen und die Mädchen in Ruhe lassen – so scheint es – verwandeln einige ihre unterdrückte Sexualität in einen Aggressionstrieb und entladen sie bei Schlägereien. Pornofilme en masse tun's auch nicht.

Dieses Verhalten darf einen angesichts der katastrophalen Lage in Wolfsburg auch nicht wundern: Zum Arbeiten dürfen die ausländischen Gäste gerne hierherkommen, eine Wohnung bekommen sie vielleicht auch noch. Daß der Mensch aber noch etwas anderes zum Leben braucht außer Wohnung, Nahrung, Kleidung, scheinen unsere Stadtväter vergessen zu haben.

Und darum fordern Frauen und Mädchen: Baut endlich ein Freudenhaus in Wolfsburg, damit man wieder in Ruhe durch die Straßen gehen kann, oder wenigstens nur halb so viel belästigt wird.

Hildburg Neitsch, Wolfsburg
Krokusplan 1, und 15 weitere Frauen

Italiener kritisieren Stadt

Deutsch-italienischer Kontaktausschuß nur auf dem Papier?

„Absolutes Schweigen – das ist das wesentliche an der Untätigkeit des italienisch-deutschen Kontaktausschusses, der nur auf dem Papier seit Beginn 1970 bei der Stadt zu existieren scheint.“ Mit diesem Satz beginnt ein kritischer Bericht, der in der neuesten Ausgabe der *Wolfsburger IG Metall für die italienischen VW-Arbeitnehmer* steht. In dem *IG-Metall-Mitteilungsblatt* „Il nostro lavoro“ („Unsere Arbeit“) drücken die Italiener jedoch ihre Hoffnung aus, daß noch nicht alles verloren ist.

„Wir halten es immer noch für möglich, daß die Funktionalität des Ausschusses durch entsprechende Mittel wiederbelebt wird, so daß die Problematik unserer Landsleute nicht in Ewigkeit ungelöst bleibt. Hierzu bedarf es guten Willen von allen Seiten, auch von unserer Seite“, heißt es in dem Bericht.

Der deutsch-italienische Kontaktausschuß war Anfang 1970 mit dem Ziel gegründet worden, in gemeinsamen Gesprächen bislang noch ungelöste Probleme der Italiener zu erörtern und zu klären, wie zum Beispiel mehr Wohnungen für italienische Familien, Arbeitsplätze für italienische Frauen im VW-Werk und Schulfragen für italienische Kinder.

„Die italienischen Arbeiter“, heißt es in „Il nostro lavoro“, „erwarteten von dem Kontaktausschuß eine sorgfältige und ernsthafte Prüfung ihrer Lage sowie entsprechende Lösungen für ihre dringenden Probleme. Nach mehr als anderthalb Jahren des Bestehens des Ausschusses ist es angebracht, eine Bilanz zu ziehen, die ... negativ ausfallen muß.“

Als Gründe werden in dem *IG-Metall-Blatt* unter anderem genannt: „In

erster Linie möchten wir das ungenügende Interesse an der Sache angeben, das von einigen Vertretern der verschiedenen Parteien und der Stadtverwaltung gezeigt worden ist, sowie der Mangel an einer klaren programmatischen Gestaltung.“

In dem Bericht wird erklärt, „unter unseren Landsleuten“ gebe es heute auch welche, „die glauben, daß der Ausschuß als Alibi für die deutsche Bevölkerung diene, und daß seine Funktion nur darin bestehe, Sand in die Augen der Öffentlichkeit zu streuen.“ Die Verfasser des Berichtes wollen jedoch abschwächend „lieber annehmen, daß die Ursache des ganzen Übels in dem sparsamen Eifer und in der Oberflächlichkeit zu suchen sind, mit denen von vornherein die Arbeit des Ausschusses gestaltet wurde.“ heil

Tage der Erinnerung

Friedrich Fomferra, Wolfsburg, Friedrich-Ebert-Straße 3, feiert am 30. Oktober seinen 78. Geburtstag.

Jubiläum wir

Männerchor trifft sich am Sonntag

Zur Vorbereitung seines 20jährigen Bestehens im Jahre 1972 hat der *Wolfsburger Männerchor* seine Mitglieder für Sonntag, 31. Oktober, um 10 Uhr zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung in den Clubraum des Föhrenkruges eingeladen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch Fragen erörtert werden, die mit dem Gastspiel des berühmten, vielfach preisgekrön-

Italiener beteiligen sich nur mangelhaft

Stadt weist Kritik zurück — Ausschuß habe Funktion als Verbindungsstelle erfüllt

Der Wolfsburger Stadtratsrat Otto Haag wies gestern gegenüber der Presse die Vorwürfe der Italiener zurück, der Deutsch-Italienische Kontaktausschuß stünde nur auf dem Papier. Der Kontaktausschuß habe seine Funktion als Verbindungsstelle, die die Wünsche der Italiener an die richtigen Stellen weiterleite, erfüllt. „Was von der Stadt eingeleitet wurde, ist im wesentlichen erledigt worden“, erklärte Haag.

Die IG Metall hatte Ende Oktober in einem Mitteilungsblatt für die italienischen VW-Arbeitnehmer die Arbeit des Deutsch-Italienischen Kontaktausschusses kritisiert. Unter anderem war das „ungenügende Interesse von einigen Vertretern der verschiedenen Parteien und der Stadtverwaltung“ angeführt worden.

Mit der Kritik hatte sich auch der Verwaltungsausschuß des Rates beschäftigt. Am Freitag vergangener Woche fand nach langer Zeit wieder einmal ein Treffen des Kontaktausschusses statt. Nach Angaben Haags kam es auf dieser Sitzung unter den italienischen Vertretern zu Meinungsverschiedenheiten über die Funktion des Ausschusses.

Die Stadtverwaltung überreichte der Presse gestern eine Übersicht über die gegenüber den Italienern geleisteten Dienste: So sei der Transport der italienischen Schulkinder seit langem geregelt worden. Von 1962 bis 1967 seien 484 italienischen Familien eine Wohnung vermittelt worden. Zur Zeit suchen 457 italienische Familien eine Wohnung.

Freiwillig übernehme die Stadt Wolfsburg die Lernmittelfreiheit für die zur Zeit 133 italienischen Schulkinder, die in drei Übergangsklassen in der Rabenbergschule unterrichtet würden. Die Stadt zahle außerdem die Kosten für die Busfahrten der Schüler, die in Wolfsburg wohnen. Für die auswärtigen Schüler, sie machen 54 Prozent aus, übernehme das Land Niedersachsen 75 Prozent der Fahrtkosten.

In Wolfsburg werde den italienischen Schülern zusätzlich Förderunterricht in deutscher Sprache angeboten. Eine Hausaufgabenbetreuung sei derzeit im Aufbau. Sie sieht vor, an zwei Nachmittagen in der Woche an drei Stellen in der Stadt Hausaufgaben unter Aufsicht zu machen.

Als weitere Maßnahmen der Stadt

wurden genannt: Die Einrichtung einer Abteilung mit italienischer Literatur in der Stadtbücherei. Auch für die Kinderbücherei ist vorgesehen, italienische Bücher zu beschaffen. In der vom Schul- und Kulturamt aufgestellten Liste über die Maßnahmen der Stadt wird betont, „die Beschaffung (der Bücher) bereitete Schwierigkeiten, weil die vom Kontaktausschuß genannten Personen zu den Besprechungen teilweise nicht erschienen oder auch nur zögernd mitarbeiteten.“

Auch die Volkshochschule, die von der Stadtverwaltung aufgefördert worden war, das Bildungsprogramm für die Italiener mitzutellen, bemängelt, „eine geplante dritte Besprechung (zur Vorbereitung des Programms) mußte wegen mangelnder italienischer Beteiligung ausfallen. Zwei Sprachkurse (Italienische für Italiener) fielen nach Angaben der Volkshochschule ebenfalls wegen mangelnder Beteiligung der Italiener aus.“



Kästorf 1980, Foto: Renate Reichelt

33 90 04

06.06.1985
437/Schröder

15

Bürgerantrag: Umbenennung des Ausländerfriedhofes;

Anliegend reiche ich den Bürgerantrag nach Überprüfung von 4.587 Unterschriften mit 574 gestrichenen Unterschriften zurück.

Ordner 1	1.842	223
Ordner 2	1.070	215
Ordner 3	1.675	136
	<u>4.587</u>	<u>574</u>

5.657,-
174,-
5083,-

Schröder

Ordner 4 enthält 1.070
Unterschriften (nur Ausländer).

Vermerk zur Auszählung des Bürgerantrags mit handschriftlichem Kommentar zum Umgang mit von „Ausländern“ abgegebenen Stimmen, StadtA WOB, HA 10521, Bd. 1

Fortsetzung von Seite 5 Wieder andere brachten ihre Empörung über Zutrittsverbote für Ausländer in Gaststätten und Lokalen zum Ausdruck, die so zu „Menschen 2. Klasse“ gemacht würden: „Es ist uns vollkommen unverständlich, wie so etwas in einem demokratischen Staat möglich ist.“³⁹ Überhaupt gehe, so Wilhelm und Margarete Flade, die ganze Diskussion um das „Freudenhaus“ am Kernproblem vorbei: dem der fehlenden Integration und des ausbleibenden Familiennachzugs.⁴⁰

Ein Leserbriefschreiber verkehrte das Motiv des triebgesteuerten Südländers, der den anständigen deutschen Frauen nachstelle, sogar in sein Gegenteil. Schließlich seien es nach Ankunft der ersten italienischen Arbeiter in Wolfsburg doch die Wolfsburgerinnen gewesen, die diese belästigt hätten – angetrieben durch das medial vermittelte Bild des „feurigen und überpotenten Liebhaber[s]“.⁴¹ Damit wurde ein weiterer Topos aufgegriffen, der bereits seit etwa zehn Jahren in der Bundesrepublik fest etabliert war: die Anziehungskraft des italienischen Mannes auf deutsche Frauen. In der Tat war es, wie die Historikerin Maren Möhring herausgearbeitet hat, gerade die nicht selten „mit einem Klassenunterschied einhergeh[ende] [...] nationale Differenz“, die das festgefügte „Arrangement

der Geschlechter“ zugunsten der Frauen verschob. Diese konnten in der veränderten Konstellation selbst aktiver agieren, wohingegen sich der „fremde[] Mann“ zu einer „begehrten Trophäe“ wandelte.⁴²

Wieder andere prangerten die wiederholt monierte „Mauer aus Vorurteilen“ an, mit der sich die italienischen „Gastarbeiter“ konfrontiert sahen, und schrieben die erfahrene „Ablehnung“ und gesellschaftliche Isolation⁴³ in den Diskurs ein.⁴⁴ Weitestgehend ungehört und ungefragt blieben indes die als sexuell übergriffig diffamierten Italiener selbst, die solcherart zum Diskursobjekt wurden, den Diskurs jedoch nicht verbal zu beeinflussen vermochten. Entlang der Sprachbarriere organisierten sich Deutsche und Italiener Anfang der 1970er Jahre noch in weitgehend ethnisch homogenen Diskursräumen. In den Lokalzeitungen kamen Italiener nur selten zu Wort, wenn doch, dann nur mittelbar über deutsche Journalisten. Zeitungen in italienischer Sprache wie die überregionale DGB-Publikation *ECCO* oder das Wolfsburger *IG Metall*-Blatt *Il nostro lavoro* erreichten die deutsche Öffentlichkeit nicht. Doch in den Jahren der ‚Normalisierung‘ begann diese Trennung zunehmend aufzubrechen. So arbeitete Antonio di Virgilio, Angestellter bei Volkswagen und Redakteur der *Il nostro lavoro* ab 1970 auch als

Korrespondent des WDR für Niedersachsen, was ein wachsendes Interesse des deutschen Rundfunks an der italienischen Perspektive bezeugt. In Wolfsburg gab die Stadtverwaltung ab 1974 das Informationsblatt *Notiziario Comunale* heraus und überließ die Verantwortung für die Kommunikation mit den Migranten nicht länger allein der *Volkswagenwerk AG* oder den Gewerkschaften. Und bereits 1969 – und damit lange bevor das Thema auf der Regierungsagenda auftauchte⁴⁵ – war im Verwaltungsausschuss der Entschluss gefallen, einen gemeinsamen Kommunikationsrahmen für die deutschen Lokalpolitiker und Vertreter der italienischen Minderheit zu schaffen.

„[E]in merkwürdiges parlamentarisches Geschehen“ – Der deutsch-italienische Kontaktausschuss als erster Versuch kommunalpolitischer Integration

Am Vormittag des 28. Januar 1971 rief das italienische Generalkonsulat Hannover im Rathaus der Stadt Wolfsburg an und bat um einen Gesprächstermin. Während das Thema zunächst nicht klar war, bestand über die Dringlichkeit kein Zweifel: Noch am selben Tag erschien der Konsul Giorgio Peca persönlich im Büro des Oberbürgermeisters zum Gespräch mit dessen Stellvertreter, Stadtrechtsrat Otto Haag. Peca forderte vehement die Umbesetzung des deutsch-italienischen Kontaktausschusses der Stadt. Um regelmäßig „neue Ideen und Energie“ in den Ausschuss zu bringen,⁴⁶ erscheine es zweckmäßig, jedes Jahr zumindest die Hälfte der italienischen Mitglieder auszutauschen. Für die Auswahl der Nachrücker sah sich das Konsulat in der Verantwortung. In der Stadtverwaltung sorgte diese Forderung für erhebliche Irritation. Den Ausschuss in jeder Legislaturperiode mehrmals umzubersetzen, so war man sich im Rathaus einig, würde kaum zu dessen reibungsloser Arbeit beitragen.⁴⁷ Dennoch konnte zunächst keine Alternative zu Pecas Vorschlägen präsentiert werden. Obwohl der Ausschuss bereits seit fast einem Jahr bestand, existierten keinerlei verbindliche Richtlinien für die Benennung seiner Mitglieder, was erst die Forderung des Konsuls zum Vorschein brachte.

Die Gründung des deutsch-italienischen Kontaktausschusses war im Dezember 1969 durch den Verwaltungsausschuss der Stadt Wolfsburg beschlossen worden. Italienische Vertrauensleute der *IG Metall* waren zuvor mit der Idee an Pecas Amtsvorgänger Mario Capetta herangetreten, der das Anliegen mittels seines diplomatischen Gewichts gegenüber der Stadt vertrat.⁴⁸ Am 27. Februar 1970 trat der Ausschuss zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Neben Vertretern des Rates und der Stadtverwaltung gehörten ihm fünf Italiener an, die als geeignete Repräsentanten der damals etwa 7.000 in Wolfsburg lebenden Italiener und Italienerinnen verstanden wurden.⁴⁹ Als Vertreter der *IG Metall* saßen der bereits erwähnte nebenberufliche Journalist Antonio di Virgilio, der aus der Personalabteilung des Volkswagenwerkes später in die Stadtverwaltung wechseln sollte, sowie Armando Gobatto, der als Dolmetscher in der Lehrlingsausbildung tätig war, im Ausschuss.⁵⁰ Eduardo Coppola wiederum betreute für Volkswagens Sozialabteilung die große Gemeinschaftsunterkunft an der Berliner Brücke, das „Italienerdorf“. Keine direkte Verbindung zum Automobilkonzern hatten der Bankangestellte Guiseppa Scimone und der Journalist Alfredo Calasso. Wie genau diese Auswahl zustande kam, hat den Ausschuss offenbar nicht weiter beschäftigt.⁵¹ Dass die Liste sowohl durch die *IG Metall* als durch den Konsul abgesegnet worden war, machte die fünf Männer in den Augen der Stadt zu legitimen Gesprächspartnern.

Pecas Intervention brach allerdings den Konsens zwischen der Vertretung des italienischen Staates und der Gewerkschaft auf, zwang die Stadt somit zu einer Positionierung. Der Konsul rief zudem seitens der *IG-Metall* Widerstand hervor, da Peca zunächst ausdrücklich die Gewerkschaftsvertreter di Virgilio und Gobatto ablösen lassen wollte. Die anderen drei könnten, so Peca, zumindest noch ein weiteres Jahr im Ausschuss verbleiben.⁵² Dagegen protestierte die Gewerkschaft in einem Schreiben an die Stadt. Aus ihrer Perspektive habe das Konsulat keine Befugnis, über die Besetzung zu bestimmen, diene der Ausschuss doch dem Kontakt der Stadt Wolfsburg mit ihren italienischen Einwohnern, nicht mit dem italienischen Staat. Die Legitimation der fünf Mitglieder sei das Votum der 90 italienischen Vertrauensleute im Volkswagenwerk, die 6.000 italienische Gewerkschaftsmitglieder repräsentierten.⁵³

Knapp zwei Wochen später berieten die Vertreter der Stadt im Verwaltungsausschuss, wie mit der Forderung des Konsuls umzugehen sei. Das Unverständnis der meisten Ratsmitglieder war ungebrochen. Allerdings offenbarte sich auch, dass wohl nur die wenigsten der deutschen Ratsmitglieder Kenntnisse über die zugrundeliegenden Konflikte innerhalb der italienischen Community der Stadt besaßen.⁵⁴ Oberbürgermeister Hugo Bork schlug daher zunächst vor, die Stadt solle beim Konsul nachforschen, „wieso und aus welchen Gründen [er] die Mitglieder abberufen“ wolle. Senator Ziegler erklärte jedoch, wenn auch recht vage: „Nachdem ich die Namen gehört habe, ist die Absicht – der Hintergrund deutlich.“⁵⁵ Ihm waren die beiden Italiener bekannt, die Peca als Nachfolger der Gewerkschaftsvertreter vorgesehen hatte. Sie gehörten dem Umfeld des von der katholischen Kirche getragenen Gemeindehauses *Centro Italiano* an, das bereits 1964 als ein frühes kommunal subventioniertes Angebot eingerichtet worden war. Damit offenbarte sich: Kirche und Gewerkschaft konkurrierten um die Führungsrolle bei

der Betreuung der Italiener wie auch um Einfluss auf die Stadt; die Beziehung zum jeweiligen Konsul war dabei ein wesentlicher Machtfaktor. Für solche ‚inneritalienische‘ Konflikte sahen sich einige Ausschussmitglieder jedoch nicht zuständig. Besonders FDP-Ratsherrin Luise Gericke betonte mehrfach, man dürfe sich nicht einmischen, müsse die Entscheidung des Konsuls akzeptieren. Diese Haltung fand allerdings keine Mehrheit im Verwaltungsausschuss. Es überwogen die Stimmen, die die Zusammensetzung des Kontaktausschusses innerhalb der Stadtpolitik regeln wollten und eine Legitimationsgrundlage abseits der konsularischen Autorität forderten. Hierbei spielten nicht nur prinzipielle Überlegungen eine Rolle. Ohne eine solche Legitimation sei die Funktionsfähigkeit des Ausschusses gefährdet, gab etwa Stadtrechtsrat Haag zu bedenken: „Der jetzige Vizekonsul hat aus eigener Machtvollkommenheit Vorschläge gemacht und die Italiener in Wolfsburg nicht gefragt. Die Folge wird sein, daß die Wolfsburger Italiener nicht mitspielen wollen.“ Senator Greve reflektierte, der bisherige Modus der Besetzung sei „ein merkwürdiges parlamentarisches Geschehen“, das demokratischen Grundsätzen kaum genüge. Dass solche Überlegungen knapp ein Jahr nach der Gründung des Ausschusses angestellt werden mussten, zeigt, dass es sich beim deutsch-italienischen Kontaktausschuss um ein weitgehend unerprobtes Instrument der Lokalpolitik handelte.⁵⁶ Die meisten Mitglieder des Verwaltungsausschusses waren jedoch bereit, die sich daraus ergebenden Herausforderungen anzunehmen. So fragte Oberbürgermeister Bork: „Was hindert uns, bei der nächsten Kommunalwahl [...] diese 10.000 Italiener an die Wahlurnen zu rufen, um die 5 Mitglieder des Ausschusses zu wählen[?]“⁵⁷ Obgleich in der Sitzung keine konkreten Entscheidungen getroffen wurden, wie der Ausschuss künftig zu besetzen sei, stand am Ende doch eine klare Absage an die Intervention des Konsuls. Peca erhielt im März 1971 ein höflich formuliertes Schreiben, das seine Wünsche rundheraus ablehnte.⁵⁸

Während Hedwig und Ralf Richter die Auffassung vertreten, der Konflikt zwischen säkularen und geistlichen Vertretern der Italiener hätte als vorrangiger Grund zum Scheitern des Kontaktausschusses geführt,⁵⁹ kann der Konflikt auch als notwendiger Aushandlungsprozess in der Beziehung zwischen der Stadt, ihren italienischen Einwohnern und dem italienischen Staat verstanden werden. Indem die Stadt die Intervention des Letzteren abwehrte, bekannte sie sich gleichzeitig zu einer kommunalpolitischen Integration der Italiener, auch wenn der Ausschuss noch kein ausgereiftes Mittel hierzu darstellte. Anlass zum Zweifel an der Richterschen These gibt darüber hinaus, dass der Ausschuss nach dem geschilderten Konflikt noch mehr als ein Jahr weiter bestand. Dagegen scheinen andere Faktoren für den Misserfolg des Ausschusses gewichtiger: Nicht nur fehlte es an konkreten Mitbestimmungsrechten, da die italienischen Mitglieder faktisch nur eine beratende Funktion hatten; auch bestanden unterschiedliche Vorstellungen über die Dringlichkeit der Anliegen. Bereits anlässlich der zweiten Sitzung des Kontaktausschusses gaben seine fünf italienischen Mitglieder eine gemeinsame Stellungnahme ab, in der sie die Bedeutung der Institution zu verdeutlichen versuchten:

„DIE GRÜNDUNG DES KONTAKTAUSSCHUSSES HAT AUF BUNDESEBENE BEI DEN DIPLOMATISCHEN UND GESETZLI-



Italiener in Kästorf, Foto: Rosemarie Rohde

CHEN VERTRETERN ITALIENS SOWIE DEN ITALIENISCHEN ARBEITNEHMERN IN DER BUNDESREPUBLIK EIN STARKES ECHO GEFUNDEN. VON DIESEN STELLEN IST BISHER MEHRMALS ANGEFRAGT WORDEN, WIEWEIT DIE PROBLEME DER ITALIENER IN WOLFSBURG DURCH DIESEN AUSSCHUSS GELÖST WORDEN SEIEN.“⁶⁰

In der Vorstellung, der im Februar erstmals zusammengetretene Ausschuss müsse bis Mai greifbare Erfolge vorweisen können, kommt eine nur wenig realistische Erwartungshaltung zum Ausdruck, die die italienischen Mitglieder unter Druck setzte. Dass der Ausschuss wiederum im Mai erst zum zweiten Mal zusammentrat, spricht andererseits nicht dafür, dass ihm vonseiten der Stadt allerhöchste Priorität eingeräumt worden wäre. So war die zentrale Forderung der Stellungnahme auch die Festlegung eines regelmäßigeren Tagungsturnus. Da sich die Mitglieder darauf nicht verständigen konnten, blieben die Zusammenkünfte unregelmäßig und eher selten. Nach gut zwei Jahren mit nur sieben Sitzungen stellte der Ausschuss seine Arbeit im April 1972 ein. Inzwischen hatten zwei der italienischen Mitglieder ihren Rücktritt erklärt, wofür sie jeweils private Gründe angaben.⁶¹ Um Borks Forderung nach einer durch allgemeine Wahl legitimierte Besetzung des Ausschusses umzusetzen, wurden wenigstens zwei Entwürfe für eine Wahl- beziehungsweise Geschäftsordnung des Ausschusses vorgelegt und diskutiert.⁶² Bedenken hinsichtlich der zu erwartenden hohen Kosten einer solchen Wahl trugen neben der geringen Produktivität des Ausschusses dazu bei, dass diese Idee nicht verwirklicht wurde. Die folgende Kommunalwahl fand im Oktober 1972 ohne Beteiligung der ausländischen Einwohner statt. Nach der Wahl kam es zunächst nicht zu einer Neubildung des Ausschusses.

Erst im März 1973 wurde die Idee erneut aufgegriffen. Nicht zuletzt, da inzwischen neben den italienischen Migranten auch über 1.000 Tunesier in die Stadt gekommen waren,⁶³ etablierte sich zunächst der Name deutsch-ausländischer Kontaktausschuss. Wie bereits 1969 scheint erneut die *IG Metall* den Anstoß zur Gründung gegeben zu haben. Sie wies in einem an

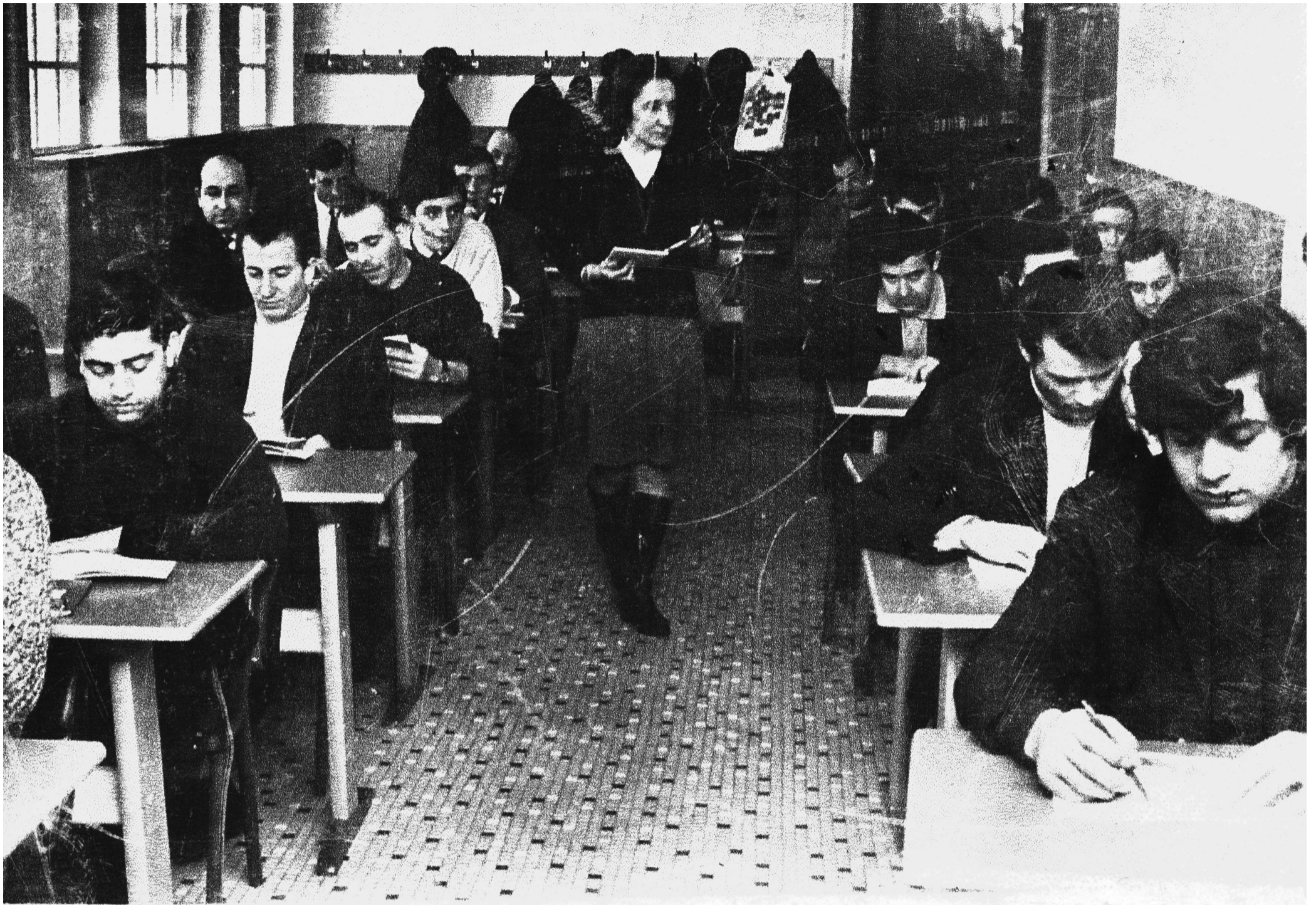
die Ratsfraktion der SPD adressierten Brief auf die weiterhin ungelösten Probleme der Zuwanderer hin und forderte rasche Abhilfe, nicht ohne den Rückstand der Kommunalpolitik gegenüber der Arbeitervvertretung im Volkswagenwerk zu betonen: „4000 [italienische] Mitglieder [der IG Metall] haben sich im Volkswagenwerk rund 100 Vertrauensleute als ihre Sprecher gewählt. Damit ist die betriebsverfassungsrechtliche Integration gewährleistet, der die kommunale folgen muß.“⁶⁴ Im Oktober beschloss der Verwaltungsausschuss die erneute Gründung, doch sollte es noch bis zum März 1974 dauern, bis dieser zweite Versuch erstmals unter dem Namen Ausschuss für Ausländerangelegenheiten tagte. Die damit verbundene Öffnung für andere Migrantengruppen führte jedoch aufgrund der Größe der italienischen Community und ihres Integrationsvorsprungs nicht zu einem Einflussverlust der Italiener. Im neuen Ausschuss wurden die ausländischen, meist italienischen Vertreter von den Ratsfraktionen bestimmt. Dieser Modus war zunächst als Provisorium gedacht, bis eine allgemeine Wahl durch die ausländischen Einwohner der Stadt organisiert werden könne.⁶⁵ Eine allgemeine Wahl ausländischer Arbeiter hatte zuerst 1972 im nordrhein-westfälischen Troisdorf stattgefunden. Das dortige Ausländerparlament wurde trotz seines vermeintlichen „Scheiterns“ 1975 bundesweit als Vorbild kommunalpolitischer Integration diskutiert.⁶⁶ Andere Mittelstädte wie Wiesloch oder Mosbach in Baden-Württemberg etablierten bald ähnliche Einrichtungen.⁶⁷ Zu den demokratisch gewählten Ausländerbeiräten der Großstädte Göttingen (gegründet 1979) und Kassel (1981) liegt eine umfassende Untersuchung vor.⁶⁸ Andere Städte, etwa Stuttgart (1971), etablierten ähnlich wie Wolfsburg Beiräte, deren ausländische Mitglieder benannt wurden.⁶⁹

Das Vorhaben einer direkten Wahl wurde in Wolfsburg letztlich nicht umgesetzt. Die Legitimation der ausländischen Mitglieder des Ausschusses lag somit weiter ausschließlich bei der deutschen Bevölkerung. Dieses Defizit griffen die in Wolfsburg lebenden Migranten ab Mitte der 1980er Jahre verstärkt auf, führten etwa 1986 eine symbolische Kommunalwahl durch.⁷⁰ Auch bei einer Unterschriften-

sammlung zur Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus waren 1985 italienische Mitglieder der *IG Metall* wesentlich beteiligt. Nicht weniger als 1.070 Wolfsburger und Wolfsburgerinnen ohne deutsche Staatsangehörigkeit unterschrieben für dieses Anliegen. Galten ihre Unterschriften offiziell zwar als ungültig, sandten sie doch ein deutliches Signal, dass diese Bevölkerungsgruppe in kommunalpolitischen Fragen sowohl Interesse als auch Organisationsfähigkeit besaß.⁷¹

Wohnen im imaginierten Ghetto

Ungeachtet seines Legitimationsdefizits konnte der 1974 neu eingerichtete Ausländerausschuss in seinen nun häufiger abgehaltenen Sitzungen⁷² viele der Probleme aufgreifen, die schon 1969 dringlich erschienen. Bereits in der offenen Bestandsaufnahme der ersten Sitzung zeichnete sich ab, was künftig die Tagesordnung des Ausschusses dominieren würde: „vorrangig Probleme der Bereitstellung von Kindergartenplätzen, Vorschulplätzen für Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Schul- und Wohnungsfragen sowie Fragen der Freizeitgestaltung.“⁷³ Dies waren nicht Anliegen von Arbeitsmigranten, sondern solche von Familien. Es ging nun eben nicht mehr um jene privilegierten Gastarbeiter, die Teil der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft waren, die „ohne Lebensplan“ und „vorläufig“ gelebt hätten.⁷⁴ Längst hatte ein demografischer Wandel die Lebenssituation der Migranten in Wolfsburg irreversibel verändert. So waren viele der ledigen jungen Männer, die im Laufe der 1960er Jahre in die Stadt gekommen waren, inzwischen Familienväter geworden. Ende der 1970er Jahre waren über siebzig Prozent der erwachsenen Ausländer in Wolfsburg verheiratet.⁷⁵ In der Stadt lebten 2.819 „ausländische Familien“⁷⁶ mit insgesamt 2.867 Kindern. Die 2.174 ledigen Erwachsenen waren dagegen eine Minderheit. Angesichts der Auswirkungen, die dieser Wandel auf die Wohnsituation hatte, konnte die Wolfsburger Kommunalpolitik bestenfalls reagieren, kaum aktiv gestalten.⁷⁷ Die große Gemeinschaftsunterkunft an der Berliner Brücke, in der 1962 zunächst knapp drei Viertel aller Ausländer in Wolfsburg gelebt hatten, *Forsetzung auf Seite 8*



Italiener in der Schule, circa 1970, Foto: Rosemarie Rohde

Fortsetzung von Seite 7 war nicht nur technisch, sondern vor allem auch sozial obsolet geworden. Kurz bevor sie 1974 geschlossen wurde, suchte die *Volkswagen Siedlungsgesellschaft* noch nach Alternativen für die Unterbringung von bis zu 3.000 ledigen beziehungsweise „lediggehenden“ Männern.⁷⁸ Letztlich wurde diese Zahl nach Ende der 1960er Jahre nie wieder erreicht, dennoch führte die Suche nach einem Standort für eine neue Gemeinschaftsunterkunft zu beträchtlichen Konflikten in der Wolfsburger Kommunalpolitik. So plante die *Volkswagen AG* Ende 1973 die Bebauung eines Gebietes am Ostrand der Ortschaft Fallersleben. Die Kleinstadt mit knapp 12.000 Einwohnern war erst im Sommer 1972 im Zuge der kommunalen Gebietsreform eingemeindet worden. „Auch neutrale Bürger können durch solche Eingemeindungs-geschenke sowohl gastarbeiterfeindlich als auch Freunde radikaler Gruppen werden“, resümierte angesichts dessen eine Fallersleberin in einem Leserbrief an die *Wolfsburger Nachrichten*.⁷⁹ Schnell wurde vonseiten des Werkes deutlich gemacht, dass nicht 3.000, sondern im Höchstfalle 1.500 ausländische Arbeiter im geplanten Wohngebiet „Lange Stücke“ untergebracht werden sollten und als Bauform nicht etwa Baracken, sondern moderne, familiengerechte Massivbauten vorgesehen waren. Auch dies erschien jedoch nicht wenigen Fallerslebern als unzumutbar. Die Bürgerinitiative, die sich gegen die Pläne der *VW Siedlungsgesellschaft* formierte, vermied ausländerfeindliche Rhetorik und betonte, auch die Interessen eventueller zukünftiger „Gastarbeiter“ im Sinn zu haben. Die Bildung eines „G[h]ettos“ würde sicher ihrer Integration hinderlich sein. Als Kompromiss gestand die Initiative eine Bebauung mit 200 Wohnungen zu, von denen jedoch höchstens zehn Prozent mit bis zu 80

Ausländern belegt werden sollten – vorzugsweise Familien.⁸⁰ Obwohl die „Interessengemeinschaft Fallersleben ‚Lange Stücke‘“ über 2.300 Unterschriften sammelte und sich der Ortsrat Fallersleben/Sülfeld fraktionsübergreifend gegen die Pläne aussprach, wurde die Bebauung im Februar 1974 durch den Verwaltungsausschuss und den Stadtrat Wolfsburgs gebilligt. Die Unzufriedenheit mit dieser Entscheidung wurde in zahlreichen Zuschriften an die Lokalpresse deutlich.

In den kommenden Jahren sollte sich die Gemeinschaftsunterkunft, die die Kohäsion der neuen Großstadt so sehr auf die Probe gestellt hatte, jedoch als Chimäre herausstellen. Da es nach Ende der Ölkrise und der Krise im Zuge der Produktionsumstellung auf den *VW Golf* nicht mehr zu einer forcierten Anwerbung von Ausländern kam, wurden die „Langen Stücke“ nie zu einer Sammelunterkunft oder gar einem Ghetto. Den neu geschaffenen Wohnraum der *Volkswagen Siedlungsgesellschaft* bezogen sowohl Deutsche als auch Ausländer. Die Zahl der Ausländer in Fallersleben stieg in den kommenden Jahren lediglich um etwa 230 Personen.⁸¹ Dies ist beispielhaft für die Entwicklung der Wohnsituation der Ausländer in Wolfsburg im Laufe der 1970er Jahre. Immer wieder wurde die Gefahr der Ghattobildung konstatiert,⁸² wobei die Neubaugebiete am Rand der Kernstadt, die älteren Stadtteile der Innenstadt und Teile der eingemeindeten Kleinstädte Vorsfelde und Fallersleben allesamt als gefährdet verstanden wurden. Statistisch ist dagegen in den 1970er Jahren ein gegenteiliger Trend zur Dezentralisierung nachweisbar.⁸³ So diffundierte die ausländische Bevölkerung Wolfsburgs im Zuge der schrittweisen Auflösung der Gemeinschaftsunterkünfte in sämtliche Ortsteile. Gegen Ende der Dekade lebte der größte Teil der Wolfs-

burger Ausländer in Stadtteilen mit Ausländeranteilen zwischen sechs und elf Prozent. Die wenigen Ortsteile mit deutlich höheren Anteilen, vor allem Kästorf mit den Gemeinschaftsunterkünften an der Oebisfelder Straße, zeichneten sich durch einen langsamen Fortzug von Ausländern und einen allmählichen Zuzug von Deutschen aus, der das Verhältnis in Richtung des stadtweiten Schnitts verschob.⁸⁴ Auch wenn es aus der Perspektive vieler Zeitgenossen nicht so schien, zeigten sich die 1970er Jahre auch mit Blick auf die Wohnsituation der Migranten als Periode der ‚Normalisierung‘. Dass dies keineswegs zu verallgemeinern ist, zeigt ein vergleichender Blick nach Bremen. Dort hatten die ansässigen Firmen ebenfalls erst Anfang der 1960er Jahre begonnen, ausländische Arbeiter zu beschäftigen, jedoch erst Ende des Jahrzehnts im größeren Stile den Bau von Wohnheimen in Angriff genommen, wogegen sich zahlreiche Stadtteile erfolgreich zur Wehr setzten.⁸⁵ Diese Anstrengungen sollten offenbar nicht ausreichen, beklagte doch noch 1973 eine Gastarbeiterkommission die „katastrophalen Wohnverhältnisse“ in den meisten Unterkünften; es seien „skandalöse Zustände“, die Lebensumstände „menschenunwürdig“. Es sollte noch bis Ende der 1970er Jahre dauern, bis sich der Bremer Senat, der 1973 noch eine Politik der „Integration auf Zeit“ verfolgte, sich diesen sozialen Herausforderungen stellen sollte.

„[D]amit in unserer Stadt kein quasi analphabetisches Proletariat heranwächst“ – Wolfsburgs ausländische Schüler zwischen Förderung und Überforderung

Wie die Wohnsituation ausländischer Familien wurde auch die Beschulung ihrer Kinder in den 1970er Jahren weitgehend

als krisenhaft begriffen.⁸⁶ Die Sorge, in der zweiten Generation könne ein „quasi analphabetisches Proletariat“,⁸⁷ gar ein „Unterproletariat“⁸⁸ aus „zweisprachigen Analphabeten“ heranwachsen,⁸⁹ bestimmte den öffentlichen Diskurs. Schulischer Misserfolg wurde nicht als individuelles Problem betrachtet, sondern als Gefahr für die soziale Ordnung, vor allem für die als positiv verstandene Tendenz zur Nivellierung von Klassengegensätzen.⁹⁰ Während sich deutsche und ausländische Familien in ihren Wohnverhältnissen materiell und auch räumlich annäherten, zeigt sich beim Schulerfolg keine solche Entwicklung. So besuchten noch 1978 von 900 italienischen Schülerinnen und Schülern lediglich 13 ein Gymnasium, 88 dagegen eine Sonderschule. Bei den 23.930 deutschen Schülern und Schülerinnen zeigte sich mit 3.804 an Gymnasien gegenüber 934 an Sonderschulen ein gegensätzliches Bild. Der Anteil an Sonderschülern der Italiener lag bei fast zehn Prozent gegenüber knapp vier Prozent bei den Deutschen.⁹¹ Dies korrespondiert mit einem bundesweit rasanten Anstieg ausländischer Sonderschüler und Sonderschülerinnen in den 1970er Jahren. Während sich die Gesamtzahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler in der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1979 von etwa 131.000 auf 550.000 um den Faktor 4,2 erhöhte, stieg die Zahl der Ausländer an Sonderschulen von etwa 1.100 auf fast 24.000 um den Faktor 21,8.⁹²

Eine ‚Normalisierung‘ stellte sich in der Schule nicht ein, was nicht zuletzt an den komplexen und widersprüchlichen Anforderungen an die ausländischen Schülerinnen und Schüler lag. Die Beherrschung der deutschen Sprache war eine bis dahin kaum hinterfragte Notwendigkeit.⁹³ Neben der Herausforderung, sämtlichen Fächern in deutscher Sprache zu

folgen, erhielten die italienischen Schülerinnen und Schüler zusätzlich „muttersprachlichen“ Unterricht. Diese Maßnahme erschien mit Blick auf eine mögliche Rückkehr in die „Heimat“ als notwendig und fixierte somit die Idee eines abnormen und temporären Zustands in den Bildungsläufen. Der Italienischunterricht konnte überdies aufgrund eines Mangels an Lehrkräften nur an einzelnen Schulen zentral angeboten werden, weshalb ein großer Teil der Kinder hierfür mit Bussen in andere Stadtteile gefahren werden musste. Obwohl die Nachteile dieser zusätzlichen Belastung vielfach thematisiert wurden, traten gerade Migrantenveteranen und Migrantorganisationen für eine Beibehaltung oder gar einen Ausbau „muttersprachlichen“ Unterrichts ein. So sah der *Tunesische Verband Wolfsburgs* sich noch 1982 gegenüber den Italienern benachteiligt und plädierte für mehr Arabischunterricht und für tunesische Erzieherinnen in den Kindergärten, die idealerweise spezielle tunesische Gruppen betreuen sollten.⁹⁴ In ihrem Verhältnis zum deutschen Schulsystem zeigen sich überdies große Unterschiede zwischen den tunesischen und den italienischen Familien. Es war beispielsweise innerhalb der tunesischen Minderheit weitverbreitete Praxis, Kinder zum Schulbesuch nach Tunesien zu schicken, insbesondere ab der Sekundarstufe. Im Jahr 1986 zählte Wolfsburg immerhin etwa 500 minderjährige Tunesier, von denen gerade einmal sechzig eine Schule in der Stadt besuchten: Zehn wurden in Sonderschulen beschult, 42 in Schulkindergarten oder Grundschulen, allein acht besuchten Regelschulen in der Sekundarstufe.⁹⁵ Diese Lücke ist nur zum Teil durch die Altersstruktur der tunesischstämmigen Wolfsburger und Wolfsburgerinnen zu erklären und weist auf eine Tendenz zur Vermeidung des deutschen Schulsystems hin, die sich in der italienischen Minderheit kaum zeigte. Während viele junge Tunesier und Tunesierinnen auf diese Weise der Mehrfachbelastung und Diskriminierung in deutschen Schulen entgingen, darüber hinaus gute Kenntnisse der französischen und der arabischen Sprache erlangten, sind Nachteile für das Erlernen der deutschen Sprache offenkundig.

Die überdurchschnittliche schulische Arbeitsbelastung der italienischen Schülerinnen und Schüler ging zuweilen unmittelbar zulasten der angebotenen Integrationsmaßnahmen. Als etwa der *Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder* in Wolfsburg einen Modellversuch durchführte, um der sprachlichen und sozialen Isolation italienischer Kinder durch die Pfadfinderarbeit zu begegnen, flaute deren Beteiligung nach einem vielversprechenden Auftakt mit dem Ende der Schulferien rasch ab. In Gesprächen stellte sich als wichtigster Grund hierfür heraus, dass angesichts der bereits vollen Wochenpläne keine Zeit für die regelmäßigen Treffen blieb.⁹⁶

Seit 1979 finanzierte die Stadt gemeinsam mit dem *Comitato Assistenza Scolastica Italiana* (Co. As. Sc. It.) eine Hausaufgabenhilfe, die sich vorrangig an die Kinder von Migranten richtete. Die Organisatorinnen und Betreuer dieses Projekts waren sich des schmalen Grades bewusst, auf dem sie zu wandeln hatten: Jede Maßnahme, die den schon straffen Zeitplan der Kinder und Jugendlichen weiter belastete, musste gut begründet sein. Insbesondere wandten sich die Mitarbeiter gegen eine Verschulung der Hausaufgabenhilfe. So kündigte das Co. As. Sc. It. 1983 die bisherige Partnerschaft. Für eine Fortsetzung verlangte es detaillierte Informationen über die teilnehmenden

Schüler und deren Fortschritte, wollte Fehlzeiten durch eine Anwesenheitspflicht minimieren und hierzu von den Eltern Entschuldigungsschreiben einfordern.⁹⁷ Diese Forderungen wurden durchaus ernst genommen, schließlich hatte das Komitee rund 125.000 DM jährlich investiert. Dank dieser Summe war eine weitgehende Professionalisierung der vor 1979 ehrenamtlich betriebenen Hausaufgabenhilfe möglich geworden, sie verpflichtete gleichzeitig aber zur Rechenschaft. Das Ausländerreferat gab den Forderungen allerdings nur teilweise nach. Die Weitergabe personenbezogener Daten wurde mit Hinweis auf den Datenschutz abgelehnt, vor allem aber sollte kein zusätzlicher Druck aufgebaut werden: Hierzu erklärte die Koordinatorin Margret Mörlin: „Da die Kinder auch Sport, Arbeitsgruppen, Musikschule und Kommuniionsunterricht haben, ist es fast erstaunlich, daß sie noch zur Hausaufgabenhilfe kommen. Diese Motivation sollte nicht durch neue Zwänge abgeblockt werden.“⁹⁸

In den folgenden Jahren vergrößerte sich der Rücklauf an Informationen über die Erfolge und Misserfolge der teilnehmenden Schüler, jedoch wurden die Daten vor der Weitergabe anonymisiert. Vor allem aber war der Zugang zur Hausaufgabenhilfe nicht an das Erreichen bestimmter Ziele oder die Anwesenheitszeiten gekoppelt. Trotzdem oder gerade deswegen erschien ein Großteil der Schüler regelmäßig. Den Druck, den die Schülerinnen und Schüler als auch deren Betreuerinnen und Betreuer dennoch empfanden, brachten sie unter anderem in einem 1989 entwickelten Theaterstück zum Ausdruck. In der „Sonderschulüberweisung“ wurde das Schicksal des fiktiven italienischen Schülers Kasper verhandelt. Gedrängt zwischen den Wünschen und Interessen von Eltern, Lehrerinnen, Schulräten und Betreuerinnen beklagte der Junge seine Überforderung angesichts von muttersprachlichem Unterricht, Kommuniionschule und Hausaufgabenhilfe: „Der Test ist erst Freitag, das machen wir morgen! / Muß heute auch noch Flöte spielen / und Noten üben, die vielen! / Mit der Mutter zum Arzt, Geschwister hüten, / Geschirr abwaschen, über Mathe brüten, / Lesen, Schreiben, minus und plus; / dann schnell zum Fußball mit dem Bus.“⁹⁹

Die Sorge, ein kognitiv eigentlich normal entwickelter Schüler könne auf die Sonderschule überwiesen werden, war auch 1989 noch höchst aktuell. Im Vorjahr war die Zahl der ausländischen Schüler an dieser Schulform bundesweit gerade auf 41.753 angewachsen.¹⁰⁰ Mehr als fünf Prozent der ausländischen Kinder besuchten demnach Sonderschulen, erreichten dort nur in Ausnahmefällen Schulabschlüsse. Angesichts der gewandelten Anforderungen auf dem ersten Arbeitsmarkt waren die beruflichen Aussichten dieser Kinder und Jugendlichen dürrig. Der unterdurchschnittliche Schulerfolg der Migrantenkinder zeigt, dass die postulierte ‚Normalisierung‘ in der Angleichung etwa der Wohnverhältnisse und der graduellen Aneignung bürgerlicher Rechte eine durch das Bildungssystem vermittelte ‚Unterschichtung‘ der Gesellschaft nicht ausschließt,¹⁰¹ diese aber eben nicht zwangsläufig als eine Folge ausgebliebener Integrationsbestrebungen seitens der Kommune zu deuten ist.

Fazit

Wie unsere Analyse gezeigt hat, vermag der lokalhistorische Ansatz durch die Verschiebung des Fokus auf die 1970er und 1980er Jahre die festgefahrene De-

batte um die vermeintlich ausgebliebene Integration der „Gastarbeiter“ zu versachlichen. Indem diejenigen Migrantinnen und Migranten in den Blick genommen werden, die sich zu einem dauerhaften Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland entschieden hatten, sowie ihre Herausforderungen und Probleme und die entwickelten kommunalen Lösungsansätze, kann zudem ein deutlich genaueres Bild der Entwicklung gezeichnet werden. Monierte die Historikerin Anne von Oswald in ihrer Analyse vorwiegend der 1960er Jahre noch die fehlenden „Möglichkeiten für alternative Arbeits-, Aufstiegs- sowie Wohn- bzw. Lebensprojekte“ in der durch die *Volkswagenwerk AG* dominierten jungen Stadt Wolfsburg,¹⁰² zeigt unsere Untersuchung eine deutliche Tendenz hin zur ‚Normalisierung‘. Wie für die unterschiedlichen Lebensfelder aufgezeigt, meint diese Tendenz jedoch keineswegs eine gänzliche Nivellierung bestehender Unterschiede oder eine Chancengleichheit, doch kann von einem „Leben im Provisorium“ nicht mehr die Rede sein. Die Stabilisierung der Lebensverhältnisse der „Gastarbeiter“ ist, so die hier vertretene These, maßgeblich über die Akteursverschiebung weg vom Wirtschaftsunternehmen und hin zur Kommune zu erklären. Auf der lokalen Ebene können infolge dieser Verschiebung Integrationspolitiken jenseits der vieldiskutierten und vielgescholtenen Ausländerpolitik der Bundesrepublik sichtbar gemacht werden. So sind etwa Ausländerparlamente, Beiräte und Kontaktausschüsse originär kommunale Konzepte, die sich meist durch zivilgesellschaftliches Engagement ohne staatliche Lenkung entwickelten.

Dieser Ansatz darf indes nicht dahingehend missverstanden werden, Fehlentwicklungen auf der nationalen Ebene zu verorten, den Kommunen dagegen die innovativen Lösungsstrategien zuzugutehalten. Vielmehr zeigen sich auch auf kommunaler Ebene spezifische Versäumnisse. Gerade im Wolfsburger Fall ist etwa bemerkenswert, dass aus den Integrationserfolgen der 1940er und 1950er Jahre eine Dekade später kaum Erkenntnisse abgeleitet wurden. War die gelungene Integration der zahlreichen Geflüchteten und Vertriebenen, die zeitweise annähernd die Hälfte der Einwohner der rasant wachsenden Stadt ausmachten,¹⁰³ nach dem Zweiten Weltkrieg auch in erster Linie der außergewöhnlichen Entwicklung der „Wohlstandsmaschine Volkswagen“ im sogenannten Wirtschaftswunder geschuldet,¹⁰⁴ wusste die Kommune die sich daraus ergebenden günstigen Rahmenbedingungen für die stadgesellschaftlichen Aufgaben zu nutzen. So befasste sich bereits 1947 ein Stadtflüchtlingsrat mit den spezifischen Problemen der überwiegend ostdeutschen Migranten und Migrantinnen. Fast ebenso schnell erfolgte die Integration in die städtische Erinnerungskultur durch zahlreiche Straßenbenennungen und die Errichtung eines monumentalen Vertriebenen Denkmals. Der deutsch-italienische Kontaktausschuss musste dagegen erst von italienischen Migranten selbst angeregt werden, als einige von ihnen bereits ein Jahrzehnt in der Stadt lebten. Auch künstlerische Positionen im Stadtbild, die einer symbolischen Integration dienlich gewesen wären, ließen lange auf sich warten. Als 2004 am Standort einer früheren Gastarbeiterunterkunft das Denkmal *L'Emigrante* enthüllt wurde, waren die ersten Italiener der Stadt bereits größtenteils im Ruhestand. Gleichwohl zwischen den Vertriebenen und den italienischen Arbeitsmigranten fundamentale Unterschiede festgehalten werden

müssen – etwa hinsichtlich ihrer Alters- und Sozialstruktur, ihrer Sprachkenntnisse, den Migrationsursachen und der (Un)Möglichkeit der Rückkehr –, galt für beide Gruppen gleichermaßen, dass die Aufnahmegesellschaft sie als fremd und anders wahrnahm, ihnen ablehnend, mit Ängsten und Rassismus begegnete,¹⁰⁵ was dazu beitrug, dass für die überwiegende Mehrheit beider Gruppen der Rückkehrwunsch lange Teil der Lebenswirklichkeit war. Daher lässt sich konstatieren: Da die Stadt Wolfsburg und ihre deutsche Bevölkerungsmehrheit die Erfahrungen der Vertriebenenintegration nicht berücksichtigten, standen sie vielen Herausforderungen in selbstverschuldeter Unbedarftigkeit gegenüber.¹⁰⁶ Sollte es der geschichtswissenschaftlichen Migrationsforschung tatsächlich darum gehen, wie von den Richtern unterstellt, Hinweise oder gar Handlungsmaximen in die politische Sphäre zu kommunizieren, so wäre dies wohl eine der dringlichsten: Aktuelle und historische Migration als verwandte Phänomene zu begreifen, um von einstmaligen gemachten Erfahrungen profitieren zu können.

Parallel zur Rolle der Kommunen veränderten sich aber auch die Lebenskonzepte der Arbeitsmigranten. Diese gilt es zukünftig noch vermehrt in den Blick zu nehmen. Denn wie vereinzelte im Stadtarchiv Wolfsburg überlieferte Briefe italienischer Arbeitsmigranten belegen, die sich um Sprach- und andere Bildungsangebote der Volkshochschule bereits in den 1960er Jahren bemühten, war der Wille zur Integration keineswegs allein seitens einer vermeintlichen Elite italienischer Migranten gegeben, wie die Richters wiederholt betonen.¹⁰⁷ So schrieb beispielsweise der VW-Arbeiter Giovanni B. im November 1967 von den Hoffnungen, die er – nach einem von familiären Rückschlägen und einem harten bisherigen Arbeitsleben in Italien gezeichneten Lebensverlauf – mit dem Besuch der Volkshochschule in Wolfsburg für seine Zukunft ebenda verband: „Die Stadt Wolfsburg gibt mir jetzt die [M]öglichkeit[,] eine weiter[e] Schule zu besuchen, und obwohl [ich] fast dreißig bin, hoffe ich, daß [es] nicht zu spät [ist], um mehr zu lernen und vielleicht, eines Tages, besser zu leben.“¹⁰⁸

Dieser Text erschien zunächst im italienischen Original als *Alexander Kraus/Michael Siems*, „Da oggetto ad attore. La politica di integrazione dei GASTARBEITER italiani a Wolfsburg durante gli anni della ‚normalizzazione‘“, in: *Geschichte und Region/Storia e regione*, Jg. 28 (2019), H. 2, S. 61–84. Wir danken dem Verlag für die Erlaubnis, den Text auch auf Deutsch zu publizieren.



- 1 Hedwig Richter/Ralf Richter, „Der Opfer-Plot. Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jg. 57 (2009), H. 1, S. 61–97; dies., Die Gastarbeiter-Welt. Leben zwischen Palermo und Wolfsburg. Paderborn u.a. 2012.
- 2 Siehe dazu unter anderem Anne von Oswald, „Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen ‚Gastarbeiter‘, 1962–1975. Die gegenseitige Verstärkung des Provisoriums“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 42 (2002), S. 55–79; dies./Barbara Sonnenberger, „Bullenkloster. Leben in ‚Gastarbeiter‘-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren“, in: Sozialwissenschaftliche Informationen, Jg. 29 (2000), S. 200–207; Andreas Ehrhardt/Manfred Weule, „Leben aus dem Koffer – Italiener bei Volkswagen“, in: Geschichtswerkstatt, Jg. 26 (1992), H. 10, S. 42–50; Knuth Dohse, „Ausländerentlassungen beim Volkswagenwerk“, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Jg. 4 (1976), S. 485–493.
- 3 Richter/Richter, Der Opfer-Plot (wie Anm. 1), S. 74. Siehe auch Hedwig Richter, „Mythen der Migrationsforschung: Die Realität kann sie nicht stoppen“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 1. Juni 2016, S. N4.
- 4 Hedwig Richter, „Die italienischen ‚Gastarbeiter‘ in deutschen Selbstfindungsdiskursen der Gegenwart und die Ausblendung der Remigration“, in: Oliver Janz/Roberto Sala (Hg.), *Dolce Vita? Das Bild des italienischen Migranten in Deutschland*. Frankfurt am Main/New York 2011, S. 198–220.
- 5 Richter/Richter, Die Gastarbeiter-Welt (wie Anm. 1), S. 13, 198.
- 6 Richter/Richter, Der Opfer-Plot (wie Anm. 1), S. 95. Dazu auch Hedwig Richter, „Die Komplexität von Integration. Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Deutschland von den fünfziger bis in die siebziger Jahre“, in: Zeitgeschichte-online, November 2015, online abrufbar unter <https://zeitgeschichte-online.de/thema/die-komplexitaet-von-integration> [3.4.2019]. Roberto Sala dagegen betont, dass sich die „Gastarbeiter“ nicht „als Opfer der deutschen Ausländerbeschäftigungspolitik, sondern als Zielscheibe ungerechter Behandlung durch ihr neues soziales Umfeld“ verstanden hätten. Roberto Sala, „Selbstverortungen von Italienern in der ‚Gastarbeiterära‘“, in: Janz/ders., *Dolce Vita?* (wie Anm. 4), S. 223–241, hier S. 240.
- 7 Maria Alexopoulou, „Translokale Identität. Die Vereinnahmung der Stadt im ‚Nicht-Einwanderungsland‘“, in: Wiebke von Bernstorff/Heike Klapdor/Kristina Schulz (Hg.), *Grenzüberschreitungen. Migrantinnen und Migranten als Akteure im 20. Jahrhundert (Frauen und Exil 11)*. München 2019, S. 180–190; Livia Novi, „Lebenswelten italienischer Migranten. Eine empirische Analyse“, in: Jan Motte/Rainer Ohliger/Anne von Oswald (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*. Frankfurt am Main/New York 1999, S. 243–258.
- 8 Siehe die Rezensionen zu *Die Gastarbeiter-Welt* von Jenny Pleinen auf H-Soz-Kult, 22.02.2013, online abrufbar unter www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-19175 [17.4.2019], von Yvonne Rieker in: *Neue Politische Literatur*, Jg. 58 (2013), S. 133–135 und von Frank Decker in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 16. September 2013.
- 9 Maria Alexopoulou, „Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 56 (2016), S. 463–484, hier S. 478. Grundlegend dazu Stefan Luft, *Staat und Migration. Zur Steuerbarkeit von Zuwanderung und Integration*. Frankfurt am Main/New York 2009, darin das Kapitel „Integration und Stadt“, S. 99–221.
- 10 Richter/Richter, Die Gastarbeiter-Welt, S. 45–59; von Oswald, *Volkswagen, Wolfsburg* (wie Anm. 2), S. 57f., 74f.; dies./Barbara Schmidt, „Nach Schichtende sind sie immer in ihr Lager zurückgekehrt ...“ Leben in ‚Gastarbeiter‘-Unterkünften in den sechziger und siebziger Jahren“, in: Motte/Ohliger/von Oswald, *50 Jahre Bundesrepublik* (wie Anm. 7), S. 184–214.
- 11 Sabine Graf/Nicolas Rügge, „1962. Ein Telegramm aus dem Kalten Krieg. Proteste italienischer ‚Gastarbeiter‘ in Wolfsburg“, in: Christine van den Heuvel/Gerd Steinwascher/Brage Bei der Wieden (Hg.), *Geschichte Niedersachsens in 111 Dokumenten*. Göttingen 2017, S. 424–427; Hedwig Richter/Ralf Richter, „Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962“, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Bd. 1 (2008), S. 72–88; Peter Birke, *Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark*. Frankfurt am Main/New York 2007, S. 117–119; von Oswald, *Volkswagen, Wolfsburg* (wie Anm. 2), S. 72.
- 12 Grazia Prontera, „Unsere und deren Komplexe: Italiener in Wolfsburg – Berichte, Darstellungen und Meinungen in der lokalen Presse (1962–1975)“, in: Gabriele Metzler (Hg.), *Das Andere denken. Repräsentationen von Migration in Westeuropa und den USA im 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main/New York 2013, S. 261–280; Violetta Rudolf, „Wir kommen jetzt in die Zeitung! Auf fotografischen Spuren italienischer ‚Gastarbeiter‘ in der Wolfsburger Tagespresse 1962“, in: *Das Archiv. Zeitung für Wolfsburg Stadtgeschichte*, Jg. 3 (2018), Nr. 11, S. 1–5.
- 13 Günter Hinken, *Integration durch Mitbestimmung. Das Beispiel der deutschen Automobilindustrie (Studien zu Migration und Minderheiten 33)*. Münster 2018, S. 57; Rodoula Matziari, *Migrantinnen und Migranten in der Industriegewerkschaft Metall – eine Erfolgsgeschichte?* Duisburg 2014.
- 14 Richter/Richter, Die Gastarbeiter-Welt (wie Anm. 1), S. 126f.
- 15 Sonja Haug, „Kettenmigration am Beispiel italienischer Arbeitsmigranten in Deutschland 1955–2000“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 42 (2002), S. 123–143, hier S. 132f. Während ab 1974 der Familiennachzug die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik weitgehend ersetzte, unterlagen die Italiener durch die seit 1961 geltende Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Aufenthaltsrechtlichen Sonderregeln. Da Italiener und Italienerinnen den weitaus größten Teil der Zuwanderung nach Wolfsburg in den 1960er und 1970er Jahren ausmachten, kann das Wolfsburger Beispiel als besonders aussagekräftig für die italienische Einwanderung und die Integration von Italienern und Italienerinnen in der Bundesrepublik verstanden werden. Im Vergleich zu anderen deutschen Städten stellt die weitgehend ethnisch homogene Migration von EWG-Bürgern dagegen einen Sonderfall dar.
- 16 Christiane Reinecke, „Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? Ghettoisierung und Segregation als Teil einer Krisensemantik der 1970er Jahre“, in: *Informationen zur modernen Stadtgeschichte* (2012), H. 2, S. 110–131, hier S. 118. Dass die ‚verspätete‘ Themensetzung seitens der Kommunen kein Spezifikum der Bundesrepublik war, zeigt Olga Sparschuh, „Grenzen der Grenzen. Italienische Arbeitsmigration nach Turin und München in den 1950er bis 1970er Jahren“, in: Jochen Oltmer/Axel Kreenbrink/Carlos Sanz Diaz (Hg.), *Das „Gastarbeiter“-System. Arbeitsmigration und ihre Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa*. München 2012, S. 183–197.
- 17 Mark E. Spicka, „Guest Workers, Social Order, and West German Municipalities, 1960–7“, in: *Journal of Contemporary History*, Jg. 54 (2019), H. 3, S. 619–639, hier insbesondere S. 638.
- 18 Prontera, „Unsere und deren Komplexe“ (wie Anm. 12), S. 263. Auch sie deutet die 1970er Jahre als einen „Strukturwandel“ in der kommunalen Politik. Ebd., S. 269.
- 19 Vergleichbare kommunalpolitische Einrichtungen mit uneinheitlichen Namen und Konzeptionen entstanden im Lauf der 1970er Jahre in mehreren bundesdeutschen Städten, siehe Christiane Bausch, *Inklusion durch politische Selbstvertretung? Die Repräsentationsleistung von Ausländer- und Integrations(bei)räten*. Baden-Baden 2014, S. 104–108; Klaus Sieveking, „Zur Mobilisierung von politischen Beteiligungsrechten für nicht EU-angehörige Einwanderer“, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Jg. 41 (2010), H. 3, S. 623–637, hier S. 625–627.
- 20 Hans Günter Hockerts, „Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder“, in: *Historisches Jahrbuch*, Bd. 113 (1993), S. 98–127.
- 21 Zu den Folgen des Anwerbestopps und der wissenschaftlichen Neuorientierung infolge des „Strukturbruchs“ siehe Ulrich Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*. München 2001, S. 232–262; Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael, *Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970*. Göttingen 2008, S. 98–101; Yvonne Rieker, „Die italienische Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland“, in: Gustavo Corni/Christof Dipper (Hg.), *Italiener in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Kontakte, Wahrnehmungen, Einflüsse*. Berlin 2012, S. 143–162, hier S. 152–154.
- 22 Der Begriff des „ausländischen Mitbürgers“ machte bereits seit den 1970er Jahren die Diskrepanz zwischen verschiedenen Konzeptionen bürgerlicher Teilhabe deutlich, siehe Feyzi Baban, „From Gastarbeiter to ‚Ausländische Mitbürger‘. Postnational Citizenship and In-Between Identities in Berlin“, in: *Citizenship Studies*, Jg. 10 (2006), Nr. 2, S. 185–201; siehe auch Marisol Garcia, „Citizenship Practices and Urban Governance in European Cities“, in: *Urban Studies*, Jg. 43 (2006), H. 4, S. 745–765; Engin Isin, „Introduction: Cities and Citizenship in a Global Age“, in: *Citizenship Studies*, Jg. 3 (1999), H. 2, S. 165–171.
- 23 „Il nostri e i loro complessi“, in: *Italiener in Wolfsburg*, Juli 1973, zit. nach: Prontera, „Unsere und deren Komplexe“ (wie Anm. 12), S. 278.
- 24 Novi, „Lebenswelten italienischer Migranten (wie Anm. 7), S. 243.
- 25 Alexopoulou, *Vom Nationalen zum Lokalen und zurück* (wie Anm. 9), S. 481.
- 26 Eine Leerstelle bleiben die Stimmen der Italienerinnen in Wolfsburg, zu denen kaum Quellen überliefert sind. Grundsätzlich zur Geschichte der Lohnarbeiterinnen in der Bundesrepublik siehe Monika Mattes, „Gastarbeiterinnen“ in der Bundesrepublik. Anwerbspolitik, Migration und Geschlecht in den 50er und 70er Jahren. Frankfurt am Main/New York 2005.
- 27 Hier und im Folgenden Hildburg Neitsch und 15 weitere Frauen, „Der Leser schreibt: Belästigungen müssen aufhören“, in: *Wolfsburger Nachrichten* (im Folgenden als WN) vom 12. Mai 1971, S. 23.
- 28 Ihr Brief sollte hohe Wellen schlagen: Da die Bild-Zeitung das Thema aufgriff, bekam die Stadt Wolfsburg binnen zwei Monaten unangefordert etwa 40 „Bewerbungen“ potentieller Bordellbetreiber zugesandt.
- 29 Benno Wundhammer, „Brauchen wir denn wirklich diese Italiener?“ In: *Quick*, Jg. 15, Nr. 26, vom 30. Juni 1962, S. 10–14, hier S. 11.
- 30 Niklas von Fritzen, „Nix Amore in Castellupo?“ In: *Stern*, Jg. 15, Nr. 44, vom 4. November 1962, S. 10–12, 162f., hier S. 162. Zu den negativen wie positiven Imaginationen über die italienischen Arbeitsmigranten siehe Yvonne Rieker, „Südländer, Ostagenten oder Westeuropäer? Die Politik der Bundesregierung und das Bild der italienischen Gastarbeiter 1955–1970“, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 40 (2000), S. 231–258, hier S. 236–243 und 248–251; Günter Riederer, „Nix Amore in Castellupo?“ *Mediale Bildwelten der italienischen Arbeitsmigration nach Wolfsburg*, in: Ralf Beil (Hg.), *Wolfsburg unlimited. Eine Stadt als Weltlabor*. Berlin 2016, S. 123–129; Monika Mattes, „Fremdarbeiter – ‚Südländer‘ – ‚Gastarbeiter‘. Bilder der Arbeitsmigration in der Bundesrepublik Deutschland 1955–1989“, in: Rosmarie Beier-de Haan/Jan Werquet (Hg.), *Fremde? Bilder von den ‚Anderen‘ in Deutschland und Frankreich seit 1871*. Berlin 2009, S. 98–105.
- 31 Anton Piwczyk, „Der Leser schreibt: Freudenhaus als letztes Mittel“, in: WN vom 25. Mai 1971, S. 19.
- 32 „Strich aktuell: Wolfsburg. Polizei stürmte brutal einzigen Puff der Stadt“, in: *St. Pauli-Zeitung* vom 10. September 1971. Der Quellennachweis ist handschriftlich ergänzt. Wahrscheinlich handelt es sich um das Männermagazin *St. Pauli Nachrichten*. Der Artikel ist überliefert in StadtA WOB, HA 5162.
- 33 Bereits im Jahr 1959 installierte die Stadt Stuttgart eine spezielle Polizeieinheit am Hauptbahnhof zur Beobachtung von Gastarbeitern einzig aus der Sorge heraus, diese könnten passierende deutsche Frauen belästigen. Spicka betont, dass diese Angst insbesondere den Italienern galt. Spicka, *Guest Workers, Social Order, and West German Municipalities* (wie Anm. 17), S. 632.
- 34 StadtA WOB, HA 16626, Arbeitskreis „Ausländische Arbeitnehmer“, Hinweise des Deutschen Städtetages zur Hilfe für ausländische Arbeitnehmer, 1. Juli 1969, S. 4.
- 35 Ebd., Mitbürger auf Zeit oder Arbeitskraft? S. 8.
- 36 G. Räder, „Der Leser schreibt: Keine Rücksicht auf Mentalität“, in: WN vom 2. Juni 1971, S. 21; ebenfalls abgedruckt in ders., „Das freie Wort: Flucht vor Allerseel“, in: *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* (im Folgenden als WAZ) vom 4. Juni 1971, S. 10. Der Erholungsbetrieb am Allerseel, so heißt es in einem anderen Leserbrief, sei längst zu einer „Wolfsburger Belästigungsecke“ verkommen. Hans-Peter Brill, „Das freie Wort: Erholung unmöglich“, in: Ebd., S. 10.
- 37 Markwart Schmidt, „Der Leser schreibt: Freudenhaus-Thema lenkt von den Problemen ab“, in: WN vom 29. Mai 1971, S. 25.
- 38 Hans Schwering, „Das freie Wort: ‚Kollektivurteil‘“, in: WAZ vom 29./30. Mai 1971, S. 10; ders., „Erst einmal gründlich prüfen“, in: WN vom 29. Mai 1971, S. 25.
- 39 Christine Podolski/Hiltraud Ock/Britigritte Kracht, „Das freie Wort: Ausländer als Menschen 2. Klasse?“ In: WAZ vom 11. Juni 1971, S. 8. Das Wolfsburger Jugendparlament hatte einen vergleichbaren Fall schon 1968 zum Anlass genommen, um unter dem provokanten Titel „Gastarbeiter raus?“ Integrationsmöglichkeiten zu diskutieren. Alexander Buerstedde, *Aufbruch aus der Retorte? Der bundesrepublikanische Jugendparlamentarismus der ‚langen‘ 1960er Jahre zwischen Reform und Revolte*. Göttingen 2019, S. 124.
- 40 Wilhelm und Margarete Flade, „Erst muß Integration kommen“, in: WN vom 29. Mai 1971, S. 25.
- 41 Friedrich-Cäsar Vogel, „Der Leser schreibt: Schluß mit ‚gierigen Gesellen‘“, in: WN vom 8. Juni 1971, S. 19.
- 42 Maren Möhring, „Urlaub – Liebe inbegriffen (stern 1960). Oder: ‚Italiens Männer wissen, wovon Frauen träumen‘“, in: Olaf Stieglitz/Jürgen Martuschkat (Hg.), *race & sex. Eine Geschichte der Neuzeit*. 49 Schlüsseltexte aus vier Jahrhunderten neu gelesen. Berlin 2016, S. 166–173, hier S. 167.
- 43 Eugen und Gisela Abel/Renate von Tyszka/Armando Gobbato, „Der Leser schreibt: Italienern menschlicher gegenüberzutreten“, in: WN vom 13. Mai 1969, S. 19. Siehe auch Ilse Stephani, „Gastarbeiter unter uns“, in: WN vom 8. November 1970, S. 1 (Sonntagsbeilage). Keine zwei Wochen vor dem die Debatte auslösenden Leserbrief forderte Karl Heinz Briam vom *IG-Metall*-Bundesvorstand Frankfurt bei der DGB-Maifeier in Wolfsburg mit Nachdruck „gegen jede Diskriminierung der Ausländer anzugehen“. Ders., „DGB-Maifeier in Wolfsburg: Gegen die Diskriminierung ausländischer Arbeitskräfte“, in: WN vom 3. Mai 1971, S. 10.
- 44 Beispielsweise: „Ausländer als Mitbürger akzeptieren“, in: WAZ vom 21. April 1971, S. 11; StadtA WOB, HA 16626, Niederschrift über die 6. Sitzung des italienisch-deutschen Kontaktausschusses am Freitag, dem 12.11.1971, S. 3; StadtA WOB, HA 16626, Niederschrift über die 4. Sitzung des italienisch-deutschen Kontaktausschusses am Montag, dem 25.1.1970, S. Anlage 1.
- 45 Auf Landesebene regte das Sozialministerium Niedersachsens im November 1971 erstmals die Gründung kommunaler Arbeitskreise an, rund zwei Jahre nach dem Beschluss zur Gründung des deutsch-italienischen Kontaktausschusses, siehe StadtA WOB, HA 8900, Bd. I, Korrespondenzen bzgl. Erlass des Niedersächsischen Sozialministeriums, Betreuung ausländischer Arbeitnehmer vom 22. November 1971. Auf Bundesebene entstand das Amt des Ausländerbeauftragten der Bundesregierung im November 1978. Die Stadt Wolfsburg hatte mit dem Ausländerreferenten eine etwa vergleichbare Stelle bereits im Januar 1974 geschaffen und diese mit einem Italiener besetzt.
- 46 So Peca in der folgenden schriftlichen Mitteilung an Bork, 13. Februar 1971, Sammlung Kontaktausschuss am Integrationsreferat der Stadt Wolfsburg (im Folgenden als SaKo WOB).
- 47 SaKo WOB, Gesprächsnotiz Haag, 28. Januar 1971; Protokoll Verwaltungsausschuss 16. Februar 1971.
- 48 SaKo WOB, Protokoll Verwaltungsausschuss 12. Dezember 1969; Schreiben der IG Metall an die Stadt, 3. Februar 1971.
- 49 Zum Jahreswechsel 1969/70 machten Italiener und Italienerinnen 7,6 Prozent der rund 92.000 Einwohner Wolfsburgs aus, siehe Berichte zur Lage der Ausländer. Schulische und außerschulische Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in Wolfsburg. Teil I – Bestandsaufnahme, S. 5 sowie S. 29.
- 50 Di Virgilio wurde 1974 erster Leiter des Wolfsburger Ausländerreferats.
- 51 SaKo WOB, Protokoll deutsch-italienischer Kontaktausschuss 27. Februar 1970; Protokoll Verwaltungsausschuss 12. Dezember 1969.
- 52 SaKo WOB, Peca an Bork, 13. Februar 1971.
- 53 SaKo WOB, Schreiben der IG Metall an die Stadt, 3. Februar 1971.
- 54 SaKo WOB, Protokoll Verwaltungsausschuss, 16. Februar 1971, siehe dazu auch Richter/Richter, *Die Gastarbeiter-Welt* (wie Anm. 1), S. 166–172.
- 55 Hier und im Folgenden SaKo WOB, Protokoll Verwaltungsausschuss, 16. Februar 1971.
- 56 Siehe dazu Bausch, *Inklusion durch politische Selbstvertretung?* (wie Anm. 19) Sieveking, *Zur Mobilisierung von politischen Beteiligungsrechten* (wie Anm. 19).
- 57 Protokoll Verwaltungsausschuss, 16. Februar 1971. Bork gab wohl irrtümlich die Gesamtzahl der Ausländer in Wolfsburg als Zahl der Italiener an.
- 58 SaKo WOB, Haag an Peca, 5. März 1971. In seiner Antwort erklärte sich der Konsul einverstanden, die Besetzung künftig im Ausschuss selbst zu regeln, siehe SaKo WOB, Peca an Bork, 20. März 1971.
- 59 Dazu Richter/Richter, *Die Gastarbeiter-Welt* (wie Anm. 1), S. 170.
- 60 Hier und im Folgenden SaKo WOB, Stellungnahme der italienischen Mitglieder des Kontaktausschusses, ca. Mai 1970.
- 61 Richter/Richter, *Die Gastarbeiter-Welt* (wie Anm. 1), S. 170, stellen einen Zusammenhang zu den Konflikten zwischen gewerkschaftlichen und kirchennahen Kreisen her, der jedoch nicht belegt ist.
- 62 Protokoll deutsch-italienischer Kontaktausschuss, 29. März 1971; SaKo WOB, Vorlagen zum Wahlverfahren und Geschäftsordnung, undatiert.
- 63 Die Zahl der Tunesier hatte noch nicht das Maß an relativer Stabilität erreicht wie die der Italiener, schwankte zwischen 1970 und 1975 zwischen 440 und bis zu 1.500. Daneben gab es mehrere kleinere Gruppen etwa von Türken (ca. 200 Personen), Portugiesen (100–180 Personen) und Jugoslawen (340–640 Personen), siehe dazu Bestandsaufnahme (wie Anm. 49), S. 29.
- 64 SaKo WOB, IG Metall an SPD-Fraktion im Rat, 9. März 1973.
- 65 ER, „Für ein besseres Verstehen lernen“, in: WN vom 4. Oktober 1973, S. 32. Zu einer allgemeinen Wahl des Ausschusses kam es nie, spätestens mit der Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger 1992 vererbte das

Interesse daran. Der Ausschuss tagt heute unter dem Namen Integrationsausschuss und folgt derselben Benennungspraxis wie 1974.

66 Siehe etwa die Diskussionen der Tagung „Der Ausländerbeirat“, Herbert Even (Hg.), Politische Beteiligung unerwünscht? Referate und Diskussionen der Tagung: „Der Ausländerbeirat“ für Kommunalpolitiker im Regierungsbezirk Detmold. Bielefeld 1984.

67 Karl Lamers, Repräsentation und Integration der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des Wahlrechts. Münster 1977, S. 72–74.

68 Birgit Wichmann, Demokratisch gewählte Ausländerbeiräte. Untersuchungen am Beispiel Göttingen und Kassel. Felsberg 1989, S. 35–37 und S. 66–67.

69 Mark E. Spicka, „City Policy and Guest Workers in Stuttgart, 1955–1973“, in: German History, Jg. 31 (2013), H. 3, S. 345–365, hier S. 361–362.

70 Interview von Michael Siems mit Lorenzo Annese, 18. März 2018, einsehbar im Stadtarchiv Wolfsburg. Auch in anderen niedersächsischen Städten traten in den 1980er Jahren Migranten für ihr Wahlrecht ein. Siehe auch „Außen vor“, in: Der Spiegel vom 5. Januar 1981, S. 28f.

71 StadtA WOB, HA 10521 (Bd. I), Petition und Unterschriftenlisten zur Umgestaltung des Ausländerfriedhofs 1985.

72 Allein zwischen März und Dezember 1974 trat der Ausschuss sieben Mal zusammen.

73 SaKo WOB, Protokoll der 1. Sitzung des Ausschusses für Ausländerangelegenheiten, 20. März 1974.

74 So zitiert Antonella Romeo in der Zeit Paolo Rosamilia, in den 1990er Jahren Geschäftsführer des italienischen Berufsbildungswerkes *Enaip* in Stuttgart, wengleich dessen Worte auch auf diejenigen Italiener zielte, die ihre Familien nachgeholt hatten. Antonella Romeo, „Von Alberobello nach Gifhorn“, in: Die Zeit, Nr. 51, vom 15. Dezember 1995, S. 54.

75 Berichte zur Lage der Ausländer. Schulische und außerschulische Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in Wolfsburg. Teil I – Bestandsaufnahme, S. 19. Dieser demografische Wandel betraf, insbesondere nach dem Anwerbestopp, grundsätzlich alle nationalen Gruppen. Die Quellen schlüsseln nur teilweise nach Nationalität auf, in diesen Fällen zeigen sich in der Regel keine auffälligen Unterschiede in Familienstand oder Altersstruktur. Wenn daher im Folgenden allgemein von Ausländern gesprochen wird, so bestand diese Gruppe in den späten 1970er Jahren zu etwa 70 Prozent aus Italienern und Italienerinnen. Dies ist insofern problematisch, als sich die „Migrations- und Verhaltensmuster der Arbeitsmigranten“ oftmals markant voneinander unterscheiden. Dazu Barbara Sonnenberger, „Gastarbeit oder Einwanderung? Migrationsprozesse in den Fünfziger- und Sechzigerjahren am Beispiel Südhessen“, in: Archiv für Sozialgeschichte, Jg. 42 (2002), S. 81–104, hier S. 102.

76 Familien mit einem Elternteil ausländischer Staatsangehörigkeit.

77 Als zeitgenössische Position für die Bundesrepublik Angelika Schildmeier, Integration und Wohnen. Analyse der Wohnsituation und Empfehlungen zu einer integrationsgerechten Wohnpolitik für ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien. Hamburg 1975; Maria Borris, Ausländische Arbeiter in einer Großstadt. Eine empirische Untersuchung am Beispiel Frankfurt. Frankfurt am Main 1973, S. 129–164; Ernst Zieris, So wohnen unsere ausländischen Mitbürger. Bericht zur Wohnungssituation ausländischer Arbeitnehmerfamilien in Nordrhein-Westfalen. 3. Aufl. Düsseldorf 1972 [1971].

78 Verheiratete Männer, deren Ehefrauen und eventuelle Kinder im Heimatland verblieben.

79 „Der Leser schreibt: Integration sieht anders aus“, in: WN vom 23. Januar 1974, S. 13.

80 „Resolution an die Stadt. Im Höchstfall 200 Wohnungen“, in: WAZ vom 13. Januar 1974, S. 12.

81 Bestandsaufnahme (wie Anm. 49), S. 15.

82 Damit griffen die Akteure einen bundesweiten Krisendiskurs auf. Siehe dazu Reinecke, Auf dem Weg zu einer neuen sozialen Frage? (Wie Anm. 16) Reinecke betont die Bedeutung der „räumliche[n] Bezüge, die die Beschreibung der Gesellschaft strukturieren: auf eine abstrakte Art, indem Gesellschaft als Hierarchie von Klassen oder einander überlappende Milieus räumlich imaginiert wird, oder auf eine konkretere Art, indem bestimmten sozialen Gruppen bestimmte Orte und Lebenskontexte zugeordnet werden.“ Ebd., S. 111. Vergleiche Karen Schönwälder, Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren. Essen 2001, S. 314–323.

83 Ebd. Reinecke betont, dass die Bezeichnung urbaner Räume als Ghettos nicht nur als deskriptive Äußerung verstanden werden muss, sondern auch als politische Handlungsaufforderung. Inwieweit die in vielen Städten wahrge-

nommenen Krisen – anders als in Wolfsburg – mit einer tatsächlichen Tendenz zur Segregation einhergingen, kann nur für den Einzelfall beantwortet werden.

84 Bestandsaufnahme (wie Anm. 49), S. 15.

85 Hier und im Folgenden Bora Akşen, „Gastarbeiter keine Gäste“. Die Wohnsituation von Arbeitsmigranten im Bremen der 1970er-Jahre“, in: Focke-Museum, Bremer Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte (Hg.), Protest + Neuanfang. Bremen nach 68. Bremen 2017, S. 60–69, hier S. 62–64 und 68. Zitate aus: „Gastarbeiter keine Gäste“, in: Bremer Nachrichten vom 22. Januar 1973, S. 12.

86 Borris, Ausländische Arbeiter in einer Großstadt (wie Anm. 77), S. 169–173.

87 So drastisch formulierten es die Autorinnen und Autoren im Vorwort des sonst sehr nüchternen „Bericht zur Lage der Ausländer“. Bestandsaufnahme (wie Anm. 49), S. 1.

88 „Gastarbeiterkinder als Unterproletariat“, in: WN vom 9. Mai 1972, S. 18.

89 Stellungnahme SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wolfsburg, 7. März 1979, enthalten in den Ratsprotokollen.

90 Eine Idee, die bereits 1953 von Helmut Schelsky formuliert worden war, und die etwa die Göttinger Soziologen Ulfert Herlyn und Martin Schwonke in Wolfsburg in besonderem Maße bestätigt gesehen hatten; siehe Helmut Schelsky, Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme. Dortmund 1953; Ulfert Herlyn/Martin Schwonke, Wolfsburg. Soziologische Analyse einer jungen Industriestadt. Stuttgart 1967.

91 Errechnet nach Bestandsaufnahme (wie Anm. 49), S. 76.

92 Ljubomir Bratić/Eveline Viehböck, Die Zweite Generation. Migrantenjugendliche im deutschsprachigen Raum. Innsbruck 1994, S. 68.

93 Zur Rolle der Sprache bei der (Re)Produktion von Ungleichheiten im Bildungssystem siehe Frank-Olaf Radtke, „Die Illusion der meritokratischen Schule. Lokale Konstellationen der Produktion von Ungleichheit im Erziehungssystem“, in: IMIS-Beiträge (2004), H. 23, S. 143–178; ders./Mechthild Gomolla, Mechanismen institutioneller Diskriminierung. Wiesbaden 2009, S. 265–273.

94 StadtA WOB, Protokoll Ausschuss für Ausländerangelegenheiten, 23. August 1982.

95 StadtA WOB, Protokoll Ausschuss für Ausländerangelegenheiten, 14. Mai 1986.

96 StadtA WOB, HA 16625, Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder e.V., Modellmaßnahme italienische Kinder; dazu Alexander Kraus, „Wolfsburger Pfadfinder als Integrationsakteure“, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte, Jg. 4 (2019), Nr. 15, S. 8.

97 Sammlung Hausaufgabenhilfe am Integrationsreferat der Stadt Wolfsburg (im Folgenden als SaHa WOB), Korrespondenz Comitato Assitenza Scolastica Italiana mit Ausländerreferat, Januar 1983.

98 SaHa WOB, Vermerk Mörlin, 20. März 1983.

99 Bestände des Integrationsreferats der Stadt Wolfsburg, AZ 518470, Schauspiel „Die Sonderschulüberweisung“.

100 Bratić/Viehböck, Die Zweite Generation (wie Anm. 92), S. 68.

101 Zum Begriff der Unterschichtung und speziell der Rolle des Schulsystems siehe Rainer Geißler, „Lebenslagen der Familien der zweiten Generation“, in: IMIS-Beiträge (2008), H. 34, S. 13–26; ders., Die Sozialstruktur Deutschlands. Wiesbaden 2014, S. 287–293 und S. 365–367.

102 Anne von Oswald, „Stippvisiten‘ in der ‚Autostadt‘. Volkswagen, Wolfsburg und die italienischen Gastarbeiter, 1962–1975“, in: Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hg.), Zuwanderer und Integration in Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg. Osnabrück 2002, S. 225–252, hier S. 249.

103 ressetelle der Stadtverwaltung (Hg.), Wolfsburg. Tatsachen und Zahlen. Angaben bis Ende 1964. Wolfsburg ca. 1965, o. P. Dort sind allerdings nur offiziell anerkannte und registrierte Flüchtlinge und Vertriebene erfasst. Die Untersuchung der regionalen Herkunft der Wolfsburger Herlyn und Schwonke 1967 lässt sogar einen signifikant höheren Anteil vermuten, siehe Herlyn/Schwonke, Wolfsburg (wie Anm. 90), S. 47.

104 Manfred Grieger, „Zuwanderung und junge Industriestadt. Wolfsburg und die Migranten seit 1938“, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 81 (2009), S. 177–210, hier S. 198; siehe auch Monika Uliczka, Berufsbiographie und Flüchtlingsschicksal. VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit. Hannover 1993.

105 Jan Plamper, Das neue Wir. Warum Migration dazugehört. Eine andere Geschichte der Deutschen. Frankfurt am Main 2019, S. 68f. und 77.

106 Ähnlich argumentiert auch Plamper, Das neue Wir (wie Anm. 105), S. 18.

107 Richter/Richter, Die Gastarbeiter-Welt (wie Anm. 1), S. 13f., 190, 200.

108 StadtA WOB, HA 3290, Brief von Giovanni B. vom 13. November 1967.



Hildegard Falck und Klaus Glahn beim Empfang auf der Porschestraße, Foto: Fritz Rust

AdM 5/2020

Die Ehrung der Olympionikin Hildegard Falck und der anderen Olympiateilnehmer 1972

VON WERNER STRAUß

Über viele Jahrzehnte wurde die Stadt Wolfsburg – und wird es noch heute – ihrem Ruf als „Stadt des Sports“ gerecht. Reihenweise Spitzensportler feierten auf nationaler wie internationaler Ebene Erfolge. Auch im Breitensport gab und gibt es bis heute durch die zahlreichen Sportvereine ein differenziertes Angebot an Sportarten für alle Altersgruppen. Statistisch gesehen ist jeder dritte Wolfsburger, jede dritte Wolfsburgerin Mitglied eines Sportvereins. Neben dem Großvereinen *VfL Wolfsburg*, *TV Jahn*, *MTV Vorsfelde* und *VfB Fallersleben* existiert eine Großzahl an Vereinen in der Kernstadt und den Ortsteilen. Die Förderung des Spitzensports war jedoch immer ein besonderes Engagement des *VfL Wolfsburg*. Dies zeigt sich nicht zuletzt an den Erfolgen Wolfsburger Sportler und Sportlerinnen bei den Olympischen Spielen. So konnte Manfred Steinbach auf der Olympiade 1960 in Rom im Weitsprung den respektablen vierten Platz erreichen. Der Zehnkämpfer Horst Beyer belegte während der Olympischen Spiele in Tokio 1964 den sechsten Platz. Eine erste Medaille – in Bronze – errang der Judoka Klaus Glahn im gleichen Jahr in der „offenen Klasse“. In der für Flachlandbewohner eher untypischen Sportart „Rennrodeln“ gewann Angelika Dünhaupt bei den Olympischen Winterspielen 1968 in Grenoble ebenfalls die Bronzemedaille. Weit übertroffen wurden diese Ergebnisse jedoch von den Wolfsburger Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Olympischen Sommerspiele 1972 in München.

Die Wolfsburger Farben vertraten die Leichtathleten Hildegard Falck (Mittelstrecken-Läuferin), Horst Beyer (Zehnkämpfer), Heinz Mayr (Geher), der Judoka Klaus Glahn und der Schwimmer Hans-Joachim Geisler. Den VfL-Athleten wurden durchaus Medaillenchancen eingeräumt. Glahn, Beyer und Falck gehörten in ihren Disziplinen zum Kreis der Favoriten. Das Quintett wurde, nachdem der Verwaltungsausschuss am 25. Juli 1972 beschlossen hatte, die Sportler wie bei früheren Olympischen

Spiele offiziell zu verabschieden und ein kleines Taschengeld auszuhändigen, durch den Rat der Stadt und die Vereinsführung am 8. August 1972 im VfL-Vereinsheim verabschiedet. Für den Rat der Stadt nahmen Bürgermeister Willi Wember, Sportausschussvorsitzender Paul Metzner und für die Stadtverwaltung Stadtdirektor Hans Schwering an dieser Veranstaltung teil. „Wember sprach den Athleten die besten Wünsche des Rates aus und kündigte ihnen schon einen begeisterten Empfang bei ihrer Rückkehr aus München an“, wie es am 10. August 1972 in der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* hieß. Der VfL-Vorsitzende Hans Pudenz hob besonders Glahns und Beyers Beitrag zum Aufbau eines Wolfsburger Leistungszentrums hervor. Dies hätte wesentlich dazu beigetragen, dass fünf Sportler aus der Volkswagenstadt sich für München qualifiziert hatten. Das sportliche Großereignis wurde jedoch durch ein Attentat palästinensischer Terroristen am 5. September 1972 auf israelische Sportler im Olympischen Dorf überschattet, das in einer Tragödie mit vielen Opfern endete. Kurzzeitig wurde die Olympiade unterbrochen, dann allerdings entschied IOC-Präsident Avery Brundage gemeinsam mit dem Olympischen Gremium die Spiele fortzusetzen. Diese hatten allerdings angesichts der Ereignisse ihre Leichtigkeit und ihren Esprit verloren.

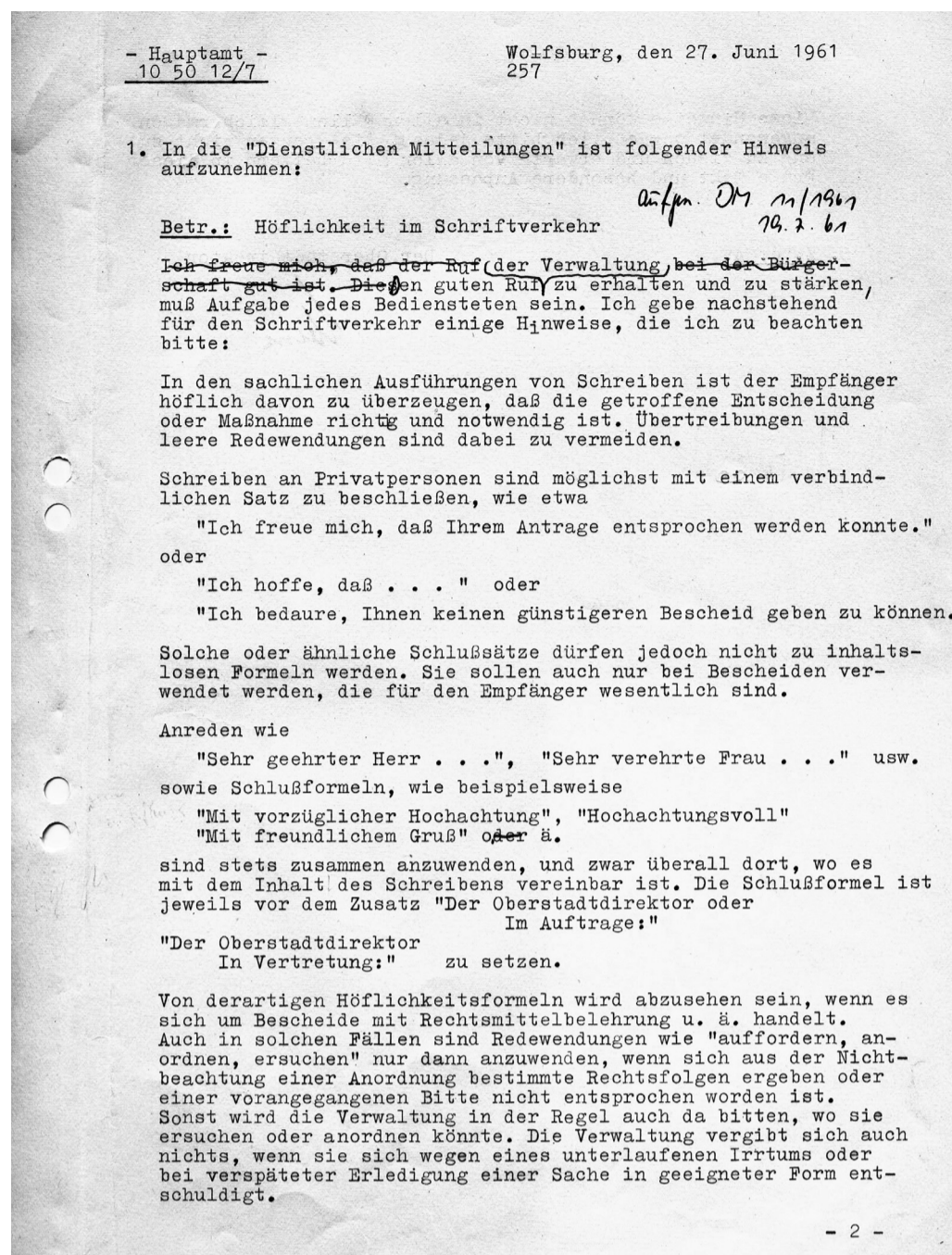
Doch zurück zum Sportlichen: Überstrahlt wurden alle Ergebnisse Wolfsburger Sportler bei den Olympischen Spielen in München durch den Gewinn der Goldmedaille im 800-Meter-Lauf von Hildegard Falck mit dem äußerst knappen Vorsprung von 0,1 Sekunden auf die Zweitplatzierte Niele Sabaite aus der Sowjetunion. Mit ihrer Zeit von 1:58,6 stellte Falck, die sich fortan Olympionikin nennen durfte, auch einen neuen olympischen Rekord auf. Bereits im Vorjahr hatte sie bei den Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften in Stuttgart als erste Frau auf der 800-Meter-Strecke unter 2 Minuten eine neue Bestzeit aufgestellt. *Fortsetzung auf Seite 12*

Fortsetzung von Seite 11 Außerdem erlang sie mit der bundesdeutschen 4 x 400-Meter-Staffel die Bronzemedaille. Judoka Klaus Glahn wiederum erreichte in München das Finale der Schwergewichtsklasse. In einem packenden Kampf unterlag er schließlich dem Niederländer Willem Ruska und gewann damit die Silbermedaille. In der „offenen Klasse“ erzielte er zudem den beachtlichen fünften Platz. In ihren Disziplinen erreichten auch Hans Mayr und der erst 17-jährige Hans-Joachim Geisler vordere Plätze in der Weltelite. Aufgrund einer Verletzung konnte Zehnkämpfer Horst Beyer keine Platzierung erzielen.

Nach der Rückkehr in ihre Heimatstadt wurde den erfolgreichen Athletinnen und Athleten ein begeisterter Empfang bereitet. Die *Wolfsburger Nachrichten* titelten in ihrer Ausgabe vom 16. September 1972: „Olympiateilnehmer im Triumphzug ins Rathaus geholt“. Mit einem Autokorso, voran im ersten Fahrzeug Hildegard Falck, im zweiten Wagen Klaus Glahn, danach die anderen Olympiateilnehmer, fuhren die Sportler durch die Innenstadt zum Rathaus. Dort säumten tausende von Zuschauerinnen und Zuschauern die Straßen und bevölkerten den Rathausplatz. Als Archivalie des Monats dient ein Foto des Fotografen Fritz Rust, das Falck Autogramme-schreibend im Fahrzeug inmitten einer Zuschauermenge zeigt. Sie trug dabei ein gelbes Kostüm aus ihrer Olympia-Ausstattung. Verständlicherweise musste sie immer wieder die von ihr gewonnene Goldmedaille zeigen. Auf der Freitreppe des Rathauses hatten sich dann fast alle Ratsmitglieder eingefunden, zudem VW-Vorstandsmitglied Horst Backsmann, die Dezernenten der Stadtverwaltung mit Oberstadtdirektor Günter Balk an der Spitze und die Vereinsführung des *VfL Wolfsburg*. Die Begrüßungsrede von Oberbürgermeister Dr. Volkmar Köhler wurde immer wieder durch den frenetischen Jubel der versammelten Menschenmenge unterbrochen.

Dr. Köhler berichtete, der Rat der Stadt habe in einer Sondersitzung kurz vor der Ehrung beschlossen, den erfolgreichen Olympiateilnehmern Stadtplaketten zu verleihen. Die Goldene Stadtplakette erhielten Hildegard Falck und Klaus Glahn, die Silberne Stadtplakette bekam Horst Beyer; Hans Mayr und Hans-Joachim Geisler wurden mit der Bronzenen Stadtplakette ausgezeichnet. In seiner Laudatio hob der Oberbürgermeister hervor, dass die Olympiateilnehmer der Jugend als Vorbild Impulse gegeben hätten. Ihr Erfolg sei ein Lohn für alle, die den Sport lieben und ihn fördern. Als Sprecher der Geehrten betonte Klaus Glahn, „wir werden alles tun, um auch in der Zukunft erfolgreich zu sein“. Auf Kosten der Stadt erhielten die Sportler sodann Reisegutscheine für mehrere Wochen Urlaub an einem Ort ihrer Wahl. Auch die französische Partnerstadt Marignane lud Falck und Glahn zu einem Besuch ein. Alle fünf Geehrten trugen sich in das Goldene Buch der Stadt ein. Zum Abschluss der Veranstaltung lud die Stadt zu einem Bankett im Gartensaal von Schloss Wolfsburg. Bei einer späteren vereinsinternen Ehrung erhielten Hildegard Falck, Klaus Glahn und Horst Beyer die Ehrenmitgliedschaft des *VfL Wolfsburg*.

Auch bei folgenden Olympischen Spielen erreichten Wolfsburger Sportler herausragende Erfolge. So gewann zum Beispiel der Fechter Erk Sens-Gorius 1976 in Montreal die Goldmedaille, genauso wie der Judoka Frank Wienecke 1984 in Los Angeles.



Vermerk aus dem Hauptamt vom 27. Juni 1961, StadtA WOB, HA 150

AdM 6/2020

„Mit vorzüglicher Hochachtung“

Bemühungen der Stadt Wolfsburg um eine höfliche, verbindliche Sprache im Schriftverkehr

VON JOHANNA SPEIKAMP

Ein Brief der Krankenkasse, ein offizielles Schreiben der Versicherung oder Behörde – wer kennt es nicht? In bisweilen unverständlicher Sprache wird der Betreffende dazu aufgefordert, weitere Unterlagen einzureichen oder neue Regelungen zur Kenntnis zu nehmen. Da sind Missverständnisse an der Tagesordnung. Um die Schwierigkeiten der Menschen mit dem ‚Amtsdeutsch‘ zu mildern, gab es in der Vergangenheit einige Initiativen – auch seitens der Stadt Wolfsburg. Unverständliche Formulierungen und wenig mitfühlende Passagen sollten schon vor vielen Jahrzehnten der Vergangenheit angehören. Von diesem Vorhaben und dem Bemühen der Stadt, Ton und Sprache ihrer Schreiben an Privatpersonen zu überarbeiten, zeugt unsere Archivalie des Monats Juni. Dabei handelt es sich um einen Briefentwurf zum Thema „Höflichkeit im Schriftverkehr“ vom 27. Juni 1961, in dem neue Richtlinien für den Schriftverkehr mit Privatpersonen festgelegt werden. Bis diese schließlich in den *Dienstlichen Mitteilungen* der Stadt Wolfsburg erscheinen konnten, sollte jedoch noch nahezu ein halbes Jahr vergehen.

Ausgelöst durch Beschwerden des Kulturrings, des Oberbürgermeisters Dr. Uwe-Jens Nissen sowie weiterer Personen über unhöfliche Formulierungen in städtischen Schreiben, erbat sich Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse bereits am 7. Dezember 1960 Vorschläge für eine adäquatere Form der Kommunikation. Diese sollen allerdings nur den Schriftverkehr mit Privatpersonen, nicht aber den mit Behörden betreffen. Es folgt eine Anfrage bei der *Gesellschaft für Deut-*

sche Sprache (DfS) in Lüneburg, in der sich der Verwaltungsrat Josef Wewer im Auftrag des Oberstadtdirektors nach der Reihenfolge von Betreff und Anrede sowie einer geeigneten Schlussformel neben dem bereits üblichen, allerdings als ungeschön empfundenen „Hochachtungsvoll – Der Oberstadtdirektor – im Auftrage“ erkundigte. Die Antwort ließ nahezu einen Monat auf sich warten. Als sie schließlich am 10. Januar 1961 in Wolfsburg eintraf, sollten von ihr neue Impulse in der städtischen Kommunikation ausgehen. Nachdem zunächst die Frage nach der Reihenfolge Klärung fand – in einem Brief sollte stets der Betreff vor der Anrede stehen – folgten Vorschläge für eine geeignete Schlussformel. Anstelle des bisherigen „Hochachtungsvoll“, das von der *Gesellschaft für Deutsche Sprache* ebenfalls für „kühl und abstandhaltend“ befunden wurde, empfahl diese „Mit freundlichem Gruß“ für Privatpersonen sowie „Mit vorzüglicher Hochachtung“ für Ministerien und höherstehende Empfängerinnen und Empfänger. Kurioserweise hielt sich die DfS am Ende ihres Schreibens selbst nicht an die eben unterbreiteten Vorschläge, ging doch der Unterschrift ein „Mit freundlichem Gruß“ voraus. Wie sich aus einem Vermerk entnehmen lässt, kamen sogleich erste Vorbehalte gegenüber den vorgeschlagenen Formulierungen auf. So erschien die vorgeschlagene Schlussformel für Firmen oder „juristische Personen“ als zu persönlich, weshalb angeraten wurde, sie lediglich in Bezug auf Bekannte zu verwenden. Zwei Wochen darauf folgte ein weiterer Vermerk mit der Bitte, die Frage

nach einem höflicheren Sprachgebrauch in die nächste Amtsleiterbesprechung aufzunehmen. Daneben nannte der Vermerk fünf Aspekte, die für eine veränderte Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern sprachen, so etwa die Vermutung, eine höflichere Ausdrucksweise würde dem Ansehen der Stadt Wolfsburg zugutekommen und sich unter Umständen auch in Antwortschreiben niederschlagen. Auch „unangenehme Dinge“ könnten wohlfeil formuliert verbindlicher vermittelt werden. Die Aufzählung endete mit dem entschiedenen Hinweis: „Die deutsche Sprache ist eine lebendige Sprache.“

Unter den Teilnehmern der am 3. Mai 1961 stattfindenden Amtsleiterbesprechung herrschte denn auch weitgehende Einigkeit darüber, die Höflichkeitsformeln anzuwenden. Zugleich sprachen sie sich für die Verwendung der „Ich-Form“ aus. Die Suche nach einer geeigneten Schlussformel war jedoch noch nicht an ihr Ende gelangt. Vielmehr warf man einen interessierten Blick auf die Kommunikation anderer Städte, so etwa nach Berlin. So hatte der Berliner Stadtkämmerer Dr. Georg Heinrich Lange in der Zeitschrift *Das Rathaus* einen Artikel zum Thema „Höflichkeit gegen den Bürger“ veröffentlicht, der mit Interesse gelesen wurde – das bezeugen zahlreiche Unterstreichungen. Auch außerhalb der Wolfsburger Stadtgrenzen schien das Thema zu dieser Zeit kontrovers diskutiert worden zu sein.

In Wolfsburg folgte schließlich im Juni der oben erwähnte Entwurf mit den Richtlinien zur Aufnahme in den *Dienstlichen Mitteilungen*. Darin einigten sich die Entscheidungsträger letztlich auf drei möglichen Formulierungen: „Mit vorzüglicher Hochachtung“, „Hochachtungsvoll“ und „Mit freundlichem Gruß“, denen jeweils der Zusatz „Der Oberstadtdirektor“ folgen sollte, um dessen Verantwortlichkeit für die Verwaltung klarzustellen und Missverständnisse zu vermeiden. Daneben fanden auch einige Formulierungen aus dem Artikel des Berliner Stadtkämmerers Aufnahme in die Wolfsburger Richtlinien, so etwa der Hinweis, von Übertreibungen und leeren Redewendungen abzusehen, oder Formulierungen wie „ersuchen“ oder „anordnen“ durch ein freundlicheres „bitten“ zu ersetzen. Zudem sollten Schreiben möglichst mit einem verbindlichen Schluss beendet werden. Wenn auch klar war, dass von den Richtlinien nicht immer in gleichem Maße Gebrauch gemacht werden könne, sollten die Angestellten sie doch weitestgehend umsetzen. Die Richtlinien schlossen ihrerseits mit dem vielsagenden Hinweis: „Die Verwaltung vergibt sich auch nichts, wenn sie sich wegen eines unterlaufenen Irrtums oder bei verspäteter Erledigung einer Sache in geeigneter Form entschuldigt.“

Mit diesem Entwurf war die Thematik jedoch noch lange nicht abgeschlossen. Fast fünf Jahre später, am 10. März 1966, wurde in einer Dezernentenbesprechung entschieden, Grußformeln könnten von nun an nach eigenem Ermessen ausgewählt, wobei die Schlussformel „Hochachtungsvoll“ aufgrund ihres schlechten Klangs vermieden werden sollte. Weitere zwei Jahre später findet sich in der Akte ein Auszug aus der 192. Sitzung des *Deutschen Bundestages* vom 24. Oktober 1968, indem die Forderung formuliert wird, in öffentlichen Schreiben eine Anredeform zu wählen, die Männer und Frauen gleichermaßen mit einschließt, um so die lange Zeit sprachlich ausgeblendeten Frauen ebenfalls direkt anzusprechen – ein Thema, das bis heute nicht an Aktualität eingebüßt hat.

- 11 -

N.: Auf keinen Fall mehr als an anderen Orten. Gerade hier waren doon alle mit der harten Arbeit im Werk oder mit der ebenso anstrengenden Aufbauarbeit in der Stadt voll beschäftigt. Dazu kommt noch eins: Wer hier in die Stadt des KdF-Wagens kam, der war doch irgendwie vorher ein armer Mensch gewesen. Ich weiß doch Bescheid, denn ich habe ja im Polizeiamt auch die Strafkartei geführt.

G.: Gut, daß Sie darauf kommen. Häufig sagt man doch – mehr oder weniger scherzhaft – das durchschnittliche Maß an Vorstrafen war bei der Bevölkerung der KdF-Stadt eindeutig höher als anderswo. Können Sie das bestätigen?

N.: Absolut, das kann ich voll bestätigen. Ich habe die Strafkartei geführt, da gab es auf den Karteikarten "Reiter" verschiedener Art.

G.: Diese Reiter bedeuteten also Vorstrafen verschiedener Art, und wer keine Reiter hatte, war nicht vorbestraft.

N.: So war es.

G.: Und Sie wollen sagen, die meisten hatten Reiter?

N.: Nun, ich würde sagen: 45%. Natürlich handelte es sich meist um geringfügige Vergehen, also nicht etwa um Kapitalverbrecher, sondern meist um Betrug, Diebstahl, Urkundenfälschung, Unterschlagung o.ä.

G.: Würden Sie nun sagen, daß man vielleicht auch politische Gegner des damaligen Systems nach hier abgeschoben hat aus anderen Teilen des Reichs?

N.: Nein, hierher sollten ja gerade Garanten des Regimes kommen.

G.: Aber das Maß an rein kriminellen Belastungen und Vorstrafen war Ihrer Erinnerung nach überdurchschnittlich?

N.: Das war eindeutig der Fall. Ich weiß das ziemlich genau, denn wir haben damals ja eine Statistik darüber geführt. Ich habe damals mehrere solcher Statistiken führen und dann unter Verschluss halten müssen.

G.: Nun, Frau Nientit, es ist mir sehr interessant, daß Sie aus Ihrer exakten Kenntnis der Dinge das bestätigen können, was man so vielfach als Gerücht hört.

N.: Sicherlich kamen auch viele hierher, die von ihrer Firma abgeschoben wurden, weil sie zu häufig krank feierten oder etwas arbeitsscheu waren.

G.: Man kann also nicht sagen, daß die damalige Bevölkerung im ganzen und im Durchschnitt eine positive Auslese gewesen ist. Aber das muß ergänzend gesagt werden: Die Beamten, die hierher kamen, und auch die Angestellten der neuen Verwaltung, die stellten

- 12 -

- 12 -

zweifelloso eine positive Auslese dar. Ich selbst habe in der Zeit, in der ich Ratsherr war, 1949, an der damals gesetzlich geforderten allgemeinen Überprüfung des Personals der Stadtverwaltung mitgewirkt, und wir haben, angefangen von der obersten Spitze, nicht einen einzigen Beamten gefunden, der nicht seine ordnungsgemäße Ausbildung und seine Laufbahnprüfungen gehabt hätte. Niemand hat damals hier seine Stellung oder seine Beamteneigenschaft aufgrund einer politischen Verbindung mit der NSDAP, etwa als sog. "alter Kämpfer", bekommen. Natürlich kann man auch von der sonstigen Bevölkerung nicht sagen: Die Mehrheit von ihnen war vorbestraft, so etwas gibt es ja gar nicht. Die Vorbestraften sind immer eine Minderheit. Aber hier, in der damaligen KdF-Stadt, war diese Minderheit eben stärker als anderswo. Das ist also auch nach Ihren Angaben eine Tatsache. Die Zahl von 45%, die Sie nennen, liegt jedenfalls weit über dem Landesdurchschnitt.

N.: Viele kamen auch sicherlich aus Existenznot, d.h. aus Landschaften und Branchen, wo die Arbeitsbedingungen damals noch nicht so günstig waren wie hier. Ich denke z.B. an meine eigene Familie. Mein Schwager Rysopp arbeitete in meiner Heimat in meinem elterlichen Betrieb bei meinem Vater, der ja Maurermeister war. Herr Rysopp war kein gelernter Baufachmann, sondern machte die Büroarbeiten. Mein Vater nahm ihn in sein Geschäft auf, nachdem er sein Schwiegersohn geworden war. Er stammte aus dem Rheinland, und meinem Vater, der ein typischer Schwabe war (schaffe, schaffe), war er nicht fleißig genug. Mein Vater kannte keinen Feierabend und so kam es sehr bald zu Reibereien mit seinem Schwiegersohn. Und das veranlaßte meinen Schwager, sich hierher zu bewerben. Er war wohl von Hause aus als Heizungsmonteur ausgebildet und wollte sich nun hier eine bessere Existenz aufbauen, als es ihm dort in Weikersheim möglich war. Und ich hatte ja auch als Sechzehnjähriger meine persönlichen Gründe, von Hause wegzugehen (hierüber hat Frau N. außerhalb des Gesprächs Genaueres erzählt). Auch mein Schwager hat zunächst im Volkswagenwerk gearbeitet. Er war drüben in der Galvanik, hat dort aber nur ein Jahr gearbeitet. Dann wurde er magenkrank, und dann konnte er die vakantgewordene Stelle als Kraftfahrer bei Bürgermeister Steinecke annehmen. Nach einigen Monaten wurde er aber eingezogen, und als er im Jahre 1948 oder 1949 aus der Gefangenschaft wiederkam, ging er in die Poststelle der Verwaltung. Dort hat er bis zu seinem Ausscheiden aus dem Dienst gearbeitet. Bei ihm waren es also familiäre Gründe – wenig Verdienst, Ärger mit dem Schwiegervater, kein Recht zur eigenen Meinung – die ihn veranlaßten, hierher zu gehen. Und ähnliche Gründe werden es bei manchen anderen gewesen sein.

Als ich dann im Jahre 1942 einmal nach Hause fuhr und inzwischen meine Prüfung als Verwaltungslehrling bestanden hatte, da hat sich mein Vater dann auf mich sehr viel eingebildet, daß ich nun in der Verwaltung der Stadt des KdF-Wagens als Angestellte tätig war.

G.: Kommen wir nochmal zurück auf die Tage unmittelbar nach dem Umbruch. Damals war der größte Teil der Verwaltung im Schloß und die Wirtschaftsstelle, in der Sie arbeiteten, in der vorderen Baracke der Volksschule an der heutigen Heinrich-Heine-Straße, damals Ludendorffstraße, war nun die gesamte Verwaltung, mit Ausnahme

- 13 -

Interview mit Berta Nientit vom 3. Dezember 1969, StadtA WOB, EB 4

„Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen, daß hier damals in dieser Stadt, die man doch so häufig als Nazi-Stadt bezeichnete, sehr viel parteipolitische Aktivität war, also viel Veranstaltungen, Umzüge und dergleichen gemacht wurden?“,¹ fragte der damalige Stadtarchivar Wolfsburgs, Bernhard Gericke, in einem erinnerungsgeschichtlichen Interview Berta Nientit, eine frühere Mitarbeiterin des städtischen Einwohnermeldeamtes. Diese musste verneinen: „Auf keinen Fall mehr als an anderen Orten. Gerade hier waren doch alle mit der harten Arbeit im Werk oder mit der ebenso anstrengenden Aufbauarbeit in der Stadt voll beschäftigt.“

Gericke hatte Nientit für das Interview – unsere Archivalie des Monats Juli –, das er am 3. Dezember 1969 mit ihr führte, ausgewählt, um sie über die Anfänge der Stadtverwaltung zu befragen. Der Stadtarchivar beteuerte Nientit gegenüber, die während des Zweiten Weltkrieges auch als Schreibkraft des örtlichen BdM sowie der NSDAP-Ortsgruppe Wellekamp-Nord tätig war, das auf Tonband aufgezeichnete Gespräch würde zwar im Stadtarchiv Aufnahme finden, aber zunächst unter Verschluss bleiben. Möglicherweise sollte es mit weiteren Interviews als Quellenbasis einer zukünftig zu schreibenden Stadtchronik dienen. Eine Analyse der Interviews hat allerdings ergeben,² dass Gericke anhand der Interviews versuchte, ein spezifisches Geschichtsbild zu konstruieren und seiner rechtsgerichteten Weltanschauung mithilfe der selbst produzierten Quellen Legitimation zu verschaffen. In den insgesamt 67 Gesprächen, die Gericke ab 1966 führte, werden zahlreiche Abschnitte der NS-Geschichte der „Stadt des KdF-Wagens“ beleuchtet – dies jedoch durchweg aus einer nicht anders als rechts zu verortenden Perspektive. Im Interview mit Berta Nientit versuchte Gericke einen vermeintlichen Mythos zu wiederlegen: den der „Stadt des KdF-Wagens“ als NS-Musterstadt, in die allein überzeugte Nationalsozialisten gezogen seien. Denn

Gericke hielt diese Deutung offenbar für eine nachträglich konstruierte Zuschreibung seitens der alliierten Siegermächte. In seiner eigenen Vorstellung war die „Stadt des KdF-Wagens“ alles andere als eine Musterstadt. Für diese Lesart suchte Gericke nach Belegen – die damalige Bevölkerungszusammensetzung sollte ein solcher sein. Die dafür notwendigen Beweise, so hat es den Anschein, sollte ihm Berta Nientit im Gespräch zuspätspielen.

Sprechen der damalige Stadtarchivar und seine Interviewpartnerin zwar auch über ihre Erfahrungen innerhalb der Verwaltung der „Stadt des KdF-Wagens“ sowie der frühen Nachkriegszeit, so bildet den Abschluss des Gesprächs doch ein anderes Thema. Denn als Nientit erzählt, sie habe im Polizeiamt die Strafkartei geführt, wurde Gericke hellhörig; das Interview nimmt im weiteren Verlauf die Form eines Verhörs an: „Gut, daß Sie darauf kommen. Häufig sagt man doch – mehr oder weniger scherzhaft – das durchschnittliche Maß an Vorstrafen war bei der Bevölkerung der KdF-Stadt eindeutig höher als anderswo. Können Sie das bestätigen?“ Nientit konnte: „45%“ seien bei ihrer Ankunft vorbestraft gewesen. Die Aussage spielte dem Archivar insofern in die Karten, als er ganz offenbar darum bestrebt war, nachzuweisen, wie wenig die tatsächliche Bevölkerung mit der vermeintlich mustergültigen Stadtplanung korrespondierte. „Würden Sie nun sagen“, insistierte Gericke, „daß man vielleicht auch politische Gegner des damaligen Systems nach hier abgeschoben hat aus an-

deren Teilen des Reichs?“ Hierauf musste die vermeintliche ‚Zeugin‘ Nientit verneinen, sollten doch „gerade die Garanten des Systems kommen“. Übereinkommend hielten Gericke und seine Interviewpartnerin dennoch fest, die Neuankömmlinge seien überdurchschnittlich „kriminell“ vorbelastet gewesen. Damit zeigte sich dann auch Gericke zufrieden, sah er doch als Folge seiner Befragung bestätigt, „was man so vielfach an Gerücht[en] hört“. Damit zeigt sich auch in diesem Interview ein wiederkehrendes Merkmal seiner Interviewführung. Er nutzte seine Gespräche immer wieder, um sich seine eigenen Erfahrungen und Thesen in den Interviews bestätigen zu lassen.

„Man kann also nicht sagen, daß die damalige Bevölkerung im ganzen [sic!] und im Durchschnitt eine positive Auslese gewesen ist. Aber das muß ergänzend gesagt werden: Die Beamten, die hierher kamen, und auch die Angestellten der neuen Verwaltung, die stellten zweifellos eine positive Auslese dar. Ich selbst habe in der Zeit, in der ich Ratsherr war, 1949, an der damals gesetzlich geforderten allgemeinen Überprüfung des Personals der Stadtverwaltung mitgewirkt, und wir haben, angefangen von der obersten Spitze, nicht einen einzigen Beamten gefunden, der nicht seine ordnungsgemäße Ausbildung und seine Laufbahnüberprüfung gehabt hätte. Niemand hat damals hier seine Stellung oder seine Beamteneigenschaft aufgrund einer politischen Verbindung mit der NSDAP, etwa als sog. ‚alter Kämpfer‘ bekommen.“

Laut Gericke waren es demnach einerseits Menschen, die gegen das Gesetz verstießen hatten, sowie politisch unbelastete Beamte andererseits, die den Kern der damaligen städtischen Bevölkerung bildeten. Dass ihm ein Jahr zuvor Josef Wewer, einstiger Stadtoberinspektor der „Stadt des KdF-Wagens“, im Interview berichtet hatte, es seien nur wenige zur Arbeit bei Volkswagen in die Stadt gekommen, die ein längeres Strafregister vorzuweisen gehabt hätten, störte ihn offenbar nicht weiter.³ Auch die Historiker Hans Mommsen und Manfred Grieger zeigen in ihrer Studie über die Arbeitskräfte des Volkswagenwerkes im „Dritten Reich“, wie sehr die verantwortlichen Personaler schon bei der Auswahl der Auszubildenden auf einen ideologisch einwandfreien Charakter achtgegeben hätten.⁴ Dass zu den sogenannten „Pionieren“ der Stadtgründungsjahre vielfach auch langjährige wie linientreue Nationalsozialisten zählten, die innerhalb der Partei und des Regimes Karriere gemacht hatten, hätte ihm über seine Zeitzeugengespräche eigentlich bekannt sein müssen, führte er doch solche unter anderem mit Werner Steinecke (Mitglied der NSDAP seit 1926, zweiter Bürgermeister der „Stadt des KdF-Wagens“) oder Robert Bartels (SS-Obersturmführer, Betriebsinspektor der Reichswerke „Hermann-Göring“).⁵ So zeigt sich, wie sehr Gericke darum bemüht war, Geschichte zu konstruieren – und eben nicht zu rekonstruieren.

¹ Hier und im Folgenden StadtA WOB, EB 4, Interview mit Berta Nientit vom 3. Dezember 1969.

² „Die ‚Erlebnisberichte‘ des ersten Wolfsburger Stadtarchivars Bernhard Gericke als Zeugnisse seiner Demokratiefeindlichkeit. Maik Ullmann im Interview“, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburg Stadtgeschichte, Jg. 5 (Mai 2020), Nr. 17, S. 12f.

³ StadtA WOB, EB 4, Interview mit Josef Wewer vom 22. Mai 1968.

⁴ Hans Mommsen/Manfred Grieger, Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf 1996, S. 227–249.

⁵ StadtA WOB, EB 1, Interview mit Kurt Hofer vom 19. Februar 1969.

AdM 7/2020

Bernhard Gericke und die Pioniere der „Stadt des KdF-Wagens“

VON MAIK ULLMANN



Der Berliner Club feiert das 25-jährige Stadtjubiläum, Foto: Willi Luther

Artikel aus der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* vom 29. März 1960, StadtA WOB, HA 2781

In den fünfzig Jahren seiner Existenz förderte der *Berliner Club Wolfsburg e.V.* das gesellschaftliche Leben in der Stadt nicht unerheblich und unterstützte zahlreiche soziale Projekte in der damals noch ehemaligen Hauptstadt. Aus der Taufe gehoben wurde er in der Gründungsversammlung vom 20. März 1950 von etwa 40 gebürtigen Berlinern im *Parkhotel Steimker Berg*. Der gewählte 1. Vorsitzende des Berliner Clubs, Bergmann, sah dessen Hauptaufgabe in der Geselligkeit und Unterhaltung sowie der Pflege alter Berliner Sitten und Gebräuche. Der Vereinsvorstand schätzte, dass in Wolfsburg und Umgebung seinerzeit etwa 2.000 Berliner Familien lebten, die überwiegend nach der deutschen Teilung in den Westen übersiedelt seien. Geplant wurde unter anderem die Veranstaltung eines jährlich zu wiederholenden Berliner Pfingstkonzertes, das zum festen Bestandteil des *Berliner Clubs Wolfsburg e.V.* wurde. In späteren Jahren wechselten sich dabei das VW-Werksorchester und das Orchester der Stadtwerke ab. Diskussionen gab es gleich zu Beginn um die Frage, ob sich der Club der *Landmannschaft der Berliner und Brandenburger* anschließen sollte, doch wurde die Entscheidungsfindung auf die kommende Zusammenkunft Anfang April des Jahres verschoben. Damals sprachen sich die Mitglieder gegen einen Anschluss aus, da mit dem Club explizit keine politischen Ziele verfolgt werden sollten. Auch sah man sich nicht als Vertreter der Kriegsgeschädigten. Darüber hinaus beantragte der Verein die Eintragung in das Vereinsregister beim Amtsgericht. Unter dem Motto „Ein bunter Abend in Rixdorf“ fand sodann die erste größere Vereinsveranstaltung am 29. April 1950 im *Hotel Steimker Berg* statt. Gut besucht war auch die Jahreshauptversammlung des Berliner Clubs am 16. Januar 1951 im Vereinszimmer der *Wolter-*

schen Gastwirtschaft in Hesslingen, die den Volksschulrektor Walter Schley zum neuen 1. Vorsitzenden wählte. Künftiges Club- und Vereinslokal wurde von da an die *Gaststätte Noack* am Eingang der Porschestraße. Um die Mitte der 1950er Jahre formulierte der *Berliner Club* das Ziel, eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit als bisher zu betreiben, um weitere ehemalige Berlinerinnen und Berliner an sich zu binden.

Der erste größere Veranstaltungsblock fand aus Anlass des zehnjährigen Bestehens im Jahre 1960 mit einer „Berlin-Woche“ statt, die mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister Willy Brandt auch prominenten Besuch hatte. Als Archivalie des Monats dient ein Artikel aus der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* vom 29. März 1960, der einen Veranstaltungsüberblick bietet. Zum Auftakt der „Berlin-Woche“ traten am 2. April 1960 die *Schöneberger Sängerknaben* auf. Auf der gleichen Veranstaltung referierte auch der Chefredakteur der Berliner Zeitung *Telegraf*, Arno Scholz, als Abgesandter des Präsidiums im *Bund der Berliner* und Vertreter des Präsidiums *Unteilbares Deutschland*. Am Folgetag wurde ein Berliner Meilenstein als Symbol der Verbindung Wolfsburgs mit Berlin enthüllt. Angesichts der rund 130 Akteure, darunter Vortragende, Diskussionsteilnehmer, Abgeordnete, Sportler, Chormitglieder und Kabarettisten, fragte sich die lokale Presse, wie viele Original-Berliner wohl an der Veranstaltungsserie teilneh-

men würden. Fest stand jedenfalls, dass das Thema Berlin „in den kommenden Tagen für jeden, der Augen und Ohren für die brennendste Frage der nächsten Zukunft hat, überall zu vernehmen“ sein werde. Ein bei den Stadtwerken eingesetzter doppelstöckiger Berliner Bus rollte sodann als „lebendiges Ausrufezeichen“ während der „Berlin-Woche“ durch die Stadt.

Deren absoluter Höhepunkt war allerdings der Besuch des Berliner Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt, der in Wolfsburg von der Bevölkerung äußerst herzlich begrüßt wurde. Die Stadtspitze mit Oberbürgermeister Dr. Uwe-Jens Nissen und Oberstadtdirektor Dr. Wolfgang Hesse empfing ihn aus Richtung Nordsteimke kommend mit einer Wagenkolonne am Rande der Siedlung Steimker Berg. Über die Innenstadtstraßen fuhr Brandt zunächst zum Volkswagenwerk, wo ihn Generaldirektor Heinrich Nordhoff durch die Produktionsanlagen führte, und später zu einer Kundgebung zum Rathausplatz. Oberbürgermeister Dr. Nissen wandte sich dort mit bewegten Worten an Brandt und „legte im Namen aller Wolfsburger ein Treuebekenntnis für Berlin ab“ (*Wolfsburger Allgemeine Zeitung* vom 6. April 1960). Vor rund 7.000 Zuhörerinnen und Zuhörern forderte Brandt sodann in einer oft vom Beifall unterbrochenen Rede einen gesamtdeutschen Friedensvertrag und das Recht auf Selbstbestimmung seiner Stadt. Die „Berlin-Woche“

klang mit einer Sitzung des Rates der Stadt, an der Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses teilnahmen, und mit einem „Bunten Berliner Abend“ aus. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Wolfram Müllerburg, lobte in einem in den *Wolfsburger Nachrichten* vom 9. April 1960 geäußerten Fazit die Wolfsburger „Berlin-Woche“: Sie sei „in der früheren Reichshauptstadt mit großer Dankbarkeit begrüßt worden. Die Bevölkerung sehe darin ein Zeichen echter Verbundenheit mit den Bewohnern der Bundesrepublik.“

Die „Berlin-Woche“ sollte später anlässlich runder Jubiläen des Berliner Clubs eine Wiederholung finden, sodass sich neben Willy Brandt auch weitere Regierende Bürgermeister Berlins wie Klaus Schütz oder Dietrich Stobbe in der Volkswagenstadt in das Goldene Buch der Stadt eintrugen. Auch sammelten die Mitglieder des Clubs während verschiedenster Veranstaltungen Geld zur Unterstützung des *Hilfswerkes Berlin*. Er war Motor vieler Wolfsburger Hilfs- und Unterstützungsaktionen für vorwiegend hilfsbedürftige Berliner Kinder und Senioren.

Im Jahr 2000 sah der Clubvorstand seine selbstgestellten Aufgaben nach der damals auch schon zehn Jahre zurückliegenden vollendeten Deutschen Einheit weitgehend als erfüllt an. Die Berliner lebten nicht mehr auf einer „Insel“, sondern als Bewohner der Bundeshauptstadt in der Mitte des Landes. Nach der daraufhin beschlossenen Auflösung des *Berliner Clubs Wolfsburg e.V.* empfing Oberbürgermeisterin Ingrid Eckel am 22. August 2000 mit dem ersten Vorsitzenden Klaus Heyer an der Spitze den Vereinsvorstand und sprach ihm ihren Dank für die vielfältigen Aktivitäten des Clubs aus. In seiner Erwidderung betonte Heyer: „Wir waren der Brückenkopf nach Berlin.“

AdM 8/2020

Die Berlin-Woche des Berliner Clubs Wolfsburg 1960

VON WERNER STRAUß



Wie kaum eine andere Stadt der Bundesrepublik ist Wolfsburg von Migration geprägt. Doch sind die Geschichten der meisten Zuwanderungsgruppen, ob aus Portugal oder Polen, Russland, Brasilien oder Togo, bislang noch nicht erzählt worden. Innerhalb dieses Bandes wird eine Auswahl individueller Zuwanderungsgeschichten präsentiert, und dies anhand von Objekten, die als Stellvertreter fungieren – als Stellvertreter für eine Heimat, die freiwillig oder erzwungen zurückgelassen wurde. Sie führen die Menschen an ihre Heimat zurück, ma-

chen ihre Erinnerungen greifbar. Dabei stammen die präsentierten Gegenstände aus den unterschiedlichsten Ländern und Kontinenten: von Belgien, Dänemark und Serbien in Europa, Kenia, Ruanda und Simbabwe in Afrika, dem Irak, Israel und Syrien auf der arabischen Halbinsel, Indien und Iran im Mittleren Osten über China, Japan und Usbekistan in Asien bis hin zu Argentinien, Brasilien, der Dominikanischen Republik, Mexiko und den USA in Süd-, Mittel- und Nordamerika. Wer diese Objektgeschichten liest, begibt sich auf eine ding-

liche Entdeckungsreise in die Zuwanderungsgeschichte Wolfsburgs und zurück in die Welt.

Abgerundet wird der Band durch drei geschichtswissenschaftliche Texte zur Flüchtlingspolitik in der Wirtschaftswunderstadt (Frank Wolff), zu binationalen Eheschließungen in Wolfsburg (Christoph Lorke) und den frühen Experimenten kommunaler Integrationspolitik in der Volkswagenstadt (Michael Siems) sowie dreier Interviews mit Konrad Schmidt-Ott, Betty Rannenbergl und Sylvia Cultus, die maßgeblich am Aufbau

und der Weiterentwicklung der Organe der kommunalen Integrationspolitik der Stadt Wolfsburg beteiligt waren.

Alexander Kraus/Aleksandar Nedelkovski (Hg.), Mitgebracht. Eine Zuwanderungsgeschichte Wolfsburgs. ecrivir Verlag, Hannover 2020; 303 S., zahlreiche farbige Abbildungen. Ladenpreis: 19,95 Euro. Das Buch kann im IZS, in der Kulturinfo und über den Buchhandel käuflich erworben werden.



Grundschüler auf dem Weg in die Hermann-Löns-Schule, Foto: Willi Luther

Dass sich Wolfsburg, erst 1938 von den Nationalsozialisten als „Stadt des KDF-Wagens bei Fallersleben“ gegründet, ab den späten 1950er Jahren auch kulturpolitisch von den allgegenwärtigen Zuschreibungen ‚Plan-‘ respektive ‚Barackenstadt‘ zu lösen suchte, spiegelt sich selbst in mikrohistorischen Vorgängen aus dem Schul- und Kulturausschuss wider. Wurden die Wolfsburger Volksschulen nach jeweiliger Gründung zunächst noch ganz pragmatisch – im Stile einer Planstadt – mit römischen Ziffern durchnummeriert, begannen die Verantwortlichen nun schrittweise mit der nachträglichen Umbenennung. In der Vorlage Nr. 69 zur 12. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 12. November 1957 wurde etwa die Namensgebung der *Volksschule I* zur Diskussion gestellt. Sie solle zukünftig, so der Vorschlag des Schulleiters Gerhard Rahn, als „Hermann-Löns-Schule“ bezeichnet werden. Das Protokoll der Sitzung, unsere Archivalie des Monats September, verrät, dass diese Empfehlung für teils hitzige Diskussionen sorgte. Denn Ratsherrin Elisabeth Hesse (SPD) und Ratsherr Wolfgang Rähmer (SPD) sorgten sich um das „politische Ansehen der Stadt“, könne doch der Vorgang „als eine Umbenennung [...] aus politischen Gründen ausgelegt werden“. Doch was war an jenem Natur- und Heimatdichter so beunruhigend?

Hinter den hier verklausulierten „politischen Gründen“ verbirgt sich, so ist zu vermuten, die Vereinnahmung des ‚Heide-Dichters‘ durch die Nationalsozialisten – gegen die sich der Schriftsteller und Journalist allerdings nicht hatte wehren können. Denn der 1866 geborene Löns, der sich unmittelbar nach Beginn des Ersten Weltkrieges als Freiwilliger gemeldet hatte, verstarb bereits im

AdM 9/2020

„gegen 2 Stimmen“

Wie aus der *Volksschule I* die *Hermann-Löns-Schule* wurde

VON FABIAN KÖSTER

zweiten Kriegsmonat in der sogenannten ‚Schlacht an der Marne‘.¹ Dieser ‚Soldatentod‘, verbunden mit einem Werk, das neben Gedichten und Naturerzählungen ebenso Texte umfasst, die der ‚Blut- und Bodenromantik‘ zugeordnet werden können, kam der nationalsozialistischen Kulturpolitik durchaus gelegen: Dafür rückten sie den ‚Kämpfer‘ Hermann Löns in den Mittelpunkt, den ‚Reichserziehungsminister‘ Bernhard Rust zu einem „Prophet[en] des dritten Reiches“ stilisierte.² In der Tat vertrat der Dichter

eine rassistisch-esoterische Ideologie: „Wir wollen verhindern, dass der große Volksgesundungsbrunnen verschüttet, das heilige Seelenbad verunreinigt werde. Weil wir wissen, dass Naturschutz gleichbedeutend ist mit Rassenschutz.“³

Während sein *Matrosen-* oder auch *Engellied* zur Hymne der Bombenangriffe auf England 1940 stilisierte wurde, wurde der Roman *Der Wehrwolf* zur fatal-programmatischen Pflichtlektüre für junge Flakhelfer: „Was für Völker jetzt im Lande herumstromen! Eine Schande

ist es, daß da nichts getan wird!“ – „Slah doot, slah doot, all doot, all doot, all dooot!“ (Schlagt sie tot, alle tot).⁴ Nun schrieb Löns, der darüber hinaus chauvinistische und antisemitische Ansichten vertrat,⁵ eben auch das berühmte *Heidelied*, was zurück zur Stadt „zwischen Harz und Heide“ führt, genauer in die Sitzung des Schul- und Kulturausschusses.

Denn nachdem die Ausschussmitglieder Hesse und Rähmer mit der Benennung nach Heinrich Heine einen sowohl namhafteren als auch ideologisch völlig gegensätzlich codierten Vorschlag zur Diskussion gestellt hatten, erwiderte der ebenfalls anwesende Rektor Rahn der *Volksschule I*, „daß der Dichter Hermann Löns für die Volksschule mehr bedeute als der Dichter Heinrich Heine“. Insbesondere seine Lieder über die Heide stünden den Volksschulen viel näher, führte er aus. Flankiert wurde Rahn dabei – wenn auch mit einem anachronistischen Argument – von Ratsherr Walter Klepsch: Jener hielt eine „politische Deutung [...] für nicht gerechtfertigt. Hermann Löns war kein Nationalsozialist, wenn auch sein Name im Dritten Reich mißbraucht worden sei.“ Augenscheinlich fanden sie mit diesen Positionen bei den weiteren Mitgliederinnen und Mitgliedern des Schul- und Kulturausschusses Gehör, beschloss dieser doch „gegen 2 Stimmen“ den Namen „Hermann-Löns-Schule“ dem Verwaltungsausschuss als Empfehlung vorzulegen.

Allerdings schien auch dem Verwaltungsausschuss der Namensvorschlag als zu heikel, womöglich ebenfalls vor dem Hintergrund der „politischen Gründe“, ohne, dass diese konkret benannt worden wären. Denn dort sprach man sich sowohl gegen Hermann Löns als auch Heinrich Heine aus; eine neutrale Be-



Kurz vor Unterrichtsbeginn, Foto: Willi Luther

- 5 -

geplante Volksschule X am Klieversberg zu Verwechslungen führen könnten.

Die Leiter der Volksschulen VI und VIII weisen darauf hin, daß die Namen Laagberg- u. Wohltbergschule in diesen gleichnamigen Stadtteilen zu einem festen Begriff geworden sind und somit durch eine andere Bezeichnung nicht mehr gelöscht werden könnten.

In der Aussprache sprechen sich Ratsherrin Hesse u. Ratsherr Rähmer gegen den vorgeschlagenen Namen "Hermann-Löns-Schule" für die Volksschule I aus. Sie halten den Namen "Heinrich-Heine-Schule" schon deshalb für richtiger, weil er sich in der Bevölkerung stark eingepreßt habe und daher genau so wie bei der Laagberg- u. Wohltbergschule nicht mehr auszulöschen sei. Außerdem würde in der Öffentlichkeit der Name "Hermann-Löns-Schule" als eine Umbenennung der Schule aus politischen Gründen ausgelegt werden können, was sich für das politische Ansehen der Stadt doch wohl ungünstig auswirken müßte. Ratsherrin Hesse betont hierbei ausdrücklich, daß sie nicht gegen den Namen "Hermann-Löns-Schule" sei, sondern nur aus diesem Sachverhalt die Ansicht vertrete, daß sein Name besser für eine noch zu bauende Schule aufgehoben werden könnte. Die Volksschule I sollte jedoch den bereits eingewurzelten Namen "Heinrich-Heine-Schule" erhalten.

Rektor Rahn stellt dazu fest, daß der Name "Heinrich-Heine-Schule" in erster Linie nicht vorgeschlagen worden sei, weil schon bei der Eröffnungsfeier der neuen Volksschule I Bedenken gegen diesen Namen erhoben worden seien. Hinzu komme, daß der Dichter Hermann Löns für die Volksschule mehr bedeute als der Dichter Heinrich Heine. Insbesondere sind es seine Bücher und seine Lieder über die Heide, die den Volksschulen viel näher stehen als die Dichtung von Heinrich Heine.

Ratsherr Dr. Klepsch hält eine politische Deutung des Namens "Hermann-Löns-Schule" für nicht berechtigt. Hermann Löns war kein Nationalsozialist, wenn auch sein Name im Dritten Reich mißbraucht worden sei.

Für den Vorschlag der Schule sprechen sich weiter die Ratsherren Krause, Dr. Knye und Piwczyk aus.

Nach dieser Aussprache wird dem Rat empfohlen, bei der Regierung in Lüneburg zu beantragen,

- 1) der Volksschule I den Namen "Hermann-Löns-Schule" (Volksschule I) (gegen 2 Stimmen)
 - 2) der Volksschule VI den Namen "Laagbergschule" (Volksschule VI) (einstimmig)
 - 3) der Volksschule VIII den Namen "Wohltbergschule" (Volksschule VIII) (einstimmig)
- zu geben.

- 6 -

Protokoll der 12. Sitzung vom 12. November 1957, StadtA WOB, Schul- und Kulturausschuss

zeichnung sei vorzuziehen und eine erneute Beratung darüber notwendig.⁶ Diese Entscheidung wiederum hatte eine ausführliche Stellungnahme seitens der *Volksschule I* zur Folge, in der sich 22 Lehrkräfte samt Elternschaft geschlossen für eine Umbenennung in „Hermann-Löns-Schule“ aussprachen: „Die volkstümlich geschriebenen Bücher von Löns können auch Volksschüler lesen und verstehen [...]“. Hier findet sich nicht nur ein Hinweis auf die Unterschätzung der eigenen Schülerinnen und Schüler, sondern auch eine wohl unfreiwillige Verortung des ‚Heidedichters‘ im Trivialen, dem Heinrich Heine dann als vermeintlicher Vertreter der Hochkultur gegenüberstünde. Auf den eigentlich zentralen Kritikpunkt – die Vereinnahmung durch die Nationalsozialisten – gingen die Verfasser der schulischen Stellungnahme allerdings gar nicht erst ein. Diese Auslassung steht beinahe exemplarisch für die Löns-Rezeption nach dem Zweiten Weltkrieg, in der die umfassende Kriegspropaganda um den Dichter mit dem Ziel einer Romantisierung seines Werkes schlicht ausgeblendet wurde.

Im Kontext der umfangreichen Diskussionen erscheint der gefasste Beschluss in der nachfolgenden 17. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses im Frühjahr 1958 dann beinahe banal. Nach einer kurzen Wiederholung aller bekannten Argumente erfolgte eine Kopie der ursprünglichen Empfehlung – erneut „gegen 2 Stimmen“. Bemerkenswert erscheint dennoch ein Einwurf von Ratsherr Anton Piwczyk (CDU), der sich wohlgerichtet für die „Hermann-Löns-Schule“ ausgesprochen hatte: Dies sei ein demokratischer Vorgang, den es zu respektieren gelte. Paradoerweise offenbart dieser demokratisch gefasste Mehrheitsbeschluss das Symptom der bundesweiten Verdrängung der NS-Vergangenheit, was gerade im so offensichtlichen wie krassen Gegen-

satz Kosmopolit Heine versus Nationalist Löns deutlich wird. Während ersterer weit über seinen Tod hinaus gerade von Nationalisten antisemitisch angefeindet worden ist,⁸ lässt sich letzterer ebendiesem Lager zuordnen. Vor diesem Hintergrund erscheint das Argument der lokalen Nähe zur Lüneburger Heide als marginal.

So lässt sich am Beispiel der Namensgebung der *Volksschule I*, fortan *Hermann-Löns-Schule*, im Kleinen aufzeigen, dass auch in Wolfsburg kulturpolitische Modernisierungstendenzen von rückwärtsgewandten Entscheidungen flankiert worden sind. In den 1950er Jahren besaß die vielfach gelobte „Stadt von morgen“⁹ bisweilen ein naives Verhältnis zum nicht allzu fernen Gestern.

1 Rudolf Radler, „Löns, Hermann“, in: Neue Deutsche Biographie 15 (1987), S. 51–54, online abrufbar unter <https://www.deutsche-biographie.de/pnd118573853.html#ndbcontent> [10.9.2020].

2 Zitiert nach Thomas Dupke, Mythos Löns. Heimat, Volk und Natur im Werk von Hermann Löns. Wiesbaden 1993, S. 38. Informationen ebd.

3 Zitiert nach Sven Rehmer, Lüneburger Heide: Wendland. Ostfildern 2019, S. 28.

4 Hermann Löns, Der Wehrwolf. Eine Bauernchronik. Berlin 2016 [zuerst Jena 1910], S. 16 u. S. 145.

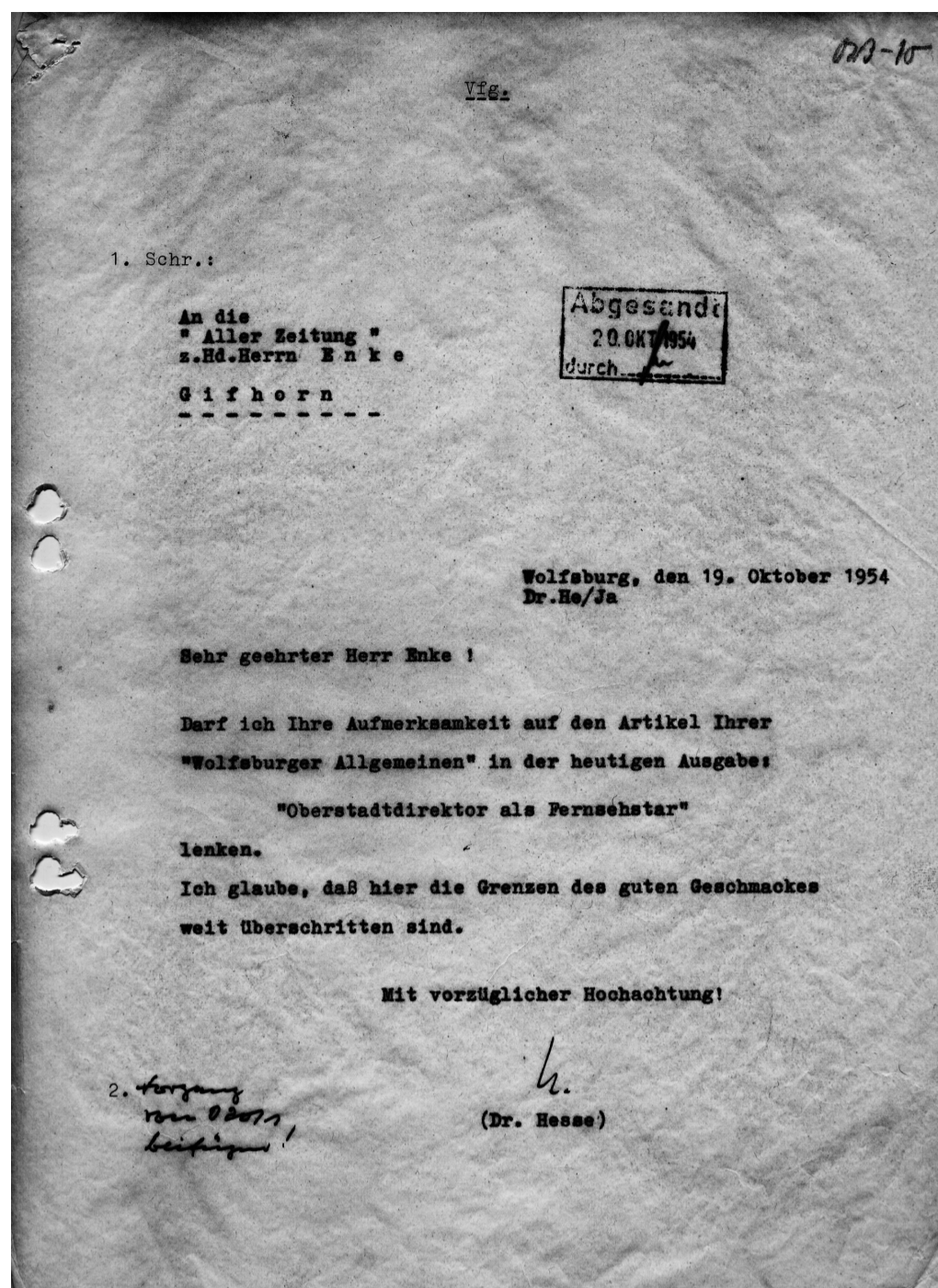
5 Frauen hätten „keine Seele, sondern nur einen Uterus“, sie seien „keine Vollmenschen“, „Ich bin Teutone hoch vier. [...] Natürlich passt das den Juden nicht und darum zetern sie über Teutonismus.“ Zitiert nach „26. September 2004 – Vor 90 Jahren: Hermann Löns stirbt“, in: WDR online vom 26. September 2004, <https://www1.wdr.de/stichtag444.html> [10.9.2020].

6 StadtA WOB, Schul- und Kulturausschuss, Vorlage Nr. 94 vom 21. Januar 1958.

7 Ebd., Abschrift des Schreibens von Rektor Gerhard Rahn der Volksschule I „Namensgebung der Volksschule I“ vom 17. Januar 1958.

8 Siehe dazu Walter Hinck, Die Wunde Deutschland. Heinrich Heines Dichtung im Widerstreit von Nationalidee, Judentum und Antisemitismus. Frankfurt a. M. 1990.

9 Horst Mönnich, Wolfsburg – eine Stadt von morgen, in: Merian, Jg. 11 (1958), Nr. 7, S. III–X.



Schreiben des Oberstadtdirektors Hesse an die *Aller-Zeitung*, StadtA WOB, HA 1431

AdM 10/2020

Mediale Aufmerksamkeit und ihre Tücken

VON ALEXANDER KRAUS

In seinem Schreiben, das Dr. Wolfgang Hesse in seinem zweiten Dienstjahr als Wolfsburgs Oberstadtdirektor an die Redaktion der *Aller Zeitung* richtete, benötigte er nicht viele Worte, um sein Missfallen über die mediale Berichterstattung zum Ausdruck zu bringen. Genau genommen begnügte er sich mit exakt zwei Sätzen, die auch in ihrer Kürze zu zeigen vermögen, dass sich der Politiker durchaus subtil mit Worten zu wehren wusste. So fragte er einleitend, ob er denn die Aufmerksamkeit des adressierten Herrn Enke „auf einen Artikel Ihrer ‚Wolfsburger Allgemeinen‘ in der heutigen Ausgabe [...] lenken“ dürfe¹ – die in Gifhorn ansässige Zeitung hatte kurz nach ihrem Neustart auch die mit ihr verschwesterter *Wolfsburger Allgemeine Zeitung* aus der Taufe gehoben. Hesses auf den ersten Blick durchaus höflich formulierte Frage zeigt zunächst, wie schnell der Oberstadtdirektor reagierte, wenn er sich in falsches Licht gesetzt fühlte, verließ sein Schreiben doch noch am Tag der Veröffentlichung des Artikels sein Büro. Bei genauerer Betrachtung lässt sie jedoch bereits seinen Ärger anklingen, kann doch davon ausgegangen werden, dass sie eine allein rhetorische Frage war. Er glaube, so Hesse weiter, dass im beanstandeten Artikel „die Grenzen des guten Geschmacks weit überschritten sind“. Die abschließende Grußformel „Mit vorzüglicher Hochachtung!“ darf nach einer solchen schallenden verbalen Ohrfeige mit gutem Grund als beißende Ironie gelesen werden. In einem betreffenden Vermerk aus dem

Hauptamt konkretisierte ein Mitarbeiter, er habe gegenüber der Zeitung nicht nur das Missfallen Hesses zum Ausdruck gebracht, sondern darüber hinaus auch dargelegt, dass „es der Oberstadtdirektor in Zukunft ablehne, dem Verfasser dieses entstellten und von einem schlechten Geschmack zeugenden Berichts Informationen über kommunalpolitische Vorgänge zu erteilen. Es sei bedauerlich, daß der Verlag einen solchen Bericht, der das Niveau der Zeitung gefährde, abgedruckt habe.“²

Doch was genau störte Hesse an dem mit „Oberstadtdirektor als Fernsehstar“ überschriebenen Artikel derart, dass er am 19. Oktober 1954 seine Medienschelte, unsere Archivalie des Monats Oktober, in die Schreibmaschine tippen ließ? In jenen Herbsttagen war ein Fernsehteam des *Nordwestdeutschen Rundfunks* für mehrere Wochen in der Stadt, um für die zweite Folge der Sendereihe „Städtebilder“ ein Portrait über die Volkswagenstadt zu drehen. Sie sollte am 17. November unter dem Titel „Wolfsburg – Stadt und Werk“ zur besten Sendezeit ausgestrahlt werden, ging dann jedoch offenbar unter der markanteren Überschrift „Wolfsburg – Stadt ohne Tradition“ auf Sendung. Zuvor waren Vertreter beider Lokalzeitungen eingeladen, den Dreharbeiten beizuwohnen, sollten darüber allerdings in sich deutlich voneinander unterscheidender Art und Weise Bericht erstatten. So gewährten die *Wolfsburger Nachrichten* Einblicke in die gewählten Sujets und Themenfelder, *Fortsetzung auf Seite 18*

Wolfsburger Allgemeine
19. Okt. 1954

STADTVERWALTUNG
WOLFSBURG
EING.: 19. OKT. 1954
ANL. — AKTZ. 021

Achtung Aufnahme!

× Oberstadtdirektor als Fernsehstar
Die WAZ war mit dabei — »Prima!« sagte der Aufnahmeleiter



Leise schnurrt die Kamera und bedächtig spricht Hauptdarsteller Dr. Hesse in das Mikrofon: „Bald werden auch noch die letzten Baracken verschwunden sein...“ Machtvoll ragt dabei im Hintergrund unser riesiges VW-Kraftwerk empor, das in diesen Wochen wesentlich erweitert worden ist. Symbolisch, verheißend, wie die Worte unseres Oberstadtdirektors.

Nicht Zarah Leander, nicht Grete Weiser und auch nicht Willi Fritsch stehen im Mittelpunkt des Filmstreifens, den der NWDR-Fernsehsender am Bußtag von 20.30 bis 21 Uhr in die Welt hinausstrahlen wird. Im Mittelpunkt, als Hauptdarsteller fungieren Generaldirektor Dr. Nordhoff, der Volkswagen und Oberstadtdirektor Dr. Hesse. In den Nebenrollen werden wir den VW-Arbeiter Fritz Krause sehen, viele seiner Arbeitskameraden, den Wolfsburger auf der Straße, umrahmt von einer großartigen Kulisse, die von unseren einheimischen Architekten, hunderten Hoch- und Tiefbauarbeitern geschaffen worden ist: die Stadt Wolfsburg mit seinem Lebensnerv, dem Volkswagenwerk.

„Achtung, Aufnahme!“ Bedächtig nimmt unser Oberstadtdirektor eine Schippe zur Hand, tief gräbt sie sich, mitten auf dem Neubauplatz an der Porschestraße in einen großen Kieshaufen... „Halt!“ schreit da der Kameramann, „Herr Doktor, bitte noch einmal, nicht ganz so schwungvoll.“ Beim zweiten Male klappt es dann, die Szene sitzt. Dann geht es zu den Baracken an der Porschestraße. Die Kamera wird aufgestellt und nach Ausmahlung der Lichtverhältnisse eingestalt. Achtung, Aufnahme! heißt es wieder. Langsam rollte Dr. Hesse mit seinem Volkswagen aus dem Barackengewirr hervor. Er hält unmittelbar vor der Kamera, genau wie abgesprochen. Da haben wir dann das Pech. Eine dumme Wolke verdeckt die Sonne, und noch einmal von vorne. Wieder kommt der Wagen angerollt, die Kamera surrt, ein Mann schiebt sich mit einem Mikrofon von unten an das Wagenfenster heran — und dann spricht Dr.

Hesse: „Noch hundert solcher Elendsbaracken haben wir jetzt in unserer Stadt. Hunderte sind schon beseitigt worden und der Rest wird bis zum Ende des nächsten Jahres auch verschwunden sein. — Wir...“ Genau nach Manuskript werden die Worte gesprochen. Und „Prima!“ sagt der Chefreporter zum Schluß zu unserem Hauptdarsteller. „Es hat gut geklappt, an Ihnen ist direkt ein Schauspieler verlorengegangen!“ Dr. Hesse schmunzelt, die Umstehenden schmunzeln. Warum auch nicht Schauspieler? Der Oberstadtdirektor von einem Gemeinwesen wie Wolfsburg, der muß schon in allen Sätteln gerecht sein, wenn er sich durchsetzen und etwas schaffen will. Da muß man unter Umständen auch einmal schauspielern können.

Die Fernsehleute haben ihre Wolfsburg-Reportage sehr ernst genommen. Mehrere Wochen waren sie in unserer Stadt bei der Arbeit.

So manche Szene ist drei- oder sogar viermal gedreht worden, bis sie endlich richtig saß. Trotz aller noch so gewaltigen technischen Fortschritte: so ganz kann man auf den Menschen doch immer noch nicht verzichten. Auch bei der Aufnahme von Fernsehaufnahmen nicht, die wir dieser Tage in unserer Stadt einmal selbst miterleben konnten. Genau so wie im Werk. Auch dort ist schließlich so: Was wären alle die riesigen und komplizierten Maschinen ohne den schaffenden Menschen. Und das ist sicherlich auch gut so. Wo würden wir sonst landen? Noch gilt der Mensch etwas, stehen sein Geist, seine Fähigkeiten im Mittelpunkt unseres Berufslebens. Wie sehr dieses auch bei uns Wolfsburgern noch der Fall ist, das wird uns am Bußtag der Fernsehfilm „Wolfsburg — Stadt und Werk“ zeigen.

Artikel aus der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* vom 19. Oktober 1954, StadtA WOB, HA 1431

Wolfsburger Nachrichten
19. Okt. 1954

STADTVERWALTUNG
WOLFSBURG
EING.: 19. OKT. 1954
ANL. — AKTZ. 021

Auf dem Bildschirm:

× Die Wolfsburger haben es verdient ...
Wir erleben mit dem NWDR-Filmtrupp unsere Stadt — „Das Leben soll sich lohnen“

Unsere Leser sind bereits unterrichtet, daß in diesen Tagen in Wolfsburg die Aufnahmen „gedreht“ werden zu einer NWDR-Fernseh-Sendung in der Sendereihe „Städtebilder“. Die Volkswagenstadt wird als zweite Folge am Bußtag, dem 17. November, im ersten Teil des Fernseh-Programms um 20.30 Uhr unter dem Titel „Wolfsburg, Stadt

Schulen, der neuen Kirchen, des Schwimmbades, des hübschen Blumenpavillons in der Rothenfelder Straße, des imposanten VW-Wohnheimes in der Kleiststraße, der Spätheimkehrersiedlung, der Großbaustelle auf dem Wohlberg oder des großzügigen Krankenhaus-Neubaus auf dem Klieversberg. Beredete, stumme Zeugen vom

tor Dr. Nordhoff und Oberstadtdirektor Dr. Hesse Gelegenheit nehmen, über diese Probleme zu sprechen, unterstützt von den eindrucksvollen Aufnahmen, die von Werk und Stadt vermittelt werden. Und eine breite Öffentlichkeit von mehr als einer halben Million Fernsehteilnehmern im Bundesgebiet werden am Fernsehschirm von den großen Sorgen dieser Stadt Kenntnis erhalten. „Wenn man sie darum nicht beneiden wird, so wird man sie aber beneiden um ihr gewaltiges Werk mit seinen vorbildlichen Arbeitsbedingungen und sozialen Einrichtungen; und man wird sie beneiden um ihre breiten Straßen und um ihre herrlichen Häuser mit den blumengeschmückten Balkons und den hellen, sonnigen Wohnungen inmitten schöner Gärten und Baumgruppen, Hebevoll von der Hand des Landschaftsgestalters geformt.“

... zum Fortschritt dieser Stadt

Und der Leiter des Filmtrupps fügt abschließend hinzu: „Man wird sie draußen beneiden um den Chef des Volkswagenwerks, der zu uns sagte: Wir bauen hier auf eigenem Boden. Unser Ziel ist, eine Atmosphäre zu schaffen, in der das Leben sich lohnt. Und die Jungen, die sich heute noch auf den Spielplätzen unserer Stadt tummeln, werden eines Tages in dieser Fabrik als Lehrlinge sein; ich glaube, daß der allergrößte Teil von ihnen einmal hier arbeiten und etwas Gutes schaffen wird, emporstetgen wird und zum Fortschritt dieser Stadt beiträgt.“



SYMPTOMATISCH IST DIESES BILD für Wolfsburg. Daher läuft am Bußtag über den Bildschirm der Fernsehempfänger auch diese Einstellung: Oberstadtdirektor Dr. Hesse auf der Großbaustelle an der Porschestraße, wo das Postgebäude entsteht.

und Werk“ in einer Sendezeit von 35 Minuten über den Fernsehschirm gehen. Auf Einladung hatten wir Gelegenheit, mit dem Filmtrupp des Nordwestdeutschen Rundfunks die wichtigsten Aufnahmen dieser Sendung miterleben: Aufnahmen im Schloß Wolfsburg als Namensgeberin der Autostadt und als stummer Zeuge und Mittelpunkt geschichtlicher Ereignisse inmitten jahrhundertalter, verschlafener Baumriesen des Schloßparkes, Aufnahmen der 1000jährigen St.-Annenkirche, des alten Friedhofs Rothenfelde mit den Grabmälern des Geschlechts derer von Schulenburg und der Bauernhäuser und Katen der alten Ortsteile Heßlingen und Rothenfelde.

Kontrast der Bilder

Fast unwahrscheinlich dieser Kontrast zu den Bildern, die die Kamera einfängt auf der Porschestraße oder die Bildblendungen unserer modernen

Willen und Fleiß der Bürgerschaft, des Rates und der Verwaltung unserer Stadt.

„Wolfsburg hat es verdient, an der Spitze unserer Sendereihe mit den Städtebildern zu stehen. Wenn nicht ein aktueller Anlaß gewesen wäre, an erster Stelle kürzlich Münster zu senden, so hätten wir mit Ihrer Stadt den Anfang gemacht“, sagte der Leiter des Filmtrupps zu uns. „Hier ist alles Anfang, und doch bereits so vollendet — Beispiel einer schaffensfrohen, fleißigen Gemeinschaft voll Pioniere und Idealisten von dem Willen beseelt, eine Stadt zu gestalten, in der das Leben lebenswert ist, mit einem echten Heimatgefühl für diese, ihre Stadt. Wolfsburg ist wie das VW-Werk: Eine einzige große Stätte der Arbeit und des Fleißes, Planungen und Durchführung kleiner und größerer Probleme im Werk, und Probleme in Vielzahl in der Stadt.“ In der Sendung werden Generaldirek-

Artikel aus den *Wolfsburger Nachrichten* vom 19. Oktober 1954, StadtA WOB, HA 1431

Fortsetzung von Seite 17 die auf einen „Kontrast der Bilder“ abzielten. Dieser ergab sich aus dem in der jungen Stadt unerwartet anzutreffenden Alten — so das Schloß Wolfsburg samt umgebenden Park, der St. Annen Kirche und Fachwerkbauernhäusern — und den neugebauten, modern anmutenden Schulen und Kirchen, dem Schwimmbad und den neu entstehenden Stadtvierteln. Darüber ließen sie auch den verantwortlichen NWDR-Redakteur ausführlich zu Wort kommen: „Hier ist alles Anfang, und doch bereits so vollendet — Beispiel einer schaffensfrohen, fleißigen Gemeinschaft voll Pioniere und Idealisten von dem Willen beseelt, eine Stadt zu gestalten, in der das Leben lebenswert ist, mit einem echten Heimatgefühl für diese, ihre Stadt.“³

Der Journalist der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* hingegen wählte einen gänzlich anderen, durchaus reißerischen Zugang, der bereits in der Überschrift anklang und sich durch alle weiteren Textbausteine zog. So wurde Hesse in der Bildunterschrift als „Hauptdarsteller“ des Drehs vorgestellt, dem der Journalist aber wohlgerneht durchaus wohlgesonnen und von dessen Auftritt angetan war, ist doch von „unserem Oberstadtdirektor“ die Rede. In der Einleitung stellt er diesen aber sodann in eine Reihe, in der sich Hesse wohl eher nicht sah: „Nicht Zarah Leander, nicht Grete Weiser und auch nicht Will[y] Fritsch stehen im Mittelpunkt des Filmstreifens“,⁴ sondern neben dem VW-Generaldirektor Heinrich Nordhoff eben auch Hesse und stellvertretend für viele der VW-Arbeiter Fritz Krause. Die Schwedin Leander, die

im nationalsozialistischen Deutschland als Filmschauspielerin Karriere machte, aber auch Weiser, langjährige Bühnenschauspielerin, die insbesondere nach Kriegsende auch in Unterhaltungsfilm reüssierte, oder Fritsch, der zu den beliebtesten Schauspielern Deutschlands zählte und an dessen Seite im Jahr zuvor Romy Schneider ihr Filmdebüt gegeben hatte, waren nicht nur ein ganz anderes Kaliber vor der Kamera, sondern eben auch professionelle, wirkliche Filmstars. Hesse dagegen hatte sich nach seinem Studium der Rechtswissenschaften, das er mit einer Promotion abschloss, ganz seiner Verwaltungslaufbahn verschrieben. Nachdem er bereits fünf Jahre in Bad Pyrmont als Stadtdirektor tätig gewesen war, hatte er 1953 in der Stadt am Mittellandkanal das Amt als Oberstadtdirektor angetreten — und als solcher wollte er augenscheinlich auch wahrgenommen werden.

Doch nicht was er inhaltlich zu sagen hatte — laut Artikel folgte er dabei so wieso ganz dem Drehbuch — fand in der *Wolfsburger Allgemeinen Zeitung* Beachtung, sondern wie er sich als Schauspieler präsentierte: „Achtung, Aufnahme!“ Bedächtig nimmt unser Oberstadtdirektor eine Schippe zur Hand, tief gräbt sie sich, mitten auf dem Neubauplatz an der Porschestraße in einen großen Kieshaufen... „Halt!“ schreit da der Kameramann, „Herr Doktor, bitte noch einmal, nicht ganz so schwungvoll.“ Beim zweiten Male klappt es dann, die Szene sitzt.“ Es verwundert nicht, dass eine solche mediale Berichterstattung bei Hesse Sorge um seine Reputation auslöste. Schließlich fand der Journalist noch ein

windschiefes Sprachbild für das, was ein Politiker im vom Stadtaufbau geprägten Wolfsburg der 1950er Jahre zu leisten hatte — und das nachvollziehbar macht, warum sich der Oberstadtdirektor derart auf den Schlipps getreten fühlte:

„Und ‚Prima!‘ sagt der Chefreporter zum Schluß zu unserem Hauptdarsteller. ‚Es hat gut geklappt, an Ihnen ist direkt ein Schauspieler verlorengegangen!‘ Dr. Hesse schmunzelt, die Umstehenden schmunzeln. Warum auch nicht Schauspieler? Der Oberstadtdirektor von einem Gemeinwesen wie Wolfsburg, der muß schon in allen Sätteln gerecht sein, wenn er sich durchsetzen und etwas schaffen will. Da muß man unter Umständen auch einmal schauspielern können.“

So offenbart diese kurze Episode aus der Anfangszeit der Tageszeitungen in Wolfsburg, dass sich das Miteinander von Vertretern von Politik und Verwaltung und Journalisten in der jungen Kommune erst einspielen musste. In diesem Falle klafften erwarteter Anspruch seitens der Kommune und journalistische Wirklichkeit weit auseinander. Dieses Intermezzo verrät darüber hinaus, welche heftige Abwehrreaktionen missliebige Medienberichterstattung auslösen konnte.

- Hier und im Folgenden StadtA WOB, HA 1431, Schreiben des Oberstadtdirektors Hesse an die Aller Zeitung vom 19. Oktober 1954.
- StadtA WOB, HA 1431, Vermerk des Hauptamts vom 19. Oktober 1954.
- „Auf dem Bildschirm: Die Wolfsburger haben es sich verdient... Wir erleben mit dem NWDR-Filmtrupp unsere Stadt“, in: *Wolfsburger Nachrichten* vom 19. Oktober 1954 (StadtA WOB, HA 1431).
- Hier und im Folgenden „Achtung Aufnahme! Oberstadtdirektor als Fernsehstar“, in:

Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 19. Oktober 1954 (StadtA WOB, HA 1431).

Die nächste Ausgabe von DAS ARCHIV erscheint Ende Februar.

DAS ARCHIV

HERAUSGEBER

Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

INSTITUTSLEITUNG

Anita Placenti-Grau

REDAKTION

Alexander Kraus
Aleksandar Nedelkovski
Anita Placenti-Grau

BILDREDAKTION

Katja Steiner

ANSCHRIFT

Stadt Wolfsburg,
Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Goethestr. 10 a,
38440 Wolfsburg, Tel. (05361) 27 57 30,
Fax 27 57 57, E-Mail:
izs-stadtarchiv@stadt.wolfsburg.de
www.wolfsburg.de/izs

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 500
ISSN 2367-4431